

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Buchhandlung 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. -- Bezugspreis im Zahlschein wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn - 0,50 Rmk., wozu zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn - 0,50 Rmk., monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 Rmk. Durch die Post einzulassen. Zustellungsgebühren 2,46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das volle Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren-Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Inverlangt eingekaufte Manuskripte werden nur zurückerstattet, wenn Rückporto beiliegt

Das Urteil im Fememordprozess

15 Jahre Zuchthaus gegen den Haupttäter — auch sonst ein mildes Urteil.

Stettin, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend wurde im Rosenfelder Fememordprozess folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Heines wird wegen Totschlags zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Ottow wegen Totschlags zu vier Jahren Zuchthaus und der Angeklagte Krübel wegen Beihilfe zum Totschlag zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Untersuchungsakten wird sämtlichen drei Angeklagten voll angesehen. Die Angeklagten Krübel, Krüger, Bandemer, Bogt und Bergfeld werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden in Bezug auf die freigesprochenen Angeklagten der Staatskasse auferlegt. Die Verurteilten haben die Kosten selbst zu tragen.

Begründung
Zu der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, es sei nicht wahr, daß die Geschworenengerichte nach dem Gefühl zu urteilen haben. Das Gericht habe sich lediglich auf den Standpunkt des Rechts gestellt. Es sei erwiesen, daß ein Mann von den Tätern hingerichtet wurde, angeblich wegen Verrats. Der Verrat sei jedoch nicht einmal erwiesen. Die Erkenntnisse des Gerichts beruhen auf den Aussagen der Angeklagten Krübel, Bogt und Krüger aus der Voruntersuchung. Das Gericht habe sich dem ärztlichen Gutachten nicht angeschlossen. Krübel sei keineswegs schwachsinzig. Er sei sogar ein Mensch von ungewöhnlicher Intelligenz, andererseits aber von hohem sittlichem Verfall. Er habe geglaubt, durch ein solches Geständnis in der Voruntersuchung sich eine Strafmilderung zu verschaffen. Dadurch habe er sich und seine Mitangeklagten stark belastet. In der Hauptverhandlung habe er sein Geständnis wesentlich eingeschränkt. Das Gericht sei aber überzeugt, daß Krübel diesmal gelogen habe. Auch der Angeklagte Krüger sei durchaus nicht schwachsinzig. Er habe sogar ein sehr gutes Gedächtnis. Das gleiche gelte für Bogt.

Der Vorsitzende schilderte dann nochmals die Vorgänge der grausigen Tat. Das Gericht erachtete für erwiesen, daß Bergfeld Spaten herausgegeben habe, das Grab zu schaufeln für den angeblichen Verräter. Es ist ferner erwiesen, daß Heines und Bogt im Rosenfelder Forst am Grabe des dem Tode Verfallenen begraben haben. Das sei der Augenblick gewesen, in dem Heines die Mordabsicht ausgab, indem er sagte: „Es ist hier zu nahe am Dorfe. Hier könnte der Schuß gehört werden. Wir fahren jetzt nach Bohn zum Gefängnis.“ Er hätte nur ein Stündchen weiter in den Wald zu gehen brauchen, um seine Mordabsicht auszuführen. Heines habe in der Voruntersuchung jede Beteiligung an der Tat abgeleugnet. Hätte er damals die Wahrheit gesprochen, so hätten vier der Angeklagten längst nicht mehr auf der Anklagebank gesessen. Heines sei ein Mensch mit ganz sprunghaftem Wesen. Er erscheine durchaus möglich, daß er auf dem Wege nach Marienort nochmals den Entschluß aufgegeben und ihn aufs neue gefaßt und dann den Schmidt kurzerhand im Affekt niedergeschossen habe. Die Aussage Heines, daß er Schmidt auf der Flucht erschossen habe, sei eine künstlich errichtete wahrheitswidrige Konstruktion, die er aufbeugt habe auf Grund seiner genauen Kenntnisse des Ermittlungsergebnisses. Was insbesondere den behaupteten Fluchtverlauf Schmidts anbelange, so habe keiner der Zeugen davon etwas erwähnt. Auffallend sei auch, daß Heines seinem Führer Krüger nichts gesagt habe, daß er Schmidt auf der Flucht erschossen habe, obwohl er Krüger die Tat gemeldet habe.

In Bezug auf die Motive der Tat führte der Vorsitzende aus, daß eine vermeintliche Notwehr zugunsten des Staates nicht in Frage komme. Die Krüger hätten sich wohl als Soldaten fühlen können, nicht aber ihr Führer Krüger, dem von dem damaligen Obersten v. Pawelitz ganz klar gemacht worden sei, daß seine Leute nicht mehr Soldaten seien und er nicht mehr der Führer einer militärischen Formation wäre. Es sei anzunehmen, daß unsere Organe der Reichswehr sich durch kameradschaftliches Empfinden und sonst gezeigte Sympathien bewegen ließen, Reichswehrwaffen den Krüger auszuhandeln. In Bezug auf das Strafmaß erklärte der Vorsitzende, daß das Schwurgericht zu seinem Schmerze sich verhindert gesehen habe, den Angeklagten mildernde Umstände zuzuerkennen. Die Art und Weise, wie Schmidt mißhandelt, von einer Stelle zur anderen geschleppt wurde, sei eines Offiziers im höchsten Grade unwürdig. Deshalb erscheine auch die Höchststrafe wegen Totschlags für Heines gerechtfertigt. Ottow und Bergfeld seien jedoch Untergebene gewesen und haben unter gewissem Zwange gehandelt. Deshalb sei auch bei ihnen ein milderes Urteil am Platze. Am Schluß betonte der Vorsitzende, daß das Gericht bei der Aufklärung der Mordtat sei Vaterlandsliebe. Gleichwohl habe das Gericht aus den angeführten Gründen dieses Urteil sprechen müssen. Es wird dann der Beschluß verkündet, die Haftbefehle gegen Ottow, Krüger, Krüger, Bandemer und Bergfeld aufzuheben. Gegen Ottow liege kein Fluchtverdacht vor. Weider verkündet der Vorsitzende, das Schwurgericht habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß für die Angeklagten Heines und Ottow das Gnadenrecht in möglichst weitgehendem Umfange ausgeübt werde.

Urteil gegen die beiden Hauptangeklagten angeht, mit ihm zufrieden erklären. Wir tun das, weil wir grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß im Zweifel zugunsten des Angeklagten entschieden werden muß, und weil wir anerkennen müssen, daß in der Beweisaufnahme gerade wesentliche Punkte, die für den Grad der Schuld der Angeklagten entscheidend waren, nicht einwandfrei aufgeklärt worden sind. Wir haben zwar schon früher hier die Ansicht vertreten, daß selbst wenn die Arbeitsgemeinschaft Krüger noch eine Truppe gewesen wäre und wenn der Fememord tatsächlich auf Befehl einer Reichswehrkommandostelle ausgeführt worden wäre, dann die Angeklagten dennoch nicht straffrei bleiben könnten, weil kein Soldat berechtigt ist, einen verbrecherischen geschwätzigen Befehl auszuführen, sondern vielmehr umgekehrt verpflichtet ist, die Ausführung zu verweigern und gegen den Befehl bei der höheren Dienststelle einzuschreiten. Die Sachlage ist aber prozessual doch so, daß der Staatsanwalt verpflichtet ist, den Angeklagten zu beweisen, daß sie keine Soldaten waren und daß sie sich auch nicht als Soldaten fühlen konnten, daß sie nicht auf militärischen Befehl handelten. Dagegen waren die Angeklagten nicht verpflichtet, zu beweisen, daß das tatsächlich der Fall war. In einem Strafverfahren hat der Staatsanwalt die Beweislast für die Schuld der Angeklagten und nicht der Angeklagte die Beweislast für seine Unschuld. (Obwohl allerdings sehr häufig in der Praxis von diesem Grundsatz abgegangen wird, kann das nicht scharf genug hervorgehoben werden.) Es ist dem Staatsanwalt aber nicht gelungen, einwandlos und zweifellos zu beweisen, daß die Arbeitsgemeinschaft Krüger tatsächlich nicht im Einverständnis mit der Reichswehr aufgestellt wurde und gearbeitet hat. Der eidlichen Aussage der Reichswehroffiziere stehen drei Aussagen von beteiligten Personen gegenüber, die zwar nicht bestritten werden konnten, weil das Gericht die Verteidigung dieser Zeugen wegen Verdachts der Beihilfe an dem Fememord nicht durchführt hat. Diese Aussagen sind aber so beschaffen, daß sie auch ohne Bezeugung eine gewisse innere Glaubwürdigkeit haben, zumal die betreffenden Personen sich dadurch selbst schwerere Straftaten beschuldigen. Bei dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, daß wirklich bewiesen ist, daß die Reichswehr mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hat. Infolgedessen mußten den Angeklagten der vorhin angeführte alte Rechtsgrundsatz zugutegehalten werden, und es konnte deshalb das Urteil, wenn es gerecht sein wollte, nur in dieser Weise ausfallen.

Die Begründung für dieses Urteil, die das Gericht gibt,

halten wir allerdings für abwegig. Die künstliche Konstruktion, als sei die Tat nicht mit Ueberlegung ausgeführt, weil der Hauptangeklagte Heines dauernd andere Entschlüsse gefaßt habe, von einem Platz im Walde zum anderen gegangen sei, ist unseres Erachtens nicht haltbar. Im Gegenteil, dieses Verhalten des Hauptangeklagten könnte eher dafür sprechen, daß er mit Ueberlegung gehandelt hat, denn ein ...der, der im Affekt handelt und bei der Ausführung seiner Tat nicht überlegt, wird wohl kaum darauf achten, daß ein Ort zu seiner Tat nicht besonders geeignet ist und einen neuen Ort suchen. Im Gegenteil, das vorsichtige Ausschauen des Platzes ist doch eine Ueberlegung. Man kann den Angeklagten nur dann zugute halten, daß sie nicht mit Ueberlegung gehandelt haben, wenn man annimmt, daß der empfangene Befehl jede Ueberlegung in ihnen erstickt habe.

Sehr erfreulich ist es dagegen, daß das Urteil sich dem Gutachten des Stettiner Gerichtsrates nicht angeschlossen hat. Für diesen merkwürdigen Akt, mit dem wir uns nützlich schon einmal kurz beschäftigen mußten, ist die Urteilsbegründung geradezu eine moralische Stäupung. Es wird diesem sogenannten Sachverständigen dort und nett ins Gesicht gesagt, daß er entweder völlig unfähig ist oder daß er absichtlich sein Sachverständigen-gutachten gefärbt hat. Das wird zwar nicht ausgesprochen, aber faktisch laufen die Ausführungen der Urteilsbegründung darauf hinaus. Wir müssen deshalb heute unsere Forderung, daß unverzüglich gegen diesen Sachverständigen eingeschritten unter, er wegen Verletzung seines Sachverständigen in Untersuchung gezogen wird, erneuern. Sein Sachverständigengutachten war so außerordentlich merkwürdig und widersprach allen Feststellungen, die über das Verhalten und das Wesen der Angeklagten gemacht worden sind, so sehr, daß man dem Sachverständigen den guten Glauben kaum noch zubilligen kann. Zum mindesten müßte er aber wegen völliger Unfähigkeit unverszüglich diszipliniert werden.

Das Gericht hatte in seiner Urteilsbegründung festgestellt, daß sich zwar die Angeklagten hätten als Soldaten fühlen können, daß sich aber Krüger selber nicht hätte als Soldat fühlen können. Das Gericht nimmt dabei als erwiesen an, daß die in Betracht kommenden Reichswehroffiziere dem Krüger seinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß er mit dem Militär nichts mehr zu tun hätte und daß seine ganze Tätigkeit rein privater Natur sei. Wir haben schon vorhin ausgeführt, daß wir das durchaus nicht für erwiesen halten, und wir müssen hier noch einmal feststellen, daß wir diese Behauptungen der Urteilsbegründung deshalb für falsch halten, weil zum mindesten die Unschuld der Reichswehr nicht bewiesen ist. Nachdem nun aber das Gericht so entschieden hat, ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, unverszüglich Krüger und v. Bodungen, die die Befehle zur Beteiligung von Verrätern erteilt haben, wegen Anführung zum Mord in Anklagestand zu versetzen. Wir müssen auch wegen Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr die unverzügliche Verhaftung beider verlangen. Vom Justizminister erwarten wir, daß er energisch die Staatsanwaltschaft anhalten wird, ihre Pflicht zu tun, und daß jetzt endlich in diese Postkutsche einmal gründlich hineingegriffen wird.

Japans Niederlage in China.

Die Japaner in Tsinanfu entwaffnet.

Abbruch der Beziehungen zur südchinesischen Regierung.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, wird immer undurchsichtiger, und die aus chinesischen, britischen und japanischen Quellen stammenden Meldungen sind widersprüchlicher als jemals seit Beginn des Kampfes in China. Festzustellen scheint lediglich, daß die Kämpfe zwischen den chinesischen Truppen und dem japanischen Expeditionskorps, das längs der Grenze der Fremdenbesetzung von Tsinanfu in Stellung gegangen ist, auch am Sonnabend noch andauerten. Die japanischen Verstärkungen, die von Tsinanfu nach Tsinanfu geschickt worden sind, konnten ihre Bestimmungsort nicht erreichen, da die Eisenbahnbrücke über den Gelben Fluß von nationalistischer Seite gesprengt worden war. Die aus Tokio kommende Sensationsmeldung, wonach angeblich dreihundert japanische Zivilisten, darunter auch Frauen, in Tsinanfu von Truppen der nationalistischen Armee getötet worden seien, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen, da man in Japan naturgemäß ein starkes Interesse daran hat, die großen Truppenversendungen nach China vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Aus amtlichen japanischen Meldungen über dieses Massaker geht übrigens hervor, daß die Ausführenden nicht in dem von Japan gemeldeten Ausmaß vor sich gingen und nicht auf reguläre Truppen der Armee Tschangtsaihei zurückzuführen sind. Es soll sich vielmehr um eine Truppe von chinesischen Führern der Süderarmee handeln, die Tschangtsaiheis Oberkommando nicht anerkennen.

japanischen Truppen als einer Verletzung der chinesischen Souveränität protestiert und den japanischen Truppen in Tsinanfu provokatives Verhalten gegenüber den militärischen und zivilen Behörden der nationalistischen Regierung vorgeworfen. Nationalistische Beamte seien beschimpft und getötet, amtliche Gebäude mit Artillerie beschossen, Straßen unter Maschinengewehrfeuer genommen und eine militärische chinesische Kabelfunktion mutwillig zerstört worden. Die Regierung von Peking hat der japanischen Gesandtschaft in Peking ebenfalls eine Note überreicht. Sie macht die Japaner für alle Vorgänge in Tsinanfu verantwortlich. Dieser Protest ist insoweit bemerkenswert, als sich die Regierung von Peking mit der nationalistischen Regierung, mit der sie gegenwärtig im Kampfe steht, gegen die Japaner solidarisch erklärt.

Japanische Truppen gefangen.

Lotia, 5. Mai. Das Kriegsministerium bestätigt, daß die chinesischen Südruppen japanische Truppen bei Tsinanfu entwaffnet haben. Die Truppen hätten sich ergeben müssen, weil ihnen die Munition ausgegangen sei. Der Befehlshaber der entwaffneten japanischen Truppen verübte Suizid. Die japanische Verhaftung ist unterwegs, um die entwaffneten Truppen zu betreiben. Staatspräsident Tanaka erklärt öffentlich, daß die japanische Regierung beabsichtigt habe, die Beziehungen zur Nationalregierung abzuwickeln und den General Tsoung aharsjen. Dieser Befehl dürfte demnach von Kromm bestätigt werden.

Seiden, 6. Mai. Die Eisenbahnverbindung mit Tsinanfu ist von den Japanern wieder hergestellt worden, so daß die japani-

Kr. Obwohl das Stettiner Urteil sehr milde ausgefallen ist und offenbar auch in mancher Beziehung recht anscheitbar zu sein scheint (vor allem gilt das für die Freisprechung der Nebenangeklagten), möchten wir uns dennoch, wenigstens was das

sehen Truppenverstärkungen wieder auf dem Bahnwege herankommen können.

Die japanischen Truppen in Tsinanfu haben, wie jetzt amtlich gemeldet wird, zehn Tote und einunddreißig Verwundete verloren.

Bei Vorzug ist General Feng ganz unerwartet von den Truppen eines bisher neutral gebliebenen Generals angegriffen und schwer geschlagen worden. Ein großes Waffenlager Generals Feng ist verloren gegangen.

Der Krach in der SPD.

Wieder ein hervorragender Funktionär aus der Partei ausgetreten.

Von Tag zu Tag orakelt die kommunistische Presse über die „Unzufriedenheit und Ungehörigkeit“ in der Sozialdemokratie. Sie orakelt, um ihre Anhänger von dem Krach im eigenen Lager abzulenken. Wir haben nicht das Bedürfnis, auf diese kommunistischen — durch nichts bewiesenen — Behauptungen näher einzugehen. Der 20. Mai dürfte zeigen, wie es mit der „Unzufriedenheit“ in der SPD. aussieht. Geschlossene denn je ist sie in den Wahlkampf gezogen. Mit einer seltenen Einmütigkeit führt sie seit Wochen Schlag auf Schlag gegen die Reaktion. Wie aber ist es mit der SPD. bestellt? Erst vor wenigen Tagen haben ihre maßgebende Bergarbeiterführer den Rücken gelehrt, und noch ehe diese Nachricht verhallt ist, werden aus dem Westen weitere Austritte gemeldet. Hier der Beweis:

An die Unterbezirksleitung der Kommunistischen Partei. Duisburg, Friedenstraße 11.

Werte Genossen!

Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der kommunistischen Partei Deutschlands. Zur Begründung führe ich folgendes an: Am 1. Februar 1921 wurde ich durch einstimmigen Beschluß der Mitgliedschaft Duisburg der Zentrale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu deren Geschäftsführer gewählt und nach kurzer Zeit durch den Vorstand desselben Verbandes in dieser Funktion bestätigt. Bis zum heutigen Tage war ich aufrichtig bestrebt, neben meinen Aufgaben als Verbandsangestellter meine Pflicht als Funktionär der SPD. eifrig zu erfüllen. Trotz dieser Bestrebungen hat meine Pflichtauffassung als Gewerkschaftsleiter bei der Partei nie das notwendige Verständnis gefunden, das ich erwarten durfte. Mehrmals bin ich wegen meiner inkorrekten Haltung in Gewerkschaftsfragen vor die Kontrollinstanzen dieser Partei geladen worden, um mich zu verantworten. In allen diesen Fällen haben die Parteiorgane gegen mich entschieden. Trotzdem habe ich bis vor kurzem die Hoffnung gehegt, daß mit der Zeit innerhalb der Partei sich jene Strömungen durchsetzen würden, die für die schwere Verantwortung und die bedeutenden Funktionen der Gewerkschaften das notwendige Verständnis aufbringen. Diese Hoffnungen sind bei den letzten Lohnbewegungen in diesen Wochen schmachvoll enttäuscht worden. Nicht nur, daß versucht wurde, in Kundstreichern die Lohnbewegung der Gemeindearbeiter politisch auszuwerten, wurden auch Parteifunktionäre mit fertig von der Partei ausgearbeiteten Entschuldigungen in die Verbandsversammlungen geschickt, Entschuldigungen, die den selbstverständlichen gewerkschaftlichen Grundfragen hohn sprechen.

Die Vorlesung in einer Offener Versammlung, die ich der Partei zur Gegenüberung mitgeteilt habe, wie auch die Ereignisse bezüglich der Lohnbewegung in Duisburg, wurden von der Bezirksleitung mit einer Antwort abgelehnt, deren Unterstellungen mit jener Mitarbeiterarbeit in der Partei unanständig macht.

Ich sehe mich deshalb veranlaßt, zu erklären, daß ich aus Gründen der politischen und gewerkschaftlichen Moral nicht länger einer Partei angehören kann, die, statt zu einem, die Arbeiterklasse nur trennt, und sich nicht schämt, die große wirtschaftliche Not politisch eigenmächtig auszusprechen.

Vorstehender Austrittserklärung schließlich
Michael Kadenhof

Eduard Jasin

Betriebsratsvorsitzender

des Gas- und Wasserwerks Duisburg.

Wo überall das gleiche Bild: Statt zu einem — nur

kennen!

Dem Beispiel des kommunistischen Stadiverordneten Kadenhof sind inzwischen eine ganze Reihe anderer Duisburger Kommunisten gefolgt. Kadenhof war einer der ersten

kommunistischen Führer am Niederrhein. Er landete unter anderem auch für den dortigen Bezirk auf der kommunistischen Reichstagsliste. Der SPD. gehörte er seit ihrer Gründung an.

Die „Italia“ auf Spitzbergen gelandet.

General Nobile ist mit der „Italia“ am Sonntag, 1. Uhr mittags, in Kingsbay auf Spitzbergen gelandet. Da die „Italia“ am Sonnabend 20,31 Uhr in Vadsoe aufgestiegen ist, hat sie zur Fahrt nach der Spitzbergener Station nur die überraschend kurze Zeit von 16½ Stunden gebraucht. Das sind bei einer Entfernung von über 1000 Kilometer etwa 60 Kilometer Stundenleistung. Der Wind, der in der Nacht nur schwach gewesen war, wurde im Laufe des Vormittags stärker, und als die „Italia“ über dem Eingang des Kingsbay-Forts erschien, hatte sie einige Schwierigkeiten zu überwinden, um gegen den scharfen Gegenwind den Landungsplatz zu erreichen. Dem Hilfsdampfer ist es noch immer nicht gelungen, in Kingsbay zu landen.

Kingsbay ist vom Nordpol noch 1200 Kilometer entfernt. Das Luftschiff wird jetzt überprüft und, soweit notwendig, wieder voll instandgesetzt. General Nobile beabsichtigt, seinen Vorstoß zum Nordpol sobald wie möglich zu unternehmen. Er will nicht nur einen Vorstoß auf den Nordpol, sondern zwei oder drei ausgedehnte Flüge über das unerforschte Polargebiet unternehmen. Man schätzt, daß etwa 1 Millionen Quadratkilometer des Polargebietes noch von keines Menschen Auge gesehen sind. General Nobile will über den Pol, der ein geographischer Punkt des eisbedeckten Meeres ist, den Eisanker auswerfen und versuchen, zu landen.

Zum neuen Attentat in Warschau.

Wieder ein russischer Emigrant der Attentäter.
Warschau, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Leiter der sowjet-russischen Handelsmission in Polen wurden in den Verbandsakten der russischen Emigranten und bei einer Anzahl russischer Nationalisten in Warschau Hausdurchsuchungen sowie einige Verhaftungen vorgenommen. Der Attentäter Wojciechowski ist der Sohn eines von den Bolschewisten ermordeten zaristischen Obersten und späteren Gouverneurs in Kalisch. Er selbst wurde als 14jähriger Junge wegen „Vorbereitung eines Staatsverrats“ zur Verbannung verurteilt. Später gelang es ihm zu flüchten. Er befreite dann seine inzwischen von den Bolschewisten ebenfalls verhaftete Mutter aus dem Gefängnis und flüchtete mit ihr im Jahre 1921 nach Polen, wo sie beide Asylrecht erhielten. Der Täter ist Neureichener hohen Grades und will seine Tat auf Grund einer plötzlichen Erregung begangen haben. In letzter Zeit verfiel er überdies der Trunksucht.

Die polnische Regierung hat dem Warschauer Schwitzgeheimnis Bogomolow inzwischen schärfste Ahndung des Verbrochens zugesagt. Die Warschauer Presse und insbesondere die der Regierung nahestehende Presse schweigt sich über den Vorfall aus. Augenblicklich wartet man die Stellungnahme der Sowjetregierung ab. In Warschau ist man zu größtem Entgegenkommen gegenüber den Sowjets bereit.

Krach im Autonomistenprozeß.

Polnische Verteidigung auch in Frankreich.
Straßburg, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Colmarer Autonomistenprozeß wies die Verteidigung am Sonnabend vormittag darauf hin, daß erst zwei der Angeklagten vernommen worden sind. Keinem der Angeklagten habe man aber mit Bestimmtheit gesagt, in welcher seiner Handlungen die Anklage die Beteiligung an einem Komplott zur Gefährdung des Staates sehe. Kammerleiter, nachdem die Verteidigung das auseinandergelegt habe, klagte: Der Staatsanwalt war, das Verbot der Angeklagten abzubringen und sofort die Zeugen zu vernahmen. Die Verteidigung lehnt das ab und erklärt, daß die Angeklagten das Bedürfnis hätten, ihre Unschuld zu beweisen. Schon ehe die Verhandlungen dieses Prozesses begonnen hätten, sei bekannt gewesen, daß der Prozeß durch die Regierung beeinflusst würde. Die Straßburger Rede Poincarés vom 18. Februar habe jene von Anfang festgestellte Atmosphäre geschaffen.

Der Vorsitzende übergeht jedoch alle Einwände der Verteidiger und beantragt den Gerichtsdiener, die ersten Zeugen aufzurufen. Als das geschieht, er-

heben sich sieben Verteidiger von ihren Sitzen und legen in der heftigsten Weise Protest gegen die Geschäftsführung ein. Man versteht in dem Raum kaum ein Wort. Schließlich findet der Konflikt durch einen Gerichtsbeschluß sein Ende, nach welchem dem Verteidiger Quartier auf einen Monat das Recht zur Ausübung seines Verteidigeramtes entzogen wird, weil er die Prozeßführung angegriffen und von einem wohl vorbereiteten Coup gegen die Autonomisten gesprochen hätte. — Der Vorsitzende vertagt dann die Sitzung kurzer Hand auf Montag.

Sammlung der Opposition in Rumänien.

Die Bauerntagung in Alba Julia.

Die Tagung der Nationalen Bauernpartei in Alba Julia, an der fast 200 000 Bauern teilnahmen, ist in voller Ruhe und Ordnung beendet worden. Außer dem Sekretär der Partei sprachen Maniu, Michalache-Salipa, Baida und Popowitschi. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der nachdrücklich dafür eingetreten wird, daß die Nationale Bauernpartei unter der Führung Manius an die Macht gelange. Weiterhin wird in der Entschlieung die Liberale Partei und die allgemeine Politik der Regierung heftig angegriffen und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Kampf bis zur Befreiung der Regierung fortzusetzen.

Poincaré und die Autonomisten.

Seine Rede in Metz.

Paris, 7. Mai. (Eigener Funtribeicht.)

Ministerpräsident Poincaré hat am Sonntag auf einem Bankett der Bürgermeister der Mole-Departements die angekündigte Rede gehalten. In ihrem Verlauf legte er sich in folgenden Ausführungen mit der autonomistischen Bewegung auseinander. „Frankreich“, so erklärte er, „hat von der ersten Minute an versprochen, die Wünsche der Bevölkerung zu achten, ihre Traditionen und Bräutig zu respektieren und solange, als sie es gewünscht, ihre Schutz- und Religionsgesetzgebung, d. h. den konfessionellen und zweisprachigen Unterricht sowie das Konkordat zu bewahren. Es hat aber das Recht zu fordern, daß die Aufrechterhaltung dieser Sondergesetzgebung durch eine ehrliche und unabweisbare Anhänglichkeit der Bevölkerung an Frankreich und den obligatorischen Unterricht in der Nationalsprache gerechtfertigt werde. Frankreich sei entschlossen, sich Eizug-Vorbringen nicht wieder nehmen zu lassen, und Deutschland habe sich übrigens auch verpflichtet, die beiden Provinzen nicht zurückzugeben. Frankreich werde auch niemals in die Schaffung eines neutralen Staates einwilligen.“

Paris, 7. Mai. (Eigener Funtribeicht.)

Die Presse hebt aus den Ausführungen Poincarés in Metz hauptsächlich hervor, daß Frankreich niemals einen neutralen oder autonomen Staat im Elsaß dulden werde. Trotzdem hat namentlich der „Populaire“ den deutlichen Eindruck, als wolle Poincaré seine Repressionspolitik aufgeben und als bedeute seine Rede einen deutlichen Rückzug. Der „Gaulois“ glaubt sogar schon, ankündigen zu können, daß das Oberkommissariat in Straßburg wieder hergestellt und mit einem Politiker ersten Ranges besetzt würde. Daß es sich dabei nicht darum handeln kann, den Ultramontanen freie Hand zu lassen, geht daraus hervor, daß die gelamte Linkspreffe vom „Devoir“ bis zum „Quotidien“ einer energischen Demarche beim Vatikan verlangt, um die „passive Resistenz der katholischen Kreise im Elsaß zum Aufhören zu bringen.“

Die Maifeiern in England.

London, 7. Mai. (Eigener Funtribeicht.)

In ganz England, Wales und Schottland fanden, begünstigt von wundervollem Frühlingwetter, am Sonnabend und Sonntag die Maifeiern der britischen Arbeiter-schaft statt. Die Londoner Organisationen der Arbeiterpartei hatten nach neun verschiedenen Londoner Partanlagen und öffentlichen Plätzen Demonstrationen einberufen, an denen sich ungefähr 25 000 Menschen beteiligten.

In Glasgow allein nahmen an der von den Organisationen und der lokalen Arbeiterpartei veranstalteten Demonstration 45 000 Personen teil. In Liverpool wurde die Maifeier der Kommunisten, die getrennt von derjenigen der offiziellen Arbeiterbewegung stattfand, durch eine ansehende von faschistischer Seite geschleuderte Rauchgasbombe gestört. Es wurden drei Verhaftungen vorgenommen. Überall kam das vom Parteivorstand verfaßte Mai-Manifest zur Verteilung und wurde von den Versammlungen und Demonstrationen als Resolution angenommen.

Alle aus dem ganzen Lande einlaufenden Berichte sprechen von einer überallhin starkem Beteiligung der ländlichen Bevölkerung an den Maifeiern.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Melit-Serling A.S. Berlin W. 18.

(Nachdruck verboten.)

124
Erwidern sie es, so war es aus mit der Grand-ship. Sie würden übergeben sein, das Wasser in diesem netzten habe, oder zumindest, daß er ein Hohlkopf sei, den man nicht in seiner Nähe dulden darf. Sie wollte legal, romanisch und melodramatisch sein wie in einem ihrer Filme. Ganz hübsch sah sie aus, gelungener und erwiderte, der Vater habe bestimmt Verne alles erzählt, nachdem er, Wang, es beim Vater berichtet hatte.

Es kam es, daß der junge Petroleumprinz der „geborenen Republik“ seinen Heiratstrug machte. Er ging fort und blieb für unglücklich. War er nicht mit Si gekommen, so hätte er sich auch ihr, waren sie benannt, so gab es nichts Zusammengehöriges, und sie würden sich unter Tränen verabschieden. Wang kam dieser Annahme entgegen, mit ihm beharrten und neue Gründe gegen die Verlobung vorzubringen. Er wollte auch Handel mit Öl und auch behaupten, daß er die wilden Gebiete kenne, die ausstrecken würden, jedoch Handel über den Resten des Landes möglich sei. Er wollte den Verlobungen der Sozialistischen Jugend beistehen, bei der Handel mit einem Teil der Produktion einer Petroleum-Übernahme hatte — hier gab es keine Bildung, junge Arbeiter, die unfähig ihren Beruf gelernt und jetzt etwas erzählen, wie die Studenten des Jahrganges und die Angehörigen des Restes der Bevölkerung.

Wang Petros, ein gewisser Schenker war gekommen mit ein großer schwarzer Koffer und glückte: Ein Koffer, der ein Rest der letzten Operationen. Der Herr hatte nicht bedacht, das Öl zu verkaufen, das er von den Klängen des Welt-Karavans gegeben. Er hatte einen großen Koffer, Wang Petros, der Mann, der die Petroleumgesellschaft am Kopf des Berges, erzählte, daß die Petroleumgesellschaft nicht bedacht, das Öl zu verkaufen, das er von den Klängen des Welt-Karavans gegeben. Er hatte einen großen Koffer, Wang Petros, der Mann, der die Petroleumgesellschaft am Kopf des Berges, erzählte, daß die Petroleumgesellschaft nicht bedacht, das Öl zu verkaufen, das er von den Klängen des Welt-Karavans gegeben.

Wang eingeschickt, wie ihn der Herr in diesem Teil der Welt auch nie gesehen hatte.

Schließlich wurde er gegenüber von den Partnern der mittleren Klasse herab, die sich stärker geräteten, um unter Wangen und Wangen Handel zu betreiben. Selbstverständlich wollte er glücklich werden, aber zuletzt voller Blumen und Sonnenlicht verhielt sich. Deshalb in Angel City der Herr selbst Petros und Wang, von denen man keine Ahnung hat, ehe man sie an Ort und Stelle kennen lernt. Wärdert ihr die religiösen Annahmen in den Sonnenblättern lesen, ihr müßte einfacher in Leben oder in Tränen ausbrechen, je nach einer günstigen Entscheidung. Es immer dort oder vier verknüpft waren im Namen von Jesus, Buddha, Zoroaster oder der Religion, des Dichters, der Pöbel oder des neuen Deutens, des Spirituellen und der Physischen Wissenschaft — da war der Beginn einer neuen Offenbarung, mit unglücklichen innerlichen Glück und glücklichen Regen des Heils.

Er war der weiche dieser geistlichen Erben gegenüber im Sozial. Der Mann war er wirklich hart richtiger Schaffensgenosse, und an diesen Tagen kamen sie alle Traditionen. Wang als Symbol, sagte er ihm: er ist mit dem menschlichen Japan von Angel City, was er mit der wirtschaftlichen Jünger gehen hätte: er immer die zur Seite und Wang, die vor dem grauen Wang. Wang, der Mann, der die Angel City als einen Jünger in der Hand. Er war ein gewisser geistlich, eines lebendigen Mann im Menschen, Wang, der die Herzen, genau, wie er es sah, der Jünger ganz hatte. Die Tiere waren sich nicht, wenn er abhandelt hat.

Er hatte einen Plan für das Unternehmen. Er sollte primitive kleine lebende Röhren mit entzündeten Flüssigkeiten, die keine leuchtenden Flüssigkeiten mit unglücklichen Entscheidungen. Wang, der Mann, der die Angel City als einen Jünger in der Hand. Er war ein gewisser geistlich, eines lebendigen Mann im Menschen, Wang, der die Herzen, genau, wie er es sah, der Jünger ganz hatte. Die Tiere waren sich nicht, wenn er abhandelt hat.

ununterbrochen aufgefordert, etwas zu tun: um des Herrn willen anzukommen, oder in die Hände zu klatschen, oder als Neuankunftlinge die rechte Hand zu heben.

Der größte Vorteil Elis gegenüber den anderen Propheten war allerdings seine Ungefragtheit, die er in den Höhlen von Paradiese entwidelt hatte. Es gab weit und breit keine ihm schäudernde Stimme, noch eine, die so lang zu brüllen vermochte. Den ganzen Sonntag drönte und donnerte sie, am Morgen, am Nachmittag, am Abend. Es gab auch an allen Tagen — Sonntag abend ausgenommen — Gottesdienste, morgens und abends. Es gab, Sibelius, Gesang, Heilungen, Tausen, Dankgottesdienste, Hochzeiten an groß und Einweihungen der Braute des Lammes, es war unmöglich, sich zu merken, was alles in den vielen Räumen und Hallen dieses Tabernakels, das eine halbe Million Dollar gekostet hatte, vor sich ging.

Die Wissenschaft hatte eine wundervolle Erfindung gemacht, mittels derer die menschliche Stimme hundertmal verstärkt über die ganze Erde entwidelt werden konnte. Ganz Amerika war radiotoll geworden, und jeder wollte einen Apparat haben. Der große Sender in Angel City wurde zum erstenmal anlässlich der Eröffnung eines luxuriösen Hotelpalastes in Betrieb genommen. Die Eröffnungseremonien wurden durch das Radio bekannt gegeben. Das Ergebnis war: alle Hotelgäste betranken sich, und der Leiter des Hotels stellte sich vor das Mikrophon und ließ einen Strom von Ohnmächtigkeiten los, wie ihn die Farmerstrassen von Iowa noch nie gehört hatten. Deshalb herrschte allgemein die Ansicht, die neue Erfindung müsse entwidelt und geheiligt werden. Elis lächelte sich sofort an, in sein Tabernakel einen der größten und stärksten Sender einzubauen. Durch die Größe des Herrn wurden darauf keine Worte auf eine Entfernung von vier Millionen Quadratmeilen verbreitet. Es kostete ihn wirklich einen so großen Palast zu predigen, gelobt sei Jesus!

So wurden Elis Predigten charakteristisch für das sozialistische Leben. Es war unmöglich, ihnen zu entkommen. Der Herr hatte Herr Wang erklärt, er müsse mehr Bewegung haben, und daher unternahm er täglich vor dem Diner einen halb-kündigen Spaziergang. In diesem warmen Frühlingswetter fanden alle Haustüren offen, man mußte nur ein Bierlein wählen, was die weniger bemittelten Leute, also etwa neunzig Prozent der Einwohner, liebten. Dann vernahm man auch schon die verträumte brüllende Stimme, und noch ehe man sie aus den Ohren verlor, gelangte man zu einem anderen Radioparat, und es ging es weiter, von Straße zu Straße.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Mai 1928.

Lesen! Denken! Handeln!

In einem Flugblatt mit dieser Ueberschrift wenden sich der Bund deutscher Bodenreformer, der Deutsche Bankbeamten-Verein, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, das Heimstättenamt der deutschen Beamtenchaft, der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker), der Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie, der Verband Breslauer Kleingartenvereine und die Siedlerverbände an die Wählerchaft und fordern sie auf, für eine gemeinsame Liste zur Stadtverordneten-Versammlung einzutreten, die unter dem Kennwort „Arbeit und Bodenreform“ eingereicht worden ist.

Es ist gut, daß diese Außenleiter ihr Flugblatt mit der Ermahnung „Lesen, denken und Handeln“ überschrieben haben, denn dadurch beteiligten Organisationen zum Bewußtsein kommen, daß es an der Zeit ist, diese Extraktoren der Organisationsführer, die einen eigenen Laden aufmachen wollen, einmal gehörig in die Schranken zu weisen.

Also, lesen wir! „Nur zu oft verhindern parteimäßige Bindungen dringende soziale Maßnahmen.“ „Die politischen Parteien haben ihr Aufgabengebiet in den großen gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder.“ „Die Stadtverordneten-Versammlungen jedoch sind nicht der Ort, politische Parteigegegensätze auszutragen, sie haben die Aufgabe, die städtischen Angelegenheiten sachlich und zweckmäßig zu fördern.“ „Die Angelegenheiten des Breslauer Wohnungswesens.“ „Die neue Stadtverordneten-Versammlung muß die Forderung erheben auf baldige Verabschiedung des preussischen Städtebaugesetzes und des Reichs-Bodenreformgesetzes. Ohne diese Gesetze ist großzügige städtische Wohnungspolitik unmöglich. Sonst wird trotz Eingemeindung die Zusammenballung der Menschen in Kasernenmäßigen Wohnhäusern nach Wiener Muster stattfinden.“ „Wir fordern die Niedrighaltung der Neubauten.“ „Dauergärten in größerer Stadtnähe.“ „Der unverdiente Wertzuwachs am Boden muß im Interesse der Allgemeinheit steuerlich erfasst werden.“ „Gesunde städtische Steuerpolitik, die Verteuerung der Verkehrsmittel, der Gas-, Wasser-, Elektrizitätspreise und des Schulgeldes verhindert.“ Deshalb zur Stadtverordnetenwahl Liste „Arbeit und Bodenreform“ wählen!

Denken wir! Die Verfasser des Flugblattes haben es nicht getan, sonst hätte es ihnen sofort klar werden müssen, daß alles das, was ihnen angeblich am Herzen liegt, keine lokale Angelegenheit ist, sondern daß letzten Endes alles, aber auch alles von den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften in Reich und Ländern abhängt. Sind nicht Mietspreisgestaltung, Wohnungspolitik, Verabschiedung eines preussischen Städtebaugesetzes und eines Reichs-Bodenreformgesetzes im Sinne des schaffenden Volkes nur möglich, wenn die großen Parlamente nur aus schaffenden, sozial denkenden Menschen zusammengesetzt werden? Ist nicht jede Frage, auch die geringfügigste, die den einzelnen berührt und die jene Leute von der Liste „Arbeit und Bodenreform“ von einem besonderen Kirchturn beschauen zu können glauben, von der Zusammenfassung der großen Parlamente abhängig?

Handeln wir! Geben wir diesen Eigenbrödlern am 20. Mai die Antwort, die ihnen gebührt, ganz gleich, ob wir Mitglied bei Bodenreformern, Kleingärtnern, Kinderreichen, Siedlern oder sonstwas sind. Zeigen wir ihnen, daß wir nicht so dumm sind, wie sie uns einschätzen, indem sie uns die Wahl zu den großen Parlamenten freistellen, während sie für die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung ein zur Erfolglosigkeit verdammtes Eldorado einzurichten empfehlen.

Jeder Proletarier, der in einem dieser Bünde und Vereine organisiert ist und erkannt hat, daß für ihn nur die Interessenvertretung durch die Sozialdemokraten im Reichs- und Landtag in Frage kommt, wählt selbstverständlich auch für die Stadtverordnetenversammlung nur Sozialdemokraten, denn es wäre ja paradox, wenn ein Wähler in den Reichstag einen Sozialdemokraten wählen würde, um für das Stadtparlament einen „unpolitischen“ Vereinsmeister zu wählen, der gefinnungsmäßig viel-

leicht ein Klassengegner sein kann. Letzten Endes ist doch auch die Breslauer Eingemeindung nicht das Werk der zurzeit in der Stadtverordnetenversammlung sitzenden zwei Bodenreformer und der zwei Arbeitnehmer, sondern der starken sozialdemokratischen Fraktion.

Den mandats-hungrigen Vereinsführern muß in den Organisationen und auch bei der Wahl ordentlich eins ausgewischt und gezeigt werden, daß die Breslauer Proleten wünschen, überhaupt erst einmal nach Wiener Muster wohnen zu können. Unser Handeln wird die „Arbeit- und Bodenreform“-Kandidaten belehren, daß es ihnen nicht zusteht, von kasernenmäßigen Wohnräumen nach Wiener Muster zu sprechen; es wird ihnen zeigen, daß das schaffende Volk dieses Wiener Muster erst gern einmal in Breslau hätte, weshalb es für alle Parlamente Sozialdemokraten wählen wird, auch für die Stadtverordnetenversammlung!

Achtung! Achtung! Hier S.P.D.

Die Wahlrevue

„Soppla, wir wählen“

wird heut (Montag) abend

von den Jungsozialisten

im Gewerkschaftshause

in einer öffentlichen Wählerversammlung

mit Humor und Ernst

ausgeführt. Wer

den Bürgerblut

in politisch-satirischer Darstellung noch nicht gesehen

hat, den erwarten wir

um 8 Uhr

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Eintritt nur 20 Pf.

Erste Anfahrt des Deutschen Autoklubs.

Schwarz-Rot-Gold an dreißig Automobilen.

Die schwarz-weiß-rote Front der Reaktion zerbröckelt immer mehr. Nun ist auch jener uneingeschränkte Hort der Reaktion, der vormals Kaiserliche Automobilklub an der Reichs- von Republikanern zertrümmert zu werden. Nach der Revolution kriech er zwar das „Kaiserliche“ aus seinem Namen und entfernte es von seinem Wimpel, doch blieb in den Farben Schwarz-Weiß-Rot gehalten. Die Republikaner traten trotzdem nicht aus, denn einmal hofften sie auf Genußänderung und zweitens war kein Ersatz zur wirtschaftlichen Förderung des Automobilwesens vorhanden. Inzwischen aber hat der Klub an die Stelle des einfachen Schwarz-Weiß-Rot die Kriegsfarbe der Hakenkreuzler gesetzt. Bald erschien darin auch der Hohenzollernadler wieder, und zuletzt hat man dem kaiserlichen Raubvogel auch wieder die Krone aufgesetzt. So schändet dieser Klub das Ansehen der Republik, wirkt überall, wo er auftaucht, für die Reaktion und schändet bei seinen Auslandsfahrten durch seinen Wimpel auch das deutsche Ansehen im Ausland.

Da ist nun vor einiger Zeit in Berlin der Deutsche Autoklub gegründet worden, der vor reichlich vierzehn Tagen auch in Breslau Fuß gefaßt hat. Für den gestrigen Sonntag rief er zu seiner ersten Werbefahrt auf, und siehe da, dreißig Fahrzeuge fuhren vormittags 9 Uhr auf dem Ringe an, wo sie den schwarz-rot-goldenen Wimpel erhielten, soweit sie ihn nicht schon vorher hatten. Dann ging die Fahrt nach Süden, zur Stadt hinaus, in den lachenden Maienland. In der Kaiser-Wilhelm-Straße hatte eine Abteilung des Reichsbanners zur Begrüßung der neuen republikanischen Organisation Aufstellung genommen und am Gasthaus zum „Wienenthal“ hinter dem Südpark, konzertierten die den Reichsbanner angehörenden Berufsmusiker. Unter den Klängen von „Freiheit, die ich meine“ fuhren die Autos an. Während sie hielten, spielte die Musik feierlich das „Deutschland über alles“ des alten Freiheitstämpfers Hoffmann von Fallersleben, und bei der Abfahrt dröhnte es gewaltig.

Vulver ist schwarz,

Blut ist rot,

Goldene flackert die Flamme!

Die Fahrt ging dann über Zabten nach Schweidnitz weiter. Hier hatte sich der Amtsvorsteher von Weichstein, Genosse Hertwig zum Empfangе eingefunden. Er sprach seine Freude darüber aus, daß die erste Werbefahrt ins Waldenburger Berg-

land führte. In Schweidnitz sei es schon sehr nötig, die Farben der Republik zu zeigen, aber auch, in den weiteren Orten, besonders in Bad Salzbrunn. Dem Genossen Hertwig dankte Rechtsanwält K i t t e r. Er betonte, die Schwärze müsse aufhören, daß Deutsche den deutschen Farben die Achtung verweigern, sie schmählich und beschimpfen.

Hierauf Weiterfahrt über Waldenburg nach Bad Salzbrunn. Im feudalen Kurhaufe war das Mittagessen bestellt. Vielleicht zum ersten Male zierte eine schwarz-rot-goldene Fahne die Fassade des Hauses, an das einst Wilhelm zwei Waggons ungebrauchte Klojett zum Einbau lieferte, damit er mit seinem Gefolge dort während des Kaisermanövers ungenügend keine Koldbrust verrichten konnte. Hier hielt Direktor H i r s c h b e r g eine Ansprache, in der er hoffte, daß zur nächsten Kursfahrt bereits die doppelte Anzahl von Breslauer Automobilen im Zeichen Schwarz-Rot-Gold anrollen werden, und daß die Bewegung auch in ganz Schlesien bald ihre Wellen schlagen wird. Dr. S c h r e i n e r vom Vorstande in Berlin sagte, er hätte sich eine so herrliche erste Anfahrt in Breslau nicht träumen lassen. Am gleichen Tage aber hat die Motorboot-Abteilung des Bundes in Berlin die erste Havelfahrt unternommen. Auch auf den deutschen Flüssen und Gewässern müsse den Farben des Reiches Geltung verschafft werden. Der Motorboot-Abteilung Berlin wurde zu ihrer ersten Fahrt ein Glückwunschktelegramm geschickt.

Als man zur Weiterfahrt rüstete, wartete oben an der Hausfahne bereits ein Bediensteter, wahrscheinlich, um die Fahne wieder einzuziehen, sobald die Gäste abgegangen sein würden. Nun ging es weiter über Freiburg und Schweidnitz nach Grottkau zur Wepperrast. Hier standen zwei Autos von den „Kaiserlichen“ und ein kleiner Stahlhelmtroop tat sich wichtig. Als die schwarz-rot-goldenen Wimpel in immer größerer Zahl auftauchten, rief der Stahlhelmtroop seinen Kameraden „die größte Ruhe!“ zu bewahren. Ob er fürchtete, seine Kameraden würden austreten, wenn sie unruhig würden oder ob er sie vom Schießen abhalten wollte, wissen wir nicht. Jedenfalls verzog sich der Stahlhelmtroop nach Wepperrast. Nach kurzer Rast erfolgte die Rückfahrt nach Breslau, wo man gegen 1/8 Uhr auf dem Ringe ankam. Drei- und vierwändige Autos haben die ganze Fahrt mitgemacht, während die anderen wegen anderen Verpflichtungen schon am Vormittag in Zabten oder anderen Orten umgekehrt waren. Wo die schwarz-rot-goldenen Wimpel auftauchten, erröten sie Freude in der Bevölkerung.

Zu Pfingsten erfolgt in Görlitz ein Treffen der Ortsgruppen von Dresden, Leipzig und Breslau nebst anderen, die inzwischen entstehen werden. Für den Verkaufstag rüft man zu einer großen Sternfahrt aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin. In Breslau werden Anmeldungen zum Deutschen Autoklub Langegasse 22 angenommen.

Fünfundzwanzigjähriges Arbeitsjubiläum.

Man übergibt uns folgendes Kündigungs-schreiben, das Herr Ewald Ritter, Inhaber eines Klempner- und Bedachungsgeschäfts, Matthiasstraße 43, kürzlich einem alten Arbeiter schickte, der fünfzig Jahre bei dieser Firma tätig war:

Breslau, den 18. April 1928

Gehrier Herr!

Ihre Kräfte haben nach dem bedauerlichen Unglücksfall, den Sie im vorigen Jahre erlitten haben, doch schon nachgelassen und ich würde Ihnen empfehlen, bei Ihrem vorgerückten Alter, wo jeder Beamte schon zehn Jahre den Ruhestand genießt, die Arbeit aufzugeben und künftige Ihnen hiermit. Ich bin leider nicht in der Lage, Ihnen ein Ruhegehalt auszusprechen, ich hoffe aber, daß Sie durch Ihre Rente vor der ängeren Not geschützt sind.

Bei dieser Gelegenheit danke ich Ihnen für die über 50jährige Tätigkeit, die Sie meinem Vater und mir geleistet haben, von Herzen. Möge Ihnen ein glücklicher Lebensabend beschieden sein.

Mit Gruß

Ihr

geg. Ewald Ritter.

Ja, im kapitalistischen Zeitalter ist die Treue kein leerer Mahn. Wer fünfzig Jahre hindurch Vater und Sohn treu gedient hat, der darf sich schon zur Ruhe setzen. Der freundliche Unternehmer verabschiedet ihn zwar ohne Ruhegehalt, aber doch mit Dank und mit dem Wunsch, auf einen glücklichen Lebensabend. Daß das Herr Ewald Ritter tat, ist ja gewiß nicht gerade schön von ihm, aber andere Unternehmer machen es auch nicht besser.

Achtung, Augen rechts!

Die Revue der „Roten Blusen“ soll ebenfalls noch einmal im Zentral-Saal gegeben werden. Hunderte unserer Parteifreunde und Anhänger mußte das letzte Mal, ohne in den Saal zu kommen, wieder umkehren. Es besteht in der Abteilung Nikolaitor daher der dringende Wunsch, die Revue der „Roten Blusen“ noch einmal anzuführen. Sie kommt also

Dienstag, den 8. Mai, 20 Uhr,

im Zentral-Saal noch einmal zur Aufführung. Frühes Kommen sichert den Platz. Eintritt 10 Pf.

Theater und Musik.

Sobe-Theater.

Sekipiel Albert und Else Wassermann in „Der Diktator“ von Jules Romains.

Dies Stück ist kein politisches Stück. Die nachträgliche politische Aktualität, die es eine zeitlang hatte (man merke Sonnabend deutlich, daß es heute auch diese nicht mehr hat), ist eine durchaus falsche Aktualität, schließt eine völlige Verkennung des Stückes ein. Das Stück ist aber auch nicht, wie der Uebersetzer in seiner Vorrede meint, ein Stück, in dem Weltanschauungen und Ordnungen der Dinge mit einander kämpfen. Denn das Thema des Stückes ist nicht der Kampf einer neuen herauskommenden Ordnung der Gesellschaft gegen die alte bestehende, sondern schlicht, was aber nur Feiwert ist, der Kampf zwischen zwei Auffassungen von revolutionärer Taktik und in der Hauptache der Kampf zweier gegensätzlicher Charaktere und Persönlichkeit, die ihrem Beruf und ihrer Neigung nach eben politische sind. Das Stück ist also ganz und gar ein Charakterdrama.

(Eine Zwischenbemerkung zur Aufklärung: Wenn wir richtig unterrichtet sind, so ist dies Stück nicht 1924 oder 1925, sondern bereits 1912 geschrieben. Es hat also mit den politischen Ereignissen der Nachkriegszeit (Mussolini, Primo de Rivera usw.), mit der Unterdrückung der Parlamente einer Reihe von Staaten und der grundsätzlichen Bejahung der Diktatur eines Einzelnen als Staatsform gar nichts zu tun. Wenn das Stück durch zwei politische Vorgänge angeregt sein sollte, so ist es das wehrähnliche durch die Entwicklung Riffersands und Briants vor revolutionären Sozialisten zu (wenigstens damals) fortgeschrittenen französischen Politikern in den Jahren 1900-1906. In den damaligen Ereignissen ging es tatsächlich sowohl sachlich als vor allem auch psychologisch um etwas, das dem, was in dem Stück nun vorliegt, sehr ähnlich ist. Uebrigens ist der Titel des Stückes irreführend. Ein richtiger Diktator in dem Sinne, den man heute

mit dem Ausdruck verbindet, ist dieser Denis gar nicht. Er wird ja zur Diktatur nur geziehen, er erstrebt sie nicht. Außerdem ist es eine Diktatur, die uns heute recht embryonal vorkommt.)

Es kommt also in diesem Stück alles auf das psychologische Problem an, nicht aber darauf, ob Denis oder Jereol sachlich politisch recht hat, wer von ihnen politisch richtig handelt. Der Verfasser ist denn auch bemüht, in dieser Hinsicht völlig unparteiisch zu sein. Die sachlichen Gründe für und wider sind so sorgfältig abgemessen, daß sachlich keiner recht behält. Auch machen offensichtlich beide Fehler: z. B. ist es auf Denis Seite unter sachlichen Gesichtspunkten sicherlich eine Untrenne gegen seine Partei, daß er die Regierung auch gegen das Votum seiner Partei übernimmt, obwohl es ihm nicht gelungen war, die Partei zu seiner Ansicht zu bekehren. Ein politischer Wahnsinn ist es aber auch, daß Jereol noch in der gleichen Nacht die Resolution gegen den bisherigen Führer der eigenen Partei entsefelt, ohne einen Anhaltspunkt, daß (wenigstens) die der Verfasser dafür keinen Anhaltspunkt, daß eine wirklich revolutionäre Situation gegeben ist, obwohl nicht die geringsten Ausichten auf Erfolg bestehen. Denis' entgegengegesetzte Auffassung der Lage ist durchaus als die richtige vorauszusetzen. Ohne daß Denis auch nur einen Tag Zeit gelassen wird, zu arbeiten und zu zeigen, ob er in der Regierung etwas für die Arbeiterbewegung leisten kann, wird losgeschlagen. Dadurch wird aber Denis förmlich in die Diktatur hineingezwungen. Diese sachlich-politischen Probleme werden also in dem Stück nicht ausgeglichen. Es wäre aber ganz falsch, dem Verfasser daraus einen Vorwurf zu machen. Denn diese Probleme sind gar nicht der Gegenstand der dichterischen Gestaltung. Sie geben die Folie für eine Charakterentfaltung, nichts weiter.

Als Charakterdrama steht dem Stück nun aber doch manches. Die Motivierung ist zwar sorgfältig und auch durchweg logisch, aber es ist doch alles ein wenig ausgeklügel. Denis ist ein Mann mit unwürdiger Schwermut, dem das Wirken, Gebalten, Neues Schaffen alles ist. In negativer Kritik kann er auf

die Dauer kein Genügen finden. Deshalb ergreift er die erste Gelegenheit, an die Macht zu gelangen, die sich bietet, um nun endlich positiv etwas Neues zu schaffen. Er ergreift diese Gelegenheit, trotzdem er sehr wohl fühlt, daß er dabei viel von dem aufgeben muß, was er bisher erstrebt. Dabei treiben ihn nicht Ehrgeiz, Ruhmsucht, Durst nach gesellschaftlichem Ansehen und nach Reichtum, sondern ein echt künstlerischer Gestaltungstrieb. Gewiß ist auch das ein eigenlicher Trieb, aber alle unsere Triebe sind naturnotwendig eigenständig (auch der ganz entgegengekehrte Trieb, der Jereols Handeln bewegt). Denis folgt dem Geheiß seines Wesens, einem Zwang seiner Natur zwar, aber seiner geistigen Natur. Dieser Trieb zum Schaffen ist das oberste Gesetz seines Wesens. Die Ideen, die Sache, für die er kämpft, sind letzten Endes nur Mittel zum Zweck, sind der Stoff, an dem sich seine Kraft übt, sein Schaffensdrang auswirken kann. Er weiß sich dieser Stoff als unerschöpflich dazu, so wird er weggeworfen. Gewiß nicht leichtes Herzens, nicht mit Bewußtsein und Absicht, zumal hier die eigene Ueberzeugung, ja Gesinnung der Stoff ist, aber im entscheidenden Augenblick doch ohne Jögern. Ueberhaupt neigt sich dieser Vorgang halb oder sogar überwiegend im Unbewußten, wie alle unsere entscheidenden seelischen Entwicklungen sich im Unbewußten vollziehen. Gewiß hängt Denis seiner Ueberzeugung ehrlich an, sie ist ihm sehr wohl Herzenssache, aber diese seine Ueberzeugung war nicht das erste, ursprüngliche in ihm, sie wurde vom Geist später ergriffen, weil sie sich davor und in ihrer Zukunftsrichtung die beste Gelegenheit zum Neuschaffen zu bieten schien. Die Ueberzeugung als solche ist nicht der letzte und tiefste Ausdruck seines Wesens, wie es bei einem Ideemensch der Fall ist. Er ist ein Genie der Gestaltung, rücksichtslos, ergreifend, voll Verachtung für die Mitmenschen.

Ein Ideenmensch dagegen ist Jereol. Er ist infolgedessen querkt und zuletzt auf die Reinerhaltung der Idee bedacht, ihm ist die Idee, das Programm alles, das Wirken um des Wirkens willen nichts. Er ist deshalb orthodox, dogmatisch, engstirnig, fanatisiert, gegenüber der starken Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse bei Denis (die übrigens das eigentliche Genie des praktischen Politikers und Staatsmannes ausmacht) ganz unfähig

Wahlkampf.

Verlogenes Spiel mit der Arbeitslosenversicherung.

Mit keinem Gesetz wird im Wahlkampf von den Bürger-Blockparteien sowie großer Unfug getrieben wie mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Das Zentrum läßt, wenn es gut geht, jeden Tag zweimal in seinen Zeitungen der Industrieindustrie mitteilen, daß die Sozialdemokratie in Grunde genommen die Arbeitslosenversicherung, einer Sozial- an der Arbeitslosenversicherung, völlig unschuldig sei, denn das Gesetz sei von der Bürgerblockregierung und den Bürger-Blockparteien gemacht worden und nicht von der Sozialdemo- kratie. Was die Sozialdemokratische Reichsfraktion zur Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beigetragen habe, sei nicht nennenswert. Auf der anderen Seite erklären die Agrarier und Landbündler desselben Bürger- blocks, das Arbeitslosenversicherungsgesetz sei in seiner Auswirkung bereits Bolschewismus in Reini- form. Es züchte Faulheit und Lasterhaftigkeit vor allem unter den Jugendlichen, und an diesen neuen Früchten einer über- spannten Sozialpolitik erkenne man die schädlichen Einflüsse der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

Zu dieser dummdreisten Hege gegen die Arbeitslosen- versicherung hat dieser Tage ein Agrarier den Vogel ab- geschossen, indem er im Organ des Brandenburgischen Land- bundes (Nr. 16) sich zu folgenden Behauptungen verließ: „Eine Gruppe von Jugendlichen, die in der Altersgrenze ganz besonders der Erziehung und strengen Disziplin bedürfen, wird bei diesem Gesetz, merkwürdigerweise nicht nur auf Kosten der verhafteten Bourgeoisie, sondern auch auf Kosten der Arbeitskollegen des sogenannten vierten Standes, eine Prämie für Faulheit, Summelei und Betätigung von Unnutzen aller Art ausgekehrt, indem diese Jugendlichen an irgend einer Stelle Deutschlands sich die höchstmöglichen Lohn- bedingungen aussuchen und dort vorübergehend in den Genuss dieser hohen Löhne kommen können, um nach Beendigung der Hauptarbeitsperiode in eine arme Gegend mit völlig veränderten Verhältnissen zurückzukehren und dort auf Grund ihres letzten Lohnverdienstes Arbeitslosenunterstützung zu bekommen, das heißt herumzubummeln, zu trinken, zu rauchen, sich mit den Mädchen herumzuzerben und behandelnd anderen Arbeitskollegen nutz- machen, von welcher Borniertheit sie wären, daß sie arbeiten, während sie es doch ebenso gut haben könnten, wie man selber.“

Wir haben es hier mit einer geradezu gemeingefährlichen Auspeitschung der Leidenschaften zu tun und zwar durch Leute, die von den wirklichen Verhältnissen und wirtschaftlichen Zu- sammenhängen absolut keine Ahnung haben. Die jungen Leute, an die der Artikelshreiber des Brandenburgischen Landbundes denkt, sind zum größten Teil Saisonarbeiter. Die Unterstützung, die die Jugendlichen unter ihnen in der Zeit der Arbeitslosig- keit bekommen, ist bestimmt nicht abnorm hoch, sie beträgt höchstens 50 Prozent ihres Lohnes, im Durchschnitt vielleicht 7 bis 8 Mark die Woche. Warum gehen denn diese jungen Leute in die Stadt? Weil sie auf dem Lande entweder keine Arbeit bekommen, oder hunds miserabel verdienen. Sollen sie, wenn sie arbeitslos bleiben, in den Industriegebieten liegen bleiben und dort rumlungern? Ist es nicht besser, wenn sie nach Hause zu ihren Eltern oder Bekannten zurückkehren? Wenn sie ihre angeblich enorm hohe Unterstützung in der armen „Gegend“ verzehren, so wird das für die dortigen Geschäftsleute vielleicht ganz angenehm sein.

Der angebliche Mißbrauch mit der Arbeitslosenversicherung — darüber ist sich alle Welt im Klaren — ist nicht der wirkliche Grund der Landbundshege. Was die Landbundsdeputierten wollen, ist die Unterbindung der Sozialpolitik überhaupt, die zwangsweise Behinderung der Landflucht und die Schaffung eines gefügigen widerprüchlos aufstrebenden Arbeiterstammes — Unmöglichkeit, Sinnlosigkeit. Die Wohnungslosen klaffen gegen die wirtschaftliche Entwicklung wie der Mops gegen den Mond. Dürfen die Arbeitskräfte nicht ebenso in der Richtung zum höheren Lohn strömen, wie das Kapital in der Richtung zum höheren Gewinn? Nur wenn in Industriegebieten genügend Arbeits- gelegenheit ist, werden Arbeitskräfte dorthin vermittelt. Bezahlt die Landwirtschaft halbwegs menschenwürdige Löhne, dann bekommt sie auch Arbeitskräfte aus den arbeitslosen Saison- arbeitskräften, für die ja bekanntermaßen das Recht zur Ablehnung berufswahrender Arbeit nicht gilt. Aber freilich bei den Bankrottdeuren der Landwirtschaft geht es genau so wie bei den Rheinrindern, die soeben durch eine Ausperrung der Rhein- schiffahrt hilflos gelassen haben, weil sie sich nur durch Lohn- druck sanieren wollen. Soll sich die Volkswirtschaft von Bankrottdeuren den Kurs vorschreiben lassen, damit auch sie vor die Hunde geht?

Ein Standardwerk über die obligatorische Kranken- versicherung ist schon vom Internationalen Arbeitsamt ver- öffentlicht worden. Das Werk bringt eine vergleichende Darstellung der Gesetze und Durchführungsergebnisse auf dem Gebiete der Krankenversicherung in den verschiedenen Ländern. Es behandelt insbesondere auf Grund der amtlichen Unterlagen der einzelnen Länder den Anwendungsbereich der Kranken- versicherung, die Versicherungsleistungen, Einnahmequellen und Finanzgebühren, Versicherungsträger, Streitverfahren, Rechts- verletzungen und Strafen, sowie die Krankenversicherung der Ausländer.

Die 7. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1925 hatte das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, die Entwicklung der Krankenversicherung und die Durch- führungsergebnisse zur Darstellung zu bringen. Das vorliegende Werk stellt die Ausführung dieses Beschlusses dar. Das Buch ist unentbehrlich für jeden an der Sozialversicherung und ins- besondere an der Krankenversicherung und ihrer internationalen Ausbreitung interessierten Wissenschaftler, Wirtschafts- und Sozialpolitiker.

Schiedspruch für die brandenburgische Metallindustrie.

Der Lohnstreit für die Tarifliste des Verbandes Brandenburgischer Metallindustrieller, der 16 000 Arbeiter umfaßt und infolge eines ungenügenden Schieds- spruchs zu einem Streit zu führen drohte, ist in neuen Verhand- lungen durch einen für beide Parteien verbindlichen Schieds- spruch beendet worden. Danach betragen die Löhne in der Sonderklasse 88,5 Pf., für den gelernten Arbeiter über 23 Jahre in den Tarifgruppen A 77, B 72, C 67,5 und D 66 Pf. Für die übrigen Arbeitnehmer erfolgte eine Erhöhung entsprechend der bisherigen Staffelung. Der Nordhunde ist in der Sonder- klasse nicht mehr als 8 Pf. in der Tarifgruppe A 7 Pf., B 7,5 Pf. und C und D 6,5 Pf. Erhöhung zu zahlen. Alle tariflichen und arbeitsrechtlichen Forderungen bleiben bestehen. Für die Entlassung der Belegschaft werden neue Richtlinien eingeführt, denen soll eine Gruppe angelernter Arbeiterinnen geschaffen werden.

Für die Niederlausitzer Metallindustrie, die etwa 10 000 Arbeiter beschäftigt, wurde ebenfalls ein für beide Parteien verbindlicher Schiedspruch gefällt. Er erhöht die Löhne in der Klasse I von 66,5 auf 75 Pf., in II von 60 auf 67,5 Pf. Die Höchstlohnklasse wird von 24 auf 23 Jahre herabgesetzt. Die Prozenttabelle für 10 Prozent verbessert. Die Nordarbeiter erhalten pro Stunde in der Klasse I nicht mehr als 8,5 Pf. und in II 7,5 Pf. Erhöhung. Die bisherigen Zu- lagen bleiben. Die Forderung der Meisterarbeiter steigt von 2 auf 3 Prozent. Für Klempner, Kupfer Schmiede und Inhabler wurde ein Spitzenlohn von 1,12, für Elektromonteur ein solcher von 20 Pf. festgesetzt. Auch hier wird eine Gruppe an- gelernter Arbeiterinnen geschaffen.

Entlassungen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau?

Der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau kündigt für den 15. Mai zahlreiche Arbeiterentlassungen an. Insgesamt sollen einige tausend Bergknappen davon betroffen werden. Im einzelnen nehmen folgende Werke Entlassungen vor: Schamot 30 Mann, Unker Brück 50 Mann, Hannover 150 Mann, Hugo II 40 Mann, Schlägel und Ehen I bis VI 120 Mann, dazu kommen sehr wahrscheinlich noch Entlassungen auf den Stinneszechen.

Die Wahllage der Ruhrzechen rechtfertigt diese Ent- lassungen nicht. Sie hat sich im großen und ganzen gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert und dürfte sehr wahr- scheinlich durch die jetzt in Kraft tretenden Sommerabfälle sogar günstig beeinflusst werden. Wenn man trotzdem in demon- strativer Weise Bergarbeiter entläßt, will man anscheinend die Bergarbeiter gegen die Gewerkschaften aufheben und die Wahlen, die 5 Tage nach dem angekündigten Entlassungs- termin, dem 15. Mai, stattfinden, beeinflussen. Das Vor- gehen zeigt wieder einmal die ganze Brutalität der Kohlen- barone. Die Bergknappen müssen aus diesem Verhalten den richtigen Schluß ziehen und am 20. Mai die Sozialdemo- kratie wählen. Sie hat gegen die Willkür der Unter- nehmer immer ihren Mann gestanden und wird ihren Mann auch weiterhin stehen.

Zur Förderung der Arbeitsaufnahme älterer Angestellter

hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosen- versicherung die Gewährung von Zuschüssen zur Fortbildung beim Arbeitgeber aus Mitteln der Reichsanstalt, ferner die Ge- währung von Mitteln zum Abschluß einer Personalqualifica- tionsversicherung und schließlich in gewissen Einzelfällen die Ge- währung von Darlehen zur Bekleidung des Lebensunterhaltes bis zur ersten Gehaltszahlung zugelassen. Diese Maßnahmen sind gegebenenfalls auch für ältere Arbeitnehmer außerhalb

Wohnungsnot und Sozialdemokratie.

Um ein einheitliches Wohnungsbauprogramm in Deutschland.

Die fürchterliche Wohnungsnot der breiten Massen ist nicht ausschließlich Kriegs- und Nachkriegsercheinung. Schon vor dem Kriege war es den besitzenden Schichten völlig ge- legentlich, wo und wie das Meer der Industrie- und Arbeiter wohnte. Die private Bauwirtschaft hatte weder Lust noch Neigung, den Proletariatsmenschenwürdige Wohnungen zu schaffen, und konnte es wohl auch nicht, weil das Baugeschäft in erster Linie die Erzielung von möglichst hohen Profiten eingestellt war. Die industrielle Entwicklung der letzten Jahr- zehnte zeigt deshalb in allen Ländern das gemeinsame Bild der großen städtischen Mietskasernen und eines ungeheuren Wohnungs- elends mit seinen bedenklichen sozialen und sittlichen Begleit- ercheinungen. Der Krieg und die Inflation hat die Wohnungs- misere ins Unenträglichste gesteigert. Alle europäischen Länder haben seit dem Kriege ihr Wohnungsproblem, und alle Länder sehen sich gezwungen, um die Not zu überwinden, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Aber nur in den Ländern, wo die werktätigen Massen Einfluß auf die Regierung haben, ist es gelungen, der Wohnungsnot ernstlich zu Leibe zu gehen. Dort nur war es möglich, eine zielbewußte, von sozialen Gesichtspunkten geleitete planmäßige Wohnungswirtschaft zu betreiben. Am besten zeigt das wohl die Wohnungswirtschaft der sozialdemokratischen Gemeinderverwaltung Wien. Sie hat aus Mitteln der kommunalen Wohnungsbauabgaben in den letzten drei Jahren bereits 30 000 vorbildliche Kleinwohnungen errichtet und vermietet diese Wohnungen auch so billig, daß die breiten Massen den Meistzins aufbringen können. Auch in Holland und Belgien hat man durch staatliche Zuschüsse den Bau von Kleinwohnungen in groß- zügiger Weise eingeleitet. Besonders viel ist für den Klein- wohnungsbau in Belgien getan worden. Die starke Sozialistische Arbeiterpartei in Belgien brachte es fertig, daß eine vollkommen zentralisierte Wohnungswirtschaft die zur Befriedigung stehenden staatlichen Mittel ausschließlich zur Herstellung von Arbeiterwohnungen verwendete. Auch in England, dem Mutterland des Wirtschaftsliberalismus und der Privatwirtschaft, wird mit Staatszuschüssen gebaut. Die Regierung des Sozialisten MacDonald setzte es durch, daß der Staat für den Bau jeder Wohnung 150 Mark zuzuschießt. Zuschüsse erhalten jedoch nur Arbeiter-Kleinwohnungen. Auf Grund des Gesetzes, das England der MacDonald-Regierung verdankt, sind in England seit 1924 nicht weniger als 200 000 Häuser mit Arbeiterwohnungen gebaut worden. Die öffentliche Hand ist also in England in viel größerem Maße am Baumarke tätig als in Deutschland.

Diese Beispiele zeigen klar und deutlich, welchen Einfluß die politische Machtverteilung auf die Wohnungs- wirtschaft hat, und welche große Bedeutung einer starken Sozialdemokratie für die Überwindung der Wohnungsnot zu- kommt. Auch in Deutschland hat die Sozialdemokratie in einzelnen Ländern und Kommunen gute Ansätze für einen planmäßigen Kleinwohnungsbau geschaffen. Das Gesamtergebnis ist aber völlig unbefriedigend, weil die Politik der Rechtsparteien diese Arbeit der Sozialdemokratie immer wieder sabotierte. Während in den deutschen Großstädten die Kleinwohnungen mit einem bis drei Räumen mehr als die Hälfte aller Wohnungen ausmachen, sind sie an den neuen Wohnungen, die in den Jahren 1925 bis 1927 erstellt worden sind, nur mit einem Viertel beteiligt. Es herrscht unlegendar die Meinung vor, den Bau der Arbeiter-Kleinwohnungen zu vernachlässigen und den Bau der schädlichen Mietskasernen zu fördern. In den deutschen Großstädten besitzen 10 Prozent aller Familien keine eigene Wohnung. Wir haben sogar Wohnungen, in denen drei bis vier Familien unterkommen müssen. Die Hälfte aller Familien, die gegenwärtig in Deutschland gegründet werden, muß auf eigene Wohnung verzichten, weil diese nicht vorhanden oder für die jungen Eheleute zu teuer ist. Insgesamt dürften in Deutschland zurzeit 750 000 Wohnungen fehlen. Dazu kommt ein jährlicher Neubedarf an Kleinwohnungen in Höhe von 125 000 bis 150 000. Soll diese fürchterliche Wohnungsnot in den nächsten fünf Jahren beseitigt werden — und sie muß be- seitigt werden —, so müssen wir jährlich mindestens 250 000 Kleinwohnungen bauen.

Mit vollem Recht fordert deshalb die deutsche Sozialdemokratie, daß die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stehenden Gelder so lange ausschließlich für den Klein- wohnungsbau verwendet werden, bis der dringende Bedarf gedeckt ist. Nur wenn das geschieht, können wir in Deutschland Wohnungen bauen, deren Miete die breite Masse auch bezahlen kann. Der Plan der Hausbesitzer und des privaten Realpitals, die Mieten in Deutschland weiter zu steigern, muß deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden. Heute hat der gelernte Arbeiter einen Wochenverdienst von ungefähr 50 Mark. Wenn der Arbeiter davon pro Monat eine Miete von 30 bis 35 Mark zahlt, ist das das Höchste, was er leisten kann. Dieser Auffassung ist auch das Reichsstatistische Amt, das bei Errechnung der Teuerungszahlen die Ausgabe für Miete mit 15 Prozent des Nettoverdienstes einrechnet. Um eine Steigerung der Mieten zu

der Angestelltenberufe Anwendung. Der Vorsitzende des Arbeits- amtes kann die genannten Leistungen an den Arbeitslosen wiederholt gewähren.

Der Ausbau der Angestelltenvermittlung soll planmäßig vorgenommen werden, vor allem durch Bildung von Angestelltenabteilungen bei den Landesarbeitsämtern und größeren Arbeitsämtern. Weiter werden Maßnahmen getroffen, die der beruflichen Fortbildung und Umschulung dienen. Schließlich will man zusammen mit der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfsgesellschaften die Einkommens- und Lebensbedingungen der Arbeiter verbessern. Bei Personalbedarf der Behörden müssen in erster Linie ältere Angestellte, bei Hilfsarbeiten vor allem ältere Arbeiter berücksichtigt werden.

Der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfsgesellschaften hat der Reichsarbeitsminister zur Gewährung von Dar- lehen an ältere Angestellte einen höheren Betrag zur Verfügung gestellt. Berücksichtigt werden dabei in erster Linie langjährig arbeitslose Angestellte, um deren Unterbringung sich das Arbeits- amt vergeblich bemüht hat. Die Mittel über die Durchführung der Maßnahmen ist der Reichsanstalt übertragen. Die An- träge sind an die bei den Landeswohlfahrtsämtern gebildeten Landesstellen der Kreditgemeinschaft zu richten.

Sie wollen ersten, wo sie nicht gesät.

Vor dem Arbeitsgericht in Köln klagte ein unorganisi-ierter Tapezierer auf einen Lohnrest von 295 Mark, den er im Verhältnis zum Tariflohn zu wenig erhalten habe wollte. Die Klage wurde abgewiesen, da die rheinische Tapezier- fabrik nachwies, daß sie mit unorganisierten Arbeitern Sonder- verträge abgeschlossen hat. Im Urteil wurde betont, es gebe nicht an, den unorganisierten Tariflöhne zu zahlen, wenn sie vorher ihr Einverständnis, zu niedrigeren Sondertarifen zu arbeiten, erklärt hätten. — Erst erklärt man sich bereit, zu unter- tariftlichen Löhnen zu arbeiten und fällt damit den Gewerkschaften in den Rücken und dann fordert man die von den Organisierten erkämpften tariflichen Löhne.

Streit-Ende in Frankfurt und Offenbach.

In dem Lohnstreit beim Rhein-Mainischen Bezirksarbeits- geberverband der Gemeinden und Kommunalverbände ist auf Grund der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Vergleich unter den Parteien zustande gekommen. Die Lohn- regelung ist in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Schieds- spruch für die Gemeindefabrikanten erfolgt. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt.

verhindern, muß vor allem die von der Reichsbank und von den Rechtsparteien in Deutschland aufgerichtete Sperre für Auslands-Baurekredite beseitigt werden. Durch diese Sperre treibt man die Hypothekensinsen in die Höhe und verteuert die Mieten. Notwendig ist auch eine Verbilligung der Baustoffe. Die Preise der Baustoffe werden heute von den Produzenten überhöht hoch gehalten. Eine Verbilligung ist möglich durch Kontrolle der Baustoffwirtschaft, ins- besondere durch Betätigung der öffentlichen Hand in den Baustoff- industrien. Sie muß die immer mehr wachsenden Regiebauten und die genossenschaftliche Bauweise in Zukunft er- gänzen. Wir haben in Deutschland jeden Stoff, der zum Bauen von Häusern notwendig ist. Schalten wir den verteuerten Ein- fluß der privaten Wirtschaft auf dem Bau- und Wohnungsmarkt aus, so wird es gelingen, billige Wohnungen zu bauen. Voraus- setzung dafür ist aber eine starke Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien, die immer wieder den Wohnungsbau in Deutschland sabotieren, berufen sich darauf, daß nur das private Baukapital den Bau- und Wohnungsmarkt wieder in Ordnung bringen könnte. Was das private Bau- kapital leisten kann, haben wir im vorigen Jahre gesehen. Die ganzen privaten Bauten waren unsolide finanziell. Die Tätigkeit des privaten Kapitals führte deshalb auf dem Baumarke zu einem Rückschlag, der auch jetzt noch nicht überwunden ist. Das private Kapital kann wohl Profite machen, aber nicht die Wohnungsnot überwinden. Nur die öffentliche Hand ist in der Lage, diese Aufgabe zu lösen. Die Voraussetzung dafür schaffen wir, indem wir dafür sorgen, daß am 20. Mai die Sozialdemokratie gestärkt in den Reichstag einzieht.

Die Ausstellung in Posen.

In Posen wurde am 29. April die 8. Ausstellung eröffnet, die als eine internationale angeht, weil auch Firmen aus der Türkei, Frankreich und dem Balkan ihre Waren gestellt haben. Insgesamt werden 150 Warengattungen ausgestellt und 55 davon sollen den internationalen Charakter tragen, was aber nicht bedeutet, daß sie durch ausländische Firmen direkt aus- gestellt werden.

Die Posener Messen werden immer mehr ausgebaut. Gegen- wärtig wurde eine neue Zentralhalle fertiggestellt, die einen Flächenraum von 7500 Quadratmeter einnimmt. Gerade in dieser Zentralhalle wurde das meiste untergebracht, obwohl der gesamte Flächenraum der 8. Ausstellung in Posen 42 000 Quadrat- meter beträgt. Die schlesische Industrie und Handel sind dort auch vertreten, sowohl Kohle als auch die Hüttenprodukte. Auch die Bielercher Tuch- und Lein- wandindustrie ist zahlreich vertreten.

Von polnischer Seite bemüht man sich, der Posener Aus- stellung einen internationalen Charakter zu verleihen. An viele ausländische Handelskammern wurden Einladungen versandt. Aber wenn ausländische Firmen ihre Waren ausstellen, so tun sie das nicht der Ausstellung wegen, sondern, wenn sie auf einen größeren Absatz rechnen können. Die Möglichkeit eines größeren Absatzes in Posen ist sehr, aber auch sehr beschränkt. Polen hat unglaublich hohe Zölle, die jede Waren- einfuhr so gut wie unmöglich machen. Neben den hohen Zöllen sind noch hunderte andere Einschränkungen, wie beispielsweise die Reglementation, die als eine Art Einfuhrverbot anzusehen ist.

Der sozialdemokratische Rattowitzer „Volkswille“ moniert im Anschluß an eine kritische Messenberichterstattung des Posen- jählicher Handelsverträge mit Deutschland, Rußland und Litauen und bemerkt, daß sich bei derartiger gespannten, wie zurzeit bestehenden Wirtschaftsverhältnissen, die Handelsfirmen dieser drei Länder kaum zur Beschaffung von Ausstellungen in Posen verhalten dürften. Solange mit Deutschland, Rußland und Litauen nicht ernsthaft eine Beseitigung der Wirtschaftsverhält- nisse in positivem Sinne angestrebt werde, können alle polnische Messen in Posen, Rattowicz oder Posen über den Charakter lokaler Veranstaltungen nicht hinaus kommen.

Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin, eine der wichtigsten Dachgesellschaften der Wirtschaftswirtschaft, die viele Beziehungen nach Deutschland unterhält, legt ihre Dividende auf 10 Prozent fest. Anstatt mit dem Unter- nehmer den Preis seiner Beteiligung fest anzusetzen, dann es schließlich abermals eine Kapitalerhöhung um 10 auf 20 Millionen Schweizer Francs vor, nachdem es bereits im Herbst 1925 das Kapital von 10 auf 20 Millionen Francs erhöht.

Die Moorbrände in Holland

Wachsen sich zu einer immer größeren Katastrophe aus. Zahlreiche Dörfer in der bedrohten Provinz Drenthe sind von den Bewohnern im letzten Augenblick fluchtartig verlassen worden. In den Ortshäusern Plazehaven, Erfscheiderveen und Dedor sind bereits zahlreiche Häuser abgebrannt. In Erfscheiderveen wurden mehrere Schulgebäude vom Feuer zerstört. Starke Wirbelwinde tragen den Brand auf andere Moorströden über. Fünf Arbeiter werden vermisst. Man nimmt an, daß sie auf der Flucht umgekommen sind. Die gesüchteten Einwohner haben ihren Hausrat zum Teil im Sande vergraben. Die Flucht mit den vollgepackten Karren und Wagen wurde zu einer wahren Schreckensfahrt. Stundenlang ging der Weg durch dichtesten Qualm, der das Sehen und Atmen zur Qual machte. Die Flammen lodern stellenweise bis zu zwanzig Metern empor. Die über dem Brandgebiet lagernden Rauchmassen verfinstern die Sonne und machen den Tag zur Nacht, nur der Flammenschein der brennenden Moore erhellt die Gegend.

Bombenattentat in Sofia.

Sonntag morgen 2.45 Uhr wurde in Sofia auf das siebenstöckige Gebäude der Targoweka-Bank ein Bombenattentat verübt. Zwei Unbekannte legten vor der Bank eine Mörsermaschine mit Phosphorin nieder und enteilten. Unmittelbar darauf erfolgte eine starke Explosion, durch welche der Eingang stark beschädigt und sämtliche Fensterscheiben des Hauses auf dem Platz und den zu dem Platz führenden Straßen zertrümmert wurden, darunter auch ein Fenster der gegenüber liegenden rumänischen Gesandtschaft. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Attentäter und die Motive sind bisher unbekannt. Der Direktor der Bank glaubt, daß es sich um einen Racheakt gegen die Bank handelt. Die Art der Ausführung des Verbrechens läßt darauf schließen, daß es lediglich eine Demonstration sein sollte. Die Attentäter wählten eine Stunde, die Menschenopfer nach Möglichkeit vermied, zumal auch der rumänische Gesandte sich mit seiner Familie außerhalb Sofias befindet. Eine andere Vermutung besagt, daß das Attentat aus Rache darüber erfolgte, daß sich die finanziellen Hintermänner der Targoweka-Bank, wozu auch Minister Buruff gehört, mit nur geringen Summen an der Hilfe für die Erdbeben-Geschädigten beteiligt haben. Politische Gründe für das Attentat läßt kaum vorhanden.

Zwölf Matrosen umgekommen.

Das englische Proviantsschiff „Sachus“, das im Karmakal den griechischen Dampfer „Johannis Kaffalos“ rampte, ist in Portland eingetroffen. Zehn Matrosen des griechischen Schiffes sind bei dem Zusammenstoß ertrunken. Zwei gerettete Schwerverletzte sind an Bord des „Sachus“ gestorben, so daß sich die Zahl der Opfer auf zwölf erhöht.

Opfer des Militarismus.

Auf der Straße nach Sabat (Marokko) explodierte auf einem Militärauto eine zentnerschwere Last von Pulver und Dynamit. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. Der Chauffeur, vier Begleitpersonen und drei vorübergehende Einwohner wurden auf der Stelle getötet.

Dammbruch in Südkarolina.

Der Fluß South Saluda durchbrach bei Greenville (Südkarolina) den ersten von sieben großen Staumdämmen seines Laufes. Der Dammbruch wurde rechtzeitig bemerkt, so daß die mehrere tausend Personen zählende Bevölkerung des Saludatales sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Der geborstene Damm hat eine Tiefe von 738 Fuß und eine Höhe von 140 Fuß. Es wird befürchtet, daß weitere Dämme talabwärts unter dem Wasserdruck bersten werden und eine gewaltige Flutwelle das ganze Tal überschwemmen wird.

Ein schweres Bergwerksunglück.

hat sich bei Johannesburg (Südafrika) ereignet. In einem Bergwerk der Ostrandminen stürzte ein Förderkorb in die Tiefe. Dreizehn Eingeborene wurden getötet, fünf schwer verletzt.

Eine Reichsbankfiliale überfallen.

Ein verwegener Raubüberfall wurde am Sonnabend mittag, gegen 1 Uhr, von mehreren maskierten Banditen, die in einem Automobil vorgefahren waren, auf die Reichsbank-Nebenstelle in Gladbeck ausgeführt. Zwei der Banditen eilten in den Kassenraum und zwangen die dort beschäftigten Beamten mit vorgehaltenen Revolvern, die Hände hoch zu nehmen, einer packte dann alles erreichbare Geld. Wenige Minuten darauf waren die Verbrecher verschwunden. Als der Fuhrunternehmer Stegermann den Chauffeur des Banditenautos festzuhalten versuchte, gab einer der Verbrecher einen Schuß ab, der aber fehlging. Die Höhe der geraubten Summe steht noch nicht fest.

Die Eltern und sieben Geschwister getötet

In New York hat der siebzehnjährige Farmersohn Owen Oberst seine Eltern und seine sieben Geschwister in einem Wahnsinnsanfall ermordet.

Ein Warenhaus am Potsdamer Platz.

In Kürze wird die neugegründete Aktiengesellschaft Galeries Lafayette am Potsdamer Platz in Berlin auf den Grundstücken Friedrich-Ebert-Straße 11/12 mit dem Bau eines neuen Warenhauses beginnen, das nach modernsten architektonischen Grundrissen errichtet werden soll. Damit beginnt gleichzeitig die seit langem geplante Umgestaltung des Potsdamer Platzes zu einem höchst aktionsfähigen Verkehrs- und Geschäftszentrum. Es besteht der Plan, einzelne hervorragende Ecken des Potsdamer Platzes abzuscheiden, um so den notwendigen Raum für einen absoluten Kreisverkehr zu beschaffen. Der Bau des Warenhauses ist dem Berliner Architekten Erich Mendelsohn übertragen worden. Die Baupläne werden den in Betracht kommenden Instanzen demnächst zur Genehmigung vorgelegt werden. Mit der Niederlegung der beiden alten Häuser, an deren Stelle das Warenhaus errichtet werden soll, dürfte bereits in zehn bis vierzehn Tagen begonnen werden. Die Aktienmehrheit der Galeries Lafayette A.-G. befindet sich zu 80 Prozent in deutscher Hand.



In dem Brüsseler Vorort Schaerbeck entgleiste ein Straßenbahnwagen und fuhr durch ein Haus der „oberen Stadt“, blieb aber noch über der darunterliegenden Straße hängen. Merkwürdigerweise wurde bei diesem Unfall niemand verletzt.

Ein großer Juwelendiebstahl

wurde in Berlin-Charlottenburg in dem Juweliergeschäft von Karl Riesler verübt. In der Nacht durchstammte eine mit modernsten Hilfswerkzeugen ausgerüstete Verbrecherkolonie, die sich mit Nachschlüssel Eingang in den Keller verschafft hatte, die Vede zum Laden, räumte die Auslagen aus und erbeutete für nahezu 80000 Mark Schmucksachen. Den Verbrechern wäre beinahe ein schwerer Unfall zugestoßen. Das Laß, daß sie vom Keller aus zum Laden geböhrt hatten, mündete unmittelbar neben einer schweren Standuhr, die fast den Tätern auf den Kopf gefallen wäre. Man nimmt an, daß es sich bei der Bande um die gleichen Verbrecher handelt, die vor einigen Tagen aus einem anderen Berliner Goldwarengeschäft Juwelen im Werte von 20 000 Mark erbeuteten.

Zusammenstoß zwischen Auto und Kramser.

Am Sonntag fuhr in Berlin eine von vier Personen besetzte Autodroschke in voller Fahrt auf einen Kramser. Das Auto wurde zertrümmert, seine Insassen schwer verletzt. Die Insassen des Kramers kamen mit dem Schrecken davon.

Schwerer Unfall in Berlin.

In der Kaiserallee in Berlin stieß am Sonntag abend kurz nach 10 Uhr eine Autodroschke mit einem Privatwagen zusammen. Der Privatwagen wurde von der Droschke am Hinterrad erfasst und stürzte um. Im Sturz prallte er gegen eine Vitafassade, die umgerissen wurde. Eine Passantin kam unter die Vitafassade zu liegen und wurde so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Führer des Privatautos wurde unter seinem Wagen begraben, kam aber mit erheblichen Schnittwunden davon. Der umgestürzte Wagen begann zu brennen. Die Flammen wurden aber schnell von der Feuerwehr gelöscht.

Der Offizier als Kunstdieb.

Die Berliner Polizei hat einen Steckbrief gegen den ehemaligen Offizier Ulrich Pernice erlassen, der einem der bekanntesten Berliner Sammler eine Reihe wertvoller Kunstwerke entwendet hat. Der Dieb gehört einer alten Gelehrtenfamilie an, die im Hause des bestohlenen Berliner Sammlers gesellschaftlich verkehrte. Bei den gestohlenen Sachen handelt es sich um Kunstgegenstände aus dem 14., 16. und 18. Jahrhundert, die einen bedeutenden Wert repräsentieren. Pernice hatte diese Gegenstände „zum Verkauf“ übernommen.

Ein Güterzug entgleist.

Sonabend nachmittag entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Troppa (Bezirk Krefeld) der Güterzug 9103 mit Lokomotive und sieben Wagen. Die Ursache des Unglücks ist noch unaufgeklärt. Bei dem Unfall wurde ein Schaffner getötet, ein anderer Schaffner schwer und zwei weitere Zugbeamte leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Familien drama in Kaufbeuren.

In Kaufbeuren brachte der Bauarbeiter Wassermann aus bisher unbekanntem Grund sein Frau durch Artthiebe schwere Kopfverletzungen bei. Dann erschlug er seinen acht Jahre alten Sohn und schließlich tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Planmäßige Anstellung einer Frau im preussischen Justizdienst.

Das bisher im preussischen Justizministerium beschäftigt gewesene Fräulein Hagemeier ist zur Land- und Amtsgerichtsrätin in Bonn ernannt worden. Sie ist die erste Frau, die im preussischen Justizdienst eine planmäßige Anstellung erlangt hat.



Eine vergnügte Gruppe von Zuschauern bei der Parade auf dem Hotel Platz in Moskau.

Schwere Ueberschwemmungskatastrophe in Norwegen.

Eine 10 000 Kubikmeter Holzlawine.

Die Ueberschwemmung in Norwegen nimmt ernstere Formen an. Wie aus Elverum gemeldet wird, ist ein gemaltiger aus Eishäcken und Treibholz bestehender Staubbamm von einem Kilometer Länge ins Treiben geraten. Etwa 10 000 Kubikmeter Balken werden vom Wasser mit rasender Geschwindigkeit stromabwärts getrieben. In wenigen Augenblicken wurden mehrere Gebäude von den Fluten überschwemmt und niedergerissen. Viele Höfe stehen unter Wasser und sind mit zehn Meter hohen Eishöcken bedeckt. Die Balken und Eismassen reißen auf ihrem Wege Brücken ein und haben Eisenbahnlirien zerstört. Die Wasser des Glemmen steigen von Stunde zu Stunde. Bei Roppang hat sich eine Eisbarriere gebildet, die die umliegenden Höfe aufs äußerste gefährdet.

Wieder Erdstöße in Korinth.

In Korinth wurden am Sonntag wieder vier neue schwere Erdstöße verspürt.

Tödlicher Absturz eines Fallschirmspringers.

Am Flugsonntag in Neuenburg stürzte der Baseler Fallschirmspringer Buser, da sich sein Fallschirm nicht öffnete, aus 450 Meter Höhe tödlich ab.

Ein geheimnisvolles Verbrechen.

Auf der Bonner Chauffee in Köln hat sich am Sonnabend abend ein geheimnisvolles Geschehnis abgespielt. Aus einem über die Chauffee rasenden Auto mit abgeblendetem Nummernschild fiel ein zwanzigjähriges Mädchen heraus, das an den erlittenen Verletzungen bald darauf starb. Von dem Auto fehlt jede Spur.

Großfeuer in einem mecklenburgischen Dorf.

Durch ein Großfeuer wurden am Freitag nachmittag im mecklenburgischen Dorf Minzow drei umfangreiche Wirtschaftsgebäude und mehrere Stallungen in Asche gelegt. Große Futter- und Ernteporräie sind mit vernichtet. Außerdem kamen mehrere Stück Jungvieh in den Flammen um. Zwei Arbeiter wurden bei den Rettungsarbeiten schwer an den Händen und im Gesicht verletzt. Die Entstehungsurache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Ein Motorradunglück.

Am Sonnabend abend stießen in der Kurve bei Jägerhaus zwei Motorradfahrer in voller Fahrt zusammen. Der Fahrer des einen Rades war ein Schupobeamter aus Erkum und. Beide Fahrer blieben schwer verletzt liegen und wurden nach dem Krankenhaus geschafft. Der eine ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

Massensturz bei einem Straßenrennen.

Am Sonntag wurde ein Straßenrennen auf der Strecke Bochum-Münster-Bochum ausgetragen. Als die Spitze in schneller Fahrt die kleine Ortschaft Medden bedrängte, ereignete sich in der Nähe der Straße ein Massensturz, der dadurch hervorgerufen wurde, daß ein Mädchen die Straße nach überqueren wollte. Hierbei stießen zehn Fahrer zusammen. Vier davon stürzten so unglücklich, daß sie die Weiterfahrt aufgeben mußten.

Großer Waldbrand im Kreise Haus.

Am Freitag nachmittag brach in Jed im Kreise Münster ein Waldbrand aus, der bedeutende Holzbestände der Scheppinger Kirchengemeinde und des Freiherrn von Der vernichtete. Die gewaltige Rauchentwicklung und die teilweise 25 Meter hoch schlagenden Flammen machten die Bekämpfung des Feuers sehr schwierig, doch gelang es nach einstufigem angestrengten Arbeiten der Feuerwehren, die Gefahr zu beseitigen und den Brand zum Stillstand zu bringen. Etwa 100 Morgen Waldbestände fielen dem Feuer zum Opfer.

Zwei Deutsche aus der Fremdenlegion entflohen.

In Bord eines englischen Dampfers sind in Plymouth zwei deutsche Staatsangehörige angekommen, denen es gelungen ist, aus der französischen Fremdenlegion zu entfliehen. Sie teilten mit, daß sie zehn Tage durch die Wüste marschiert seien, um zur Küste zu gelangen. Dort sei es ihnen möglich gewesen, unbemerkt an Bord des englischen Dampfers zu kommen und sich im Badraum zu verbergen. Kurz vor der Abfahrt wären sie durch französische Kontrollbeamte beinahe entdeckt worden. Die beiden Flüchtlinge wurden erst dreißig Stunden nach der Abfahrt des Schiffes in völlig erschöpftem Zustande von der Besatzung des Schiffes aufgefunden. Sie werden voraussichtlich nach Deutschland ausgeliefert werden.

Tödlicher Fallschirmsprung.

In Lida (Polen) sprang der polnische Fliegeroberleutnant Cichoki in etwa 2000 Meter Höhe, als der Motor des Flugzeuges veragte, mit dem Fallschirm ab. Der Fallschirm öffnete sich jedoch nicht, so daß der Flieger den Tod fand.

Ein italienisches Flugzeug abgefeuert.

Infolge eines falschen Manövers stürzte am Mittwoch über dem Flughafen Lugana in Rom das Flugzeug F 16 ab. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot.

Drei italienische Studentinnen ertranken.

Eine Gruppe junger Studentinnen unternahm Freitag mit einer Barke einen Ausflug auf dem Arno. Die Barke kippte um. Trotz sofortiger Rettungsmaßnahmen ertranken drei der jungen Mädchen. Die übrigen vier konnten gerettet werden.

Notlandung im Londoner Stadtpark.

Mitten über London geriet während der Abendstunden ein Flugzeug in Schwierigkeiten, so daß eine Notlandung unvermeidbar war. Der Pilot ging mit seinem Apparat auf den Battersea Park nieder und landete auf einer Rasenfläche. Der Park war zu dieser Zeit voller Spaziergänger und spielender Kinder. Wie durch ein Wunder wurde aber niemand verletzt; auch das Flugzeug konnte unbeschädigt landen.

Razzia im Pariser Marokkaner-Viertel.

Anlässlich der Verhaftung zweier Personen, die falsche Pässe an nach Frankreich eingewanderte Marokkaner vertaуfen, nahm die Pariser Polizei eine Razzia im Pariser Marokkaner-Viertel vor. Dabei wurden 300 Verhaftungen vorgenommen. Es stellt sich heraus, daß 70 der verhafteten Marokkaner überhaupt keine Ausweise besaßen. Die Marokkaner haufen in engen und niedrigen Baracken, oft zu fünf oder sechs in einem kleinen Raum, so daß sie kaum genug Platz hatten, sich auf dem Boden ausstrecken zu können.

Familien tragedie.

In Auxillac tödete ein 50jähriger Bauer seinen 30 Jahre alten Sohn durch einen Revolver schuß in den Kopf, um ihn von seinem unheilbaren Leiden zu befreien. Nach verübter Tat erschoss sich der unglückliche Vater an der Seite der Leiche seines Sohnes.

Aus Schlesien.

Sozialistenhege in Kirchenblättern.

Calles, der Schwarze Mann.

Das Reichendacher Kirchenblatt liest sich in diesen Tagen wie eine bürgerliche Zeitung kurz nach Kriegsausbruch. Wir haben bereits an dieser Stelle auf die sinnreiche Zusammenstellung von „Büchling, Republikaner und Sozialist“ hingewiesen, die dort kürzlich zu finden war. Die neueste Nummer dieses der Verbreitung des christlichen Liebesgedankens dienenden Blattes enthält in vornehmlicher Aufmachung Artikel über Mexiko. Außer den üblichen Grenzmeldungen, die merkwürdigerweise immer aus kleinen, fast unerreichbaren, oft ungenannten Orten kommen, wird da über den Präsidenten der Mexikanischen Republik Gen. P. C. Calles berichtet. „Calles ist der bolschewistische Diktator Mexikos“, heißt es schon zur Einleitung. Sozialistenhege, sozial lügen. Genosse Calles ist im Gegensatz zu dem herrlichen Herrscher Porfirio Diaz, der über dreißig Jahre die primitivsten Rechte der arbeitenden Klassen Mexikos mit Füßen trat, nicht Diktator, sondern rechtmäßig gewählter Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko, er ist der Vertrauensmann der Confederación Obrera Mexicana (Mexikanischer freigewerkschaftlicher Arbeiterbund), hinter dem in dem schwach bevölkerten riesigen Land 2 1/2 Millionen organisierte Arbeiter, zum größten Teil — die angeblich massakrierten — Landarbeiter stehen; ist sozial Bolschewist wie es etwa Friedrich Ebert gewesen ist.

Wenn die Südfinken dieser Schwindelnachrichten sich die Mühe nehmen würden, das offizielle Organ des Gewerkschaftsbundes, dessen Vertrauenssträger Calles ist, und der die organisierte Plattform des Partido Laborista Mexicano (Mexikanische Arbeiterpartei) darstellt, zu lesen, so würden sie feststellen können, daß zwischen Bolschewismus und Sozialismus in Mexiko der gleiche politische, grundsätzliche und tatsächliche Unterschied besteht, wie anderwärts. Sicher ist diesen anscheinend so gut orientierten Herren, die Kirchenblätter zur indirekten Wahlpropaganda mißbrauchen, auch bekannt, daß die wirkliche bolschewistische Organisation Confederación General del Trabajo numerisch außer Betracht steht und daß die katholischen Arbeiterorganisationen unter der Herrschaft dieses angeblichen Blutwunders Calles ungehindert bestehen, während sie in Italien, allwo man aus gleichem Grunde bestmöglichst leicht diplomatische Mißbilligung hört, Tausende von katholischen Arbeiterorganisationen mit Feuer und Schwert vernichtet, Hunderte von sozial eingekleideten Geistlichen ermordet und mißhandelt worden sind.

Warum schreist man nicht ein wenig ausführlicher über die italienischen Greuel, die uns doch viel näher liegen und leichter kontrollierbar sind, wie Meldungen aus einem riesigen, von der Eisenbahn kaum erschlossenen, Kammerreisen entfernten Lande?

Die Erklärung ist einfach: Mißbrauch eines rein verwaltungspolitischen Streiches zwischen Kirche und Staat in einem fernem Lande zur indirekten, aber keineswegs unwirksamen Wahlpropaganda in Deutschland.

Ein schlecht beleuchteter Bahnübergang.

Ein furchtliches Unglück knapp verhindert.

In dem sehr schlecht nur mit einer Gaslaterne beleuchteten Höfen 2 des Goldberger Bahnüberganges an der äußeren Hauptstraße in Liegnitz übertrug am Mittwochabend ein von auswärts kommender Opelwagen in voller Fahrgeschwindigkeit die geschlossene Bahnbrücke und kam mitten auf das Bahngleis zu stehen, als der Personenzug Merzdorf-Liegnitz heranbraute. Der Lokomotivführer konnte, da der Schrankenwärter ihn durch rote Lichtsignale warnte, den Zug im letzten Augenblick durch Schnellbremsung zum Halten bringen. Der Chauffeur des Wagens behauptete, er hätte die geschlossene Schranke erst fünf bis sechs Meter vorher bemerkt und wäre nicht mehr in der Lage gewesen, das Auto anzuhalten. Von der Nacht des Vorfalles zeugt es, daß die Schranke völlig gerastet und aus ihrer Verankerung herausgerissen wurde. Den Angaben des Chauffeurs über das Mißbehaltene der Schranke ist umso eher Glauben zu schenken, als sich bereits in anderen Fällen die Beleuchtung an dem Bahnübergang als völlig unzureichend erwiesen hat. Die schon früher angelegte Forderung nach Kennzeichnung der gefährlichen Stelle durch farbige Lichter, die durch das glücklicherweise verhütete Unglück in ihrer Notwendigkeit unterstrichen wird, erfüllt nach diesem Vorfall hoffentlich recht bald von den zuständigen Stellen ihre Aufgabe in die Tat.

Vom Niedererschlagenen Städtetage.

Beratungen über die Besetzungen des Gewerkschaftsverkehrsgerichtes.

Auf Anregung des Stadtmagistrats Sunja sind hier am 30. April eine Ansprache zwischen einer Reihe von Vertretern hiesiger Gewerkschaften statt, an der auch der Vertreter des Reiches teilnahm, während in keiner Hinsicht als Vorsitzender des Landratsinstitutes Niedererschlagen, und der Geschäftsführer des Niedererschlagenen Städtetages teilnahmen. In eingehender Ansprache wurde die landesweite Ausweisung des neuen Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf die hiesigen Gewerkschaften erörtert und beschlossen, sofort durch Umfrage bei einer Reihe hiesiger Kreisvereine Material zu sammeln, um eine Forderung der bedeutendsten Punkte der Revision zu erreichen.

Wahl. Ein neuer Stadtrat der SPD. In der Stadtratswahl am Sonntag den 2. April wurde die Kandidatur von dem sozialdemokratischen Arbeiter Genosse Heinrich Wirthlich eingeleitet und angenommen. Genosse Wirthlich ist ein Arbeiter aus dem hiesigen Bergbau. Seine Tätigkeit ist die eines Bergbauarbeiters. Er ist der Kandidat des Ortsvereins der SPD. Wirthlich wurde am 1. April von dem Rat angenommen.

Wahl. In die Dreiklassenwahl gerieten. In Rastow wird gerade die Wahlberechtigung der Arbeiter in der Kategorie der Dreiklassenwahl. Hier ein hiesiger Arbeiter hat sich für die Wahlberechtigung in die Kategorie der Arbeiter in der Kategorie der Dreiklassenwahl.

Wahl. Erfolgreiche Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes. Das hiesige Gewerkschaftsbündnis hat in der letzten Zeit eine Reihe von Erfolgen erzielt. So ist es gelungen, die Arbeitslosenversicherung in der Kategorie der Arbeiter in der Kategorie der Dreiklassenwahl.

Irrsinn der Vergeltungsjustiz.

Zuchthaus statt Erziehung.

Mer der letzten Sitzung des Waldenburger Schöffengerichts beizuhören, in welcher ein Neunzehnjähriger dem Zuchthaus ausgeliefert wurde, der nur die Forderung der Sozialdemokratie unterstützte, daß die Reform des veralteten Strafgesetzbuchs in fortschrittlichem Sinne herbeigeführt werden muß. Auf dem Wege der Meuterei lautete die Anklage, die sich gegen den Töpferlehrling Alois P. richtete, daneben war der junge Burche noch des Diebstahls, der Unterschlagung, des Kennens eines falschen Namens, wegen Betrugs und Landstreichens und „unbefugtem Waffengebrauch“ angeklagt. P. war in Wüstegiersdorf in Lehre, zusammen mit dem Lehrling M. Wie beide erzählten, war die Zeit bei ihrem Meister sehr spärlich, auch sonst habe es vieles gegeben, was den beiden nicht gefiel. So kamen sie auf den Gedanken, die Lehrstelle zu verlassen und anderwärts ihr Heil zu versuchen. P. hatte das Fahrrad seines Geistes in Verwahrung, und sein Kollege ließ sich vom Meister das Rad, angeblich, um zum Jahrmart zu fahren. Das Barvermögen der beiden Wanderlustigen betrug zusammen netto 100 Pfennige. Breslau war das ersehnte Ziel der Ausreißer. Doch der Boden erschien ihnen hier zu heiß. Auch fürchteten sie, durch die Fahrräder bald erkannt zu werden. Einer der vielen Sandgruben an der Oder vertrauten sie nun die Räder an und per Fuß ging es auf Liegnitz zu. Unterwegs sprachen die beiden Hildeträger bei Bauern um Arbeit vor und waren mit einer kleinen Mäßigkeit schon zufrieden. In Aurau aber begannen sie die Arbeit, einem auf dem Felde arbeitenden Knecht die Jäde zu entwenden. Kurz darauf begegneten sie einem Polizeibeamten, der sie um die Ausweise anging. Da sie über falsche Papiere nicht verfügten, mußten sie den Weg zur Wache antreten. Hier stellte es sich heraus, daß P. dem Beamten einen falschen Namen genannt hätte und nun wurde Verdacht geschöpft, daß es sich um ausgerichtete Fürsorgezöglinge handeln könnte. Einem jungen Beamten von 24 Jahren wurde der Auftrag erteilt, die beiden vermeintlichen Zöglinge nach Wohlau zu transportieren. Es war wohl der erste Transport, den dieser junge Mensch auszuführen hatte. Vorjorglich schloß er die beiden „Schwerverbrecher“ an eine Kette, den Schlüssel aber ließ er stecken. Das wurde den beiden Burchen zum Verhängnis. Unterwegs wurde der Transport von einem Wägen überrascht und in einer Waldung vorübergehend unterbrochen. M. merkte nun, daß die Kette von der falschen Kette leicht möglich war. Nun schmielen die beiden den Plan, dem Transporteur auszukneifen. Dieser fühlte sich plötzlich an beiden Händen gefaßt. Er mußte die Schußwaffe, die er bei sich hatte, den beiden

Kaschieren aushändigen. Daraufhin gingen die beiden Leutlinge auf und davon. Bis nach Liegnitz schlugen sie sich durch, wo sie beim „Rindknecht“ aufgegriffen wurden. Das war das abenteuerliche Ende dieser Fahrt.

Das furchtbare Erwachen kam erst mit der Zustellung der Anklage. M., der damals noch nicht 18 Jahre alt war, wurde wegen der ihm zur Last gelegten Straftaten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei wurde, wie auch in der jetzigen Verhandlung, festgestellt, daß er eigentlich der Urheber der Verbreitungsaktion war. An dem 19-jährigen P. sollte sich die ganze Schwere veralteter Paragraphen auswirken. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Tatbestand der „erschwerenden Meuterei“ gegeben sei, ein Tatbestand, für den das Gesetz keine mildernden Umstände kennt. Dem Antrage des Anklagevertreters gemäß wurde auf die geradezu irrsinnige Strafe von einem Monat Zuchthaus und neun Tage Haft erkannt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, schreibt dazu:

Ein furchtbares Urteil für einen Jugendlichen, das den jungen Menschen nicht bessert, sondern u. E. erst auf die Verbreitungsaktion treibt. Es kann auch nicht verständlicher stimmen, daß das Gericht den jungen Br. P. auch den Gnadenbeurteilung verweigert und eine Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnis befürwortet. Aber etwas muß dann noch gesagt werden: In diesem Falle stand ein Jugendlicher vor den Schranken des Gerichts, angeblich wegen eines Verbrechens. Warum hat man an dieser Verhandlung, wies die sonst bei schweren Delikten immer gemacht wird, nicht einen zweiten Richter zugezogen? Warum hat man dem gänzlich Unerschrockenen, der unter der Wucht der schweren Strafanforderung fast zusammenbrach, nicht einen Verteidiger bestellt? Gerade das letzte wäre sehr zweckmäßig gewesen, denn der junge Angeklagte vermochte sich wirklich nicht so zu verteidigen, wie es in Anbetracht der schweren Anklage erforderlich gewesen wäre. Und noch eins! Uns will dünken, daß der Transporteur nicht frei von Schuld ist. Denn durch dessen vollständige Verlagen und dessen Hilflosigkeit sind die beiden Burchen furchtbar mit dem Strafgericht in Konflikt gekommen.

Kinder hier zu pflegen anstatt sie zu verschiden. Im übrigen stellt sich die örtliche Jugend auch bedeutend billiger, denn im vergangenen Jahr betrug der tägliche Kostenaufwand für jedes Kind nur 1.04 Mark. Neben anderen Lebensmitteln erhielt jedes Kind täglich dreiviertel Liter Milch.

Mittelschlesischer Städtetag.

Die zum Mittelschlesischen Städtetag am Mittwoch, den 2. Mai delegierten Parteigenossen treffen sich Mittwoch, früh 8 Uhr, zu einer wichtigen Fraktionsbesprechung im Vereinszimmer des Schweryen Adler (Krieg). Der Bezirksverband der SPD.

Reis-Katze. Der Gatte als Helfer des Mörders. In der Morde des Schneiders hat die Polizei neuerdings den Chemiker der Ermordeten, den Arbeiter Schneider wegen Verdachts der Beihilfe am Mord seiner Ehefrau festgenommen. Grund dazu hat eine Wadjade mit verdächtigen Spuren, die sich in der Hand des Schneiders befand.

Reisler. Ein mißglücktes Stillschleppensatteln wurde bei der Hölzerrei Hebezug von einem Radfahrer an einem 13-jährigen Mädchen verübt. Der Radfahrer, der das Mädchen von der Straße weg in den Wald zu ziehen versuchte, konnte bei lauter Schreien des Kindes und Schreien der Anwesenden nicht verhindern, daß die Kleine sehr tapfer und energisch wehrte, bis der Unfall von ihr ab und flüchtete. Es ist bisher noch nicht gelungen, seinen Verhaft zu werden.

Reisler. Sr. Heiligschwert. Sinnloser Tod. Die Posteninspektoren haben sich täglich unter Kindern, wie unter Erwachsenen ihre Opfer. Reiz aber amüsantes Hantieren mit einer Schusswaffe bei Kindern nach dem Unkenntnis entbehrt werden kann, so ist die gefährliche Spielerei bei einem 6-jährigen völlig unbegründet und verantwortungsvoll. Wohin auch immer die Schusswaffe einer Schusswaffe gegenüber führen, zeigt wieder einmal der traurige Fall des Kindes Wolf aus der Kolonie Neue Welt. In der Nähe einiger Kasernen wurde eine Schusswaffe herumgeworfen, die Wolf in dem Glauben, sie sei nicht geladen, überhastetweise (?) an die Stirn setzte. Irrendem hat der junge Mann dabei den Kopf getroffen und die in unmittelbarer Nähe liegende Wunde zum Tode geführt. Die in die Stirn eindringende Kugel führte den traurigen Tod herbei.

Reisler. Kreis Silesien. Folgen der Unvorsichtigkeit. Durch ein Versehen, das unvorsichtiger Weise ein Unvorsichtiger in den großen Niedererschlagen auf dem Dominium (Reisler) der Herr v. Sprenger herbeigeführt hatte, entstand ein Schaden, dessen Höhe ein Richter Brand. Glücklicherweise wurde das gesamte Vieh in Sicherheit gebracht und ein Lebergeheul der Flammen auf andere Gebäude verbannt.

Reisler. Sühne für den Mord Jarzetz. Der Mörder der hiesigen Magdalene Jarzetz, der im November vorigen Jahres im Osten auf einem Karstfeld bei Reisler erschossen wurde, wurde jetzt von dem hiesigen Schwurgericht wegen Totschlag und verurteilt zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Es handelt sich um den hiesigen Arbeiter Josef Kowal.

Reisler. Ein grausames Schicksal. Der älteste Sohn des hiesigen Bauern Genossen, der hiesige Arbeiter Adam ist durch einen Unfall, der ihn verurteilt wurde, daß er einen schweren Unfall erlitten hat. Er ist jetzt in der hiesigen Klinik in Breslau untergebracht.

Reisler. Das rote Ing. In einem Saal auf der Hauptstraße, der der hiesigen Arbeiter Genossen, der hiesige Arbeiter Adam ist durch einen Unfall, der ihn verurteilt wurde, daß er einen schweren Unfall erlitten hat. Er ist jetzt in der hiesigen Klinik in Breslau untergebracht.

Bürgern und Kunden wurde ich auf das Anstößige (!) aufmerksam gemacht. Bitte und erlaube ich, die Fahne sofort zu entfernen. Sollten Sie meinem Verlangen nicht sofort nachkommen, so muß ich Ihnen, so ungern ich dies tue, die Wohnung kündigen. Diese Kündigung für den nächsten zulässigen Termin wird hiermit ausgesprochen. Hochachtungsvoll gen. Anton Januschowski. — Der in Frage kommende Mieter hat sich natürlich das Recht der politischen Meinungsäußerung nicht nehmen lassen und die Fahne nicht weggenommen, so daß die Kündigung erfolgt ist. Die Sache wird allerdings nicht so einfach gehen, wie sich Herr Januschowski die Sache denkt, denn dieser Grund wird vor dem Mietungsamt nicht für stichhaltig erachtet werden.

Sozialist D.S. Unterklasse im Arbeitsamt. Vor einigen Tagen führte die Kriminalpolizei im Arbeitsamt eine gründliche Revision der Akten und Geschäftsbücher durch, die viel Material brachte, nach welchem sich mehrere Beamte Unterschlagungen von beträchtlichen Summen zuschulden kommen ließen. Einige der Betroffenen sollen bereits verhaftet worden sein.

Neu-Breslau.

„Fraulein „Lissa“

oder die Pflege kaiserlichen Heimatgefühls. Die Telegraphen-Union verbreitet folgende weitbewegende Nachricht: Berlagsdirektor Eihmann in Osnabrück hat seiner jüngsten Tochter in Erinnerung an die Heimatstadt im deutschen Osten den Vornamen Lissa gegeben.

Breslau-Krieger. Feuer. Am Sonnabend brach bei Zimmermeister Jöllner ein Schadenfeuer aus, das jedoch durch die Breslauer und Reitendorfer Feuerwehren in kurzer Zeit gelöscht werden konnte.

Soziales.

Kammergerichtsentscheidungen in Mietermühen. Der Amtsliche Preussische Pressedienst gibt folgende neuere Rechtsentscheidungen des Kammergerichts in Mietermühen bekannt:

Eine Wohnung kann Verwöhnung im Sinne des § 15 des Wohnungsmangelgesetzes auch dann sein, wenn sie nicht durch ihre Lage und Art als solche gekennzeichnet ist (20. 2. 1925; 17. 1. 1926).

Der Rechtsentscheid vom 30. November 1927 (17. 1. 1928), wonach der Erbe des verstorbenen Wohnungsinhabers für die Wohnungsmangelvorschriften der Verfügungsberechtigte ist, gilt auch, wenn der Erbe unbekannt oder der Fiskus gesetzlicher Erbe ist (19. 3. 1928; 17. 1. 1928).

Die in § 5 Absatz 1 des Berliner Wohnungsnotrechts vom 21. Mai 1927 vorgesehene Frist wird durch die Anzeige des Hausbesizers oder sonstigen Verfügungsberechtigten, daß eine Wohnung demnachst unbenutzt werde, in Lauf gesetzt. Der Ablauf der Frist ist unabhängig davon, wann die Wohnung frei wird (19. 3. 1928; 17. 1. 1928).

Übertragbare Krankheiten in Breslau.

Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind in Breslau in der Zeit vom 11. März bis 7. April dieses Jahres folgende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden:

- Diphtherie 2157 (137), übertragbare Genickstarre 72 (45), Krabbenpest nach regelrechter oder nach Frühgeburt 260 (60), nach Frühgeburt 151 (60), Spinale Kinderlähmung 41 (6), Körnerkrankheit 143 (—), Augen- und Kehlkopfentzündung 3777 (1923), Malaria 17 (2), übertragbare Ruhr 65 (7), Scharlach 6848 (74), Hysterie 266 (22), Paratyphus 115 (2), Fleck, Fleck und Diphtherie 3 (—), Bienenstichungen durch todkundliche Tiere 18 (—), epidemische Cerebellitis 36 (5).

Hand- und Kopfarbeiter! Beruht nicht, für eure Partei und für eure Sache zu stehen.

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunk“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren...
Zu beziehen durch: Haupt-Expeditoren...
Zu beziehen durch: Haupt-Expeditoren...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Sechszehnmal für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien...
Anzeigenpreis: Sechszehnmal für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien...
Anzeigenpreis: Sechszehnmal für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien...

Innerlangt eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Das Urteil im Fememordprozess

15 Jahre Zuchthaus gegen den Haupttäter — auch sonst ein mildes Urteil.

Stettin, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend wurde im Hofenfeld der Fememordprozess folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Heines wird wegen Totschlags zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Ottow wegen Totschlags zu vier Jahren Zuchthaus und der Angeklagte Kräbel wegen Beihilfe zum Totschlag zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Untersuchungsakten sind sämtlichen drei Angeklagten voll ausgereicht. Die Angeklagten Vör, Krüger, Bandemer, Vogt und Bergfeld werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden inbezug auf die freigesprochenen Angeklagten der Staatskasse auferlegt. Die Verurteilten haben die Kosten selbst zu tragen.

Zu der Begründung

führte der Vorsitzende aus, es sei nicht wahr, daß die Geschworenengerichte nach dem Gefühl zu urteilen haben. Das Gericht habe sich lediglich auf den Standpunkt des Rechts geneigt. Es sei erwiesen, daß ein Mann von den Tätern hingerichtet wurde, angeblich wegen Verrats. Der Verrat sei jedoch nicht einmal erwiesen. Die Erkenntnisse des Gerichts beruhen auf den Aussagen der Angeklagten Kräbel, Vogt und Vör aus der Voruntersuchung. Das Gericht habe sich dem ärztlichen Gutachten nicht angeschlossen. Kräbel sei keineswegs schwachsinzig. Er sei sogar ein Mensch von ungewöhnlicher Intelligenz, andererseits aber von Hause aus stillos verhalten. Er habe geglaubt, durch ein offenes Geständnis in der Voruntersuchung sich eine Strafmilderung zu verschaffen. Dadurch habe er sich und seine Mitangeklagten stark belafet. In der Hauptverhandlung habe er sein Geständnis wesentlich eingeschränkt. Das Gericht sei aber überzeugt, daß Kräbel diesmal gelogen habe. Auch der Angeklagte Vör sei durchaus nicht schwachsinzig. Er habe sogar ein sehr gutes Gedächtnis. Das gleiche gelte für Vogt.

Der Vorsitzende schilderte dann nochmals die Vorgänge der graufigen Tat. Das Gericht erachtete für erwiesen, daß Bergfeld Spaten herausgegeben habe, das Grab zu schaufeln für den angeblichen Verräter. Es ist ferner erwiesen, daß Heines und Vogt im Hofenfeld der Forst am Grabe des dem Tode Verfallenen gestanden haben. Das sei der Augenblick gewesen, in dem Heines die Mordabsicht aufgab, indem er sagte: „Es ist hier zu nahe am Dorfe. Hier könnte der Schuß gehört werden. Wir fahren jetzt nach Sahn zum Gefängnis.“ Er hätte nur ein Schloß weiter in den Wald zu gehen brauchen, um seine Verdächtigungen auszuführen. Heines habe in der Voruntersuchung jede Beteiligung an der Tat abgeleugnet. Hätte er damals die Wahrheit gesprochen, so hätten vier der Angeklagten längst nicht mehr auf der Anklagebank gesessen. Heines sei ein Mensch mit ganz sprunghaftem Wesen. Er erweise sich durchaus möglich, daß er auf dem Wege nach Marienfeld nochmals den Entschluß aufgegeben und ihn aufs neue gefaßt und dann den Schmidt kurzerhand im Affekt niedergeschossen habe. Die Aussage Heines, daß er Schmidt auf der Flucht erschossen habe, sei eine künstlich errichtete wahrheitswidrige Konstruktion. Die er aufgebracht habe auf Grund seiner genauen Kenntnisse des Ermittlungsverfahrens. Was insbesondere den behaupteten Fluchtverlauf Schmidts anbelange, so habe keiner der Zeugen davon etwas erwähnt. Auffallend sei auch, daß Heines seinem Führer Kräbach nichts gesagt habe, daß er Schmidt auf der Flucht erschossen habe, obwohl er Kräbach die Tat gemeldet habe.

Zu bezug auf die Motive der Tat führte der Vorsitzende aus, daß eine vermeintliche Notwehr zugunsten des Staates nicht in Frage komme. Die Kräbach hätten sich wohl als Soldaten fühlen können, nicht aber ihr Führer Kräbach, dem von dem damaligen Obersten v. Pawellig ganz klar gemacht worden sei, daß seine Leute nicht mehr Soldaten seien und er nicht mehr der Führer einer militärischen Formation wäre. Es sei anzunehmen, daß unter Organen der Reichswehr sich durch Kameradschaftliches Empfinden und sonst gezeigte Sympathien bewegten liegenden, Reichswehrwaffen den Kräbachern auszuhandigen. In bezug auf das Strafmaß erklärte der Vorsitzende, daß das Schwurgericht zu seinem Schmerze sich verhindert gesehen habe, den Angeklagten mildere Umstände zuzuerkennen. Die Art und Weise, wie Schmidt mißhandelt, von einer Stelle zur anderen geschleppt wurde, sei eines Offiziers im höchsten Grade unwürdig. Deshalb erscheine auch die Höchststrafe wegen Totschlags für Heines gerechtfertigt. Ottow und Kräbel seien jedoch Untergebene gewesen und haben unter gewissem Zwange gehandelt. Deshalb sei auch bei ihnen ein milderes Urteil am Platze.

Am Schluß betonte der Vorsitzende, daß das Gericht der Auffassung sei, der Grund der Tat sei Vaterlandsliebe. Gleichwohl habe das Gericht aus den angeführten Gründen dieses Urteil gesprochen. Es wird dann der Beschluß verkündet, die Haftbefehle gegen Ottow, Vör, Vogt, Bandemer und Bergfeld aufzuheben. Gegen Ottow liege kein Fluchtverdacht vor. Weiter verkündet der Vorsitzende, das Schwurgericht habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß für die Angeklagten Heines und Ottow das Gnadenrecht in möglichst weitgehendem Umfange ausgeübt werde.

Kr. Osmogil des Stettiner Urteil sehr milde ausgefallen ist und offenbar auch in mancher Beziehung recht erschütternd zu sein scheint (vor allem gilt das für die Freisprechung der Nebenangeklagten), möchten wir uns dennoch, wenigstens was das

Urteil gegen die beiden Hauptangeklagten angeht, mit ihm zufrieden erklären. Wir tun das, weil wir grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß im Zweifel zugunsten des Angeklagten entschieden werden muß, und weil wir anerkennen müssen, daß in der Beweisaufnahme gerade wesentliche Punkte, die für den Grad der Schuld der Angeklagten entscheidend waren, nicht einwandfrei aufgeklärt worden sind. Wir haben zwar schon früher hier die Ansicht vertreten, daß, selbst wenn die Arbeitsgemeinschaft Kräbach noch eine Truppe gewesen wäre und wenn der Fememord tatsächlich auf Befehl einer Reichswehrkommandostelle ausgeführt worden wäre, dann die Angeklagten dennoch nicht straflos bleiben könnten, weil kein Soldat berechtigt ist, einen verbrecherischen gegenwärtigen Befehl auszuführen, sondern vielmehr umgekehrt verpflichtet ist, die Ausführung zu verweigern und gegen den Befehl bei der höheren Dienststelle einzuschreiten. Die Sachlage ist aber prozessual doch so, daß der Staatsanwalt verpflichtet ist, den Angeklagten zu beweisen, daß sie keine Soldaten waren und daß sie sich auch nicht als Soldaten fühlen konnten, daß sie nicht auf militärischen Befehl handelten. Dagegen waren die Angeklagten nicht verpflichtet, zu beweisen, daß dies tatsächlich der Fall war. In einem Strafverfahren hat der Staatsanwalt die Beweislast für die Schuld der Angeklagten und nicht der Angeklagte die Beweislast für seine Unschuld. (Obwohl allerdings sehr häufig in der Praxis von diesem Grundsatze abgegangen wird, kann das nicht scharf genug hervorgehoben werden.) Es ist dem Staatsanwalt aber nicht gelungen, einwand- und zweifellos zu beweisen, daß die Arbeitsgemeinschaft Kräbach tatsächlich nicht im Einverständnis mit der Reichswehr aufgestellt wurde und gearbeitet hat. Der eidlichen Aussage der Reichswehroffiziere stehen drei Aussagen von beteiligten Personen gegenüber, die zwar nicht beidelt werden konnten, weil das Gericht die Vernehmung dieser Zeugen wegen Verdachts der Beihilfe an dem Fememord nicht durchgeführt hat. Diese Aussagen sind aber so beschaffen, daß sie auch ohne Bedingung eine gewisse innere Glaubwürdigkeit haben, zumal die betreffenden Personen sich dadurch selbst schwerer Straftaten belastigten. Bei dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, daß wirklich bewiesen ist, daß die Reichswehr mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hat. Infolgedessen mußte den Angeklagten der vorhin angeführte alte Rechtsgrundsatz zugutegehalten werden, und es konnte deshalb das Urteil, wenn es gerecht sein wollte, nur in dieser Weise ausfallen.

Die Begründung für dieses Urteil, die das Gericht gibt,

halten wir allerdings für abwegig. Die künstliche Konstruktion, als sei die Tat nicht mit Ueberlegung ausgeführt, weil der Hauptangeklagte Heines dauernd andere Entschlüsse gefaßt habe, von einem Platz im Walde zum anderen gegangen sei, ist unseres Erachtens nicht haltbar. Im Gegenteil, dieses Verhalten des Hauptangeklagten könnte eher dafür sprechen, daß er mit Ueberlegung gehandelt hat, denn ein Mörder, der im Affekt handelt und bei der Ausführung seiner Tat nicht überlegt, wird wohl kaum darauf achten, daß ein Ort zu seiner Tat nicht besonders geeignet ist und einen neuen Ort suchen. Im Gegenteil, das vorsichtige Ausschauen des Platzes ist doch eine Ueberlegung. Man kann den Angeklagten nur dann zugute halten, daß sie nicht mit Ueberlegung gehandelt haben, wenn man annimmt, daß der empfangene Befehl jede Ueberlegung in ihnen erstickt habe.

Sehr erfreulich ist es dagegen, das das Urteil sich dem Gutachten des Stettiner Gerichtsarztes nicht angeschlossen hat. Für diesen merkwürdigen Arzt, mit dem wir uns neulich schon einmal kurz beschäftigen mußten, ist die Urteilsbegründung geradezu eine moralische Schläpfung. Es wird diesem sogenannten Sachverständigen dort und nicht ins Gesicht gesagt, daß er entweder völlig unfähig ist oder daß er absichtlich sein Sachverständigen-gutachten gefärbt hat. Das wird zwar nicht ausgesprochen, aber faktisch lauten die Ausführungen der Urteilsbegründung darauf hinaus. Wir müssen deshalb heute unsere Forderung, daß unverzüglich gegen diesen Sachverständigen eingeschritten und er wegen Verletzung seines Sachverständigen-eides in Untersuchung gezogen wird, erneuern. Sein Sachverständigen-gutachten war so außerordentlich merkwürdig und widersprach allen Feststellungen, die über das Verhalten und das Wesen der Angeklagten gemacht worden sind, so sehr, daß man dem Sachverständigen den guten Glauben kaum noch zubilligen kann. Zum mindesten müßte er aber wegen völliger Unfähigkeit unverzüglich diszipliniert werden.

Das Gericht hatte in seiner Urteilsbegründung festgestellt, daß sich zwar die Angeklagten hätten als Soldaten fühlen können, daß sich aber Kräbach selber nicht hätte als Soldat fühlen können. Das Gericht nimmt dabei als erwiesen an, daß die in Betracht kommenden Reichswehroffiziere dem Kräbach keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß er mit dem Militär nichts mehr zu tun hätte und daß seine ganze Tätigkeit rein privater Natur sei. Wir haben schon vorhin ausgeführt, daß wir das durchaus nicht für erwiesen halten, und wir müssen hier noch einmal feststellen, daß wir diese Behauptungen der Urteilsbegründung deshalb für falsch halten, weil zum mindesten die Anführung der Reichswehr nicht bewiesen ist. Nachdem nun aber das Gericht so entschieden hat, ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, unverzüglich Kräbach und v. Bodungen, die die Befehle zur Beseitigung von Verrätern erteilt haben, wegen Anführung zum Mord in Anklagezustand zu versetzen. Wir müssen auch wegen Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr die unverzügliche Verhaftung beider verlangen. Vom Justizminister erwarten wir, daß er energisch die Staatsanwaltschaft anhalten wird, ihre Pflicht zu tun, und daß jetzt endlich in diese Postbeule einmal gründlich hineingegriffen wird.

Japans Niederlage in China.

Die Japaner in Tsinanfu entwaiffnet. Abbruch der Beziehungen zur südchinesischen Regierung.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, wird immer undurchsichtiger, und die aus chinesischen, britischen und japanischen Quellen stammenden Meldungen sind widersprüchlicher als jemals seit Beginn des Kampfes in China. Höchstwahrscheinlich ist es möglich, daß die Kämpfe zwischen den chinesischen Truppen und dem japanischen Expeditionskorps, das längs der Grenze der Fremdenkolonie von Tsinanfu in Stellung gegangen ist, auch am Sonnabend noch andauern. Die japanischen Verstärkungen, die von Tsinanfu nach Tsinanfu geschickt worden sind, konnten ihren Bestimmungsort nicht erreichen, da die Eisenbahnbrücke über den Gelben Fluß von nationalchinesischer Seite gesprengt worden war. Die aus Tokio stammende Sensationsmeldeung, wonach angeblich dreihundert japanische Zivilisten, darunter auch Frauen, in Tsinanfu von Truppen der nationalchinesischen Armee getötet worden seien, ist mit großer Vorbehalt anzunehmen, da man in Japan naturgemäß ein starkes Interesse daran hat, die großen Truppenentsendungen nach China vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Aus amtlichen japanischen Meldungen über dieses Massaker geht übrigens hervor, daß die Ausschreitungen nicht in dem von Japan gemeindeten Zusammenhang vor sich gingen und nicht auf reguläre Truppen der Armee Tschangtansiel zurückzuführen sind. Es soll sich vielmehr um eine Truppe von „chinesischen Führern der Südmaree“ handeln, die Tschiangkai-scheks Oberkommando nicht anerkennen.

Wie man in nationalen chinesischen Kreisen die Entsendung der japanischen Truppen nach Tsinanfu beurteilt, geht aus einer Note hervor, welche der Außenminister der nationalchinesischen Regierung an die japanische Regierung geschickt hat. Darin wird gegen die Entsendung der

japanischen Truppen als einer Verletzung der chinesischen Souveränität protestiert und den japanischen Truppen in Tsinanfu provokatives Verhalten gegenüber den militärischen und zivilen Behörden der nationalchinesischen Regierung vorgeworfen. Nationalchinesische Beamte seien beschimpft und getötet, amtliche Gebäude mit Artillerie beschossen, Straßen unter Maschinengewehrfeuer genommen und eine militärische chinesische Radiostation mutwillig zerstört worden. Die Regierung von Peking hat der japanischen Gesandtschaft in Peking ebenfalls eine Note überreicht. Sie macht die Japaner für alle Vorgänge in Tsinanfu verantwortlich. Dieser Protest ist insofern bemerkenswerter, als sich die Regierung von Peking mit der nationalchinesischen Regierung, mit der sie gegenwärtig im Kampfe steht, gegen die Japaner solidarisch erklärt.

Japanische Truppen gefangen.

Tokio, 5. Mai. Das Kriegsministerium bestätigt, daß die chinesischen Südtuppen japanische Truppen bei Tsinanfu entwaiffnet haben. Die Truppen hätten sich ergeben müssen, weil ihnen die Munition ausgegangen sei. Der Befehlshaber der entwaiffneten japanischen Truppen verübte Harakiri. Die japanische Verstärkung ist unterwegs, um die entwaiffneten Truppen zu befreien. **Ministerräsident Tanaka erklärt öffentlich, daß die japanische Regierung beschloffen habe, die Beziehungen zur Kantingregierung abzubrechen und den Generalissimo Kiang zu unterstützen.** Dieser Beschluß dürfte demnächst vom Kabinet bestätigt werden.

London, 6. Mai. Die Eisenbahnverbindung mit Tsinanfu ist von den Japanern wieder hergestellt worden, so daß die japani-

Achtung Sparer und Gläubiger!

Wie die Sozialdemokratie den Sparern half.

Die Gläubiger und Sparer, an die in diesem Wahlkampf die Aufforderung gerichtet wird, eine neue kleine und einflusslose Partei zu wählen, mögen sich erinnern, wie in den Aufwertungskämpfen die Sozialdemokratie sich ihrer Interessen angenommen hat. Als die Deutschnationalen den Abg. Dr. Best, den sie bei den letzten Wahlen als Aushängeschild für die Sparer benutzten, aus ihrer Fraktion hinausdrängten, weil er die Erfüllung der feierlichen Wahlversprechungen verlangte, räumte die Sozialdemokratie diesem Führer der Gläubigerorganisationen ohne jede Bindung einen ihrer Ausschüsse ein. Dr. Best hätte ohne dieses Entgegenkommen keine Möglichkeit gehabt, an den Ausschussverhandlungen über die Fragen, die er am besten beherrscht teilzunehmen. Best sprach der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seinen Dank in einem Schreiben vom 14. Juni 1925 aus, in dem es wörtlich heißt:

„Es ist mir ein Bedürfnis, der Sozialdemokratischen Fraktion wiederholt meinen wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß sie mir Gelegenheit gegeben hat, meinen Standpunkt in der Aufwertungsfrage zu vertreten. Dieser Dank wird nicht dadurch gemindert, daß mein Wirken an dem geschlossenen Widerstande der Gegner einer gerechten Aufwertung scheiterte. Die Handlungsweise der Fraktion ist um so höher zu stellen, als sie meines Wissens das Vorbildes entbehrt, die Hilfe einem politisch Andersdenkenden zuteil werden zu lassen, und ihm zu gestatten, abweichend von der Fraktion Ausführungen zu machen und Vorträge zu halten.“

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Dr. Best, M. d. R.
Oberlandesgerichtspräsident i. R.

Noch viel lebhafter wurde der Sozialdemokratischen Fraktion und einzelnen ihrer Mitglieder, besonders dem Abg. Keil, der die Fraktion in diesen Fragen vertrat, der Dank von den Sparern im ganzen Reiche bezeugt. Hier einige Stellen aus den zahlreichen Dankschreiben:

Vollrechtspartei und Sozialdemokratie.

Von Wilhelm Keil.

Eine der kleinen Parteien, die bei dieser Wahl zum erstenmal auftritt, ist die Vollrechtspartei. Sie gilt als die Vertretung eines Teiles der enttäuschten Sparer und Gläubiger. Ihr Hauptziel ist, den Betrug rückgängig zu machen, den die Deutschnationalen im Jahre 1925 an den Opfern der Inflation verübt haben.

Man kann es verstehen, daß in den Kreisen der verarmten Wähler, die erst von den Deutschnationalen mit heillosen Versprechungen eingefangen und dann von ihnen verraten wurden, eine grenzenlose Empörung herrscht. Hat es aber einen Sinn, zur Lösung einer Einzelfrage eine neue Partei zu gründen? Im günstigsten Falle könnte die Vollrechtspartei 1/2 bis ein Duzend Mandate erringen. Eine solche Gruppe könnte nur das Elend der Parteizersplitterung verschlimmern, aber keinen Einfluß gewinnen in einem Reichstag von 500 Mitgliedern. Es kann aber auch so kommen, daß alle der Vollrechtspartei zugefallenen Stimmen wertlos sind. Das wäre der Fall, wenn die Partei in keinem Wahlkreis 60 000 Stimmen bekäme. Dann bliebe sie ohne Mandat und ihre sämtlichen Wähler hätten ihr Wahlrecht verfehrt.

Die Sozialdemokratie, die es bei der letzten Wahl abgelehnt hatte, Aufwertungsversprechen zu machen, hat im Reichstag für die Sparer und Gläubiger zu retten versucht, was nur irgend möglich war. Nicht einzelne ihrer Abgeordneten sind für eine gerechte Aufwertung eingetreten, wie da und dort behauptet wird, sondern die Fraktion stand stets einmütig hinter den Anträgen ihrer Vertreter. Diese Anträge, die sowohl dem Aufwertungsgebot als dem Anleiheabkündigungsgesetz ein ganz anderes, den Gläubigern freundliches Gesicht zu geben bestimmten, ließen sich 1925, als seit der Stabilisierung erst 1 1/2 Jahre verstrichen waren, noch gut durchführen. Nachdem uns nun 4 1/2 Jahre vom Abschluß der Inflationsperiode trennen und die Durchführung der Gesetze des Bürgerblocks seit drei Jahren im Gange ist, ist eine völlige Neuaufstellung der Aufwertungs-

Die Ortsgruppe Wolfenbüttel des Hypothekenschutzbundes schreibt: „Es hat uns sehr erfreut, daß Ihre Fraktion unserem unermüdbaren Kämpfer Dr. Best die Gelegenheit gegeben hat, weiterhin im Ausschuss für das deutsche Recht zu streiten.“

Ortsgruppe Bad Warmbrunn: „Ihre herrliche Rede in der Aufwertungsfrage läßt unsere Herzen höher schlagen. Ich gestalte mir, Ihnen den herzlichsten Dank von ca. 2800 Sparern und ca. 1000 Rentnern, die hier im Kreis zusammengeflohen stehen, auszusprechen.“

Ein Gläubiger aus Plauen: „Haben Sie vielen Dank für Ihr mannhaftes Eintreten für eine gerechte Aufwertung!“

Ortsgruppe Homburg: „Im Namen der Ortsgruppe Homburg Rhein sagen wir Ihnen für das Eintreten der gerechten Sache verbindlichsten Dank.“

Sparerbund Celle: „Ihre Ausführungen sind so packend und entscheidend so vollständig unserem Empfinden, daß es uns ein Bedürfnis ist, Ihnen herzlichst zu danken.“

Sparerbund und Rentenverein Nordhausen: „Durch das Eingreifen der sozialdemokratischen, parteipolitische Rücksichtnahme hintanziehender Reichstagsfraktion ist es dem bewährten Vorkämpfer der Sparer, dem Herrn Präsident Dr. Best, möglich geworden, seinen Sitz im Rechtsausschuß zu behaupten. Für dieses Entgegenkommen sprechen die unterzeichneten Organisationen der Fraktion und der Partei hierdurch ihren herzlichsten Dank aus.“

Aus diesen Stichproben ist die Stimmung zu ersehen, die das Eintreten der Sozialdemokratie für die Sparer hervorgerufen hat. Was liegt nun näher, als dieser Stimmung mit dem Wahlzettel Ausdruck zu verleihen. Nicht eine Splitterpartei, die vielleicht keinen einzigen Vertreter im Reichstag erlangt, kann den Sparern nützen, sondern nur die große Sozialdemokratische Partei, die allen Armen, Betrogenen und Ausgebeuteten beisteht.

Sparer, wählt Liste 1!

frage, auf die manche noch hoffen, nicht mehr möglich. Schon im vorigen Jahre, als die Sozialdemokratie einige große Härten der Aufwertungsgebot zu beseitigen beantragte, erklärte der deutschnationale Vizeminister Hergt, daß an den Grundfragen des Aufwertungsrechts nicht mehr geübelt werden dürfe, und sämtliche Parteien des Bürgerblocks schlossen sich ihm an. Im nächsten Reichstag wird auf dem Gebiete der Aufwertung nur dreierlei noch möglich sein:

1. Die Beseitigung derjenigen Mängel des Aufwertungsrechts, deren Abstellung ohne Vermittlung der neu geschaffenen Rechtsverhältnisse und ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens geschehen kann;
2. die scharfe Beaufsichtigung der mit der Durchführung der Aufwertungsgebot befaßten Behörden, damit wenigstens das geltende Recht bis zur Grenze des Möglichen zugunsten der Berechtigten und Entschädigten angewandt wird;
3. eine ausreichende Fürsorge für die Kleintrentner auf Grund eines Rechtsanspruchs, der aber nicht nur einer kleinen Oberzahl, sondern möglichst weiten Kreisen derer, die ihre Spargroschen verloren haben, zugute kommt.

Für diese Ziele wird die Sozialdemokratie eintreten. Sie wird es mit umso größerem Erfolg tun können, je stärker sie ist. Geben die enttäuschten Sparer und Gläubiger ihre Stimme der Sozialdemokratie, die schon bisher ehrlich für sie eingetreten ist, so erreichen sie mehr, als wenn sie einige einflusslose Abgeordnete einer neuen Partei wählen oder gar ihre Stimmen vergeuden für eine Partei, die keine Abgeordneten bekommt.

Durch Unterstützung der Sozialdemokratie verschaffen sich die notleidenden Kleintrentner zugleich einen Schutz gegen die Verteuerung der Lebensmittel, die Vermehrung der Verbrauchssteuern, die Steigerung der Mieten und sonstigen Belastungen, von denen sie noch härter betroffen werden als die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie als die Partei aller wirtschaftlich Schwachen, ist auch die Partei der vom Besitzbürgerblock schände betroffenen Sparer und Gläubiger.

völkerung für ihren Nationalhelden Lindbergh darzutun. — Ein Hallenschwimmbad mit künstlich erzeugtem Wellenschlag zeigt einen hübschen kleinen Ertrag für die Sommerseebäder, zumal ein Dachstrand mit echtem Sand und praller Sonne damit verbunden sind. (Zeit.)

„Hat und Patagon auf dem Wege zu Kraft und Schönheit.“

Dieser hier schon ausführlicher besprochene Film der beiden nordischen Komiker (Leuchtturm mit Heimwagen, wie sie überhaft und recht bezeichnend der Volksmund getauft hat) läuft jetzt draußen im Westen und erzeugt auch hier wahre Lachfülle. Dagegen dieser Film nicht ihr bestes Können herausstellt, so überzeugt doch ihr Humor bei weitem die oft plumpe Zufall- und Klischee-Comit der üblichen Lustspiele.

Das übrige Programm läßt sich ebenfalls sehen. Das ist „Er als Klavierpieler“ — natürlich Harald Lloyd —, ein zwar älterer, aber guter Film dieses Genres. In der Filmgeschichte „Langmuir“ wird auf amerikanische Art der Lebensrechnung Rechnung getragen; im übrigen dabei eine recht lustige Art gezeigt, wie man nach Lektionen das Tanzen erlernen kann. Ein Aktusfilm führt diesmal in oberbayerisches Berggelände, zeigt das schöne Murnau am Stoffelsee und das bekannte Passionsdorf Oberammergau. Die „Gemälde-Wandlung“ ist diesmal attraktiver gehalten, die Szenen der Opernführer nicht gerade zu den Ereignissen der allerlängsten Zeit gehört. (Central-Theater.)

„Das große Los“

wird gezogen und je eine viertel Million entfällt auf vier Gewinner. In überaus treffender Weise wird uns nun gezeigt, was die Gewinner mit dem Gewinns machen. Wie gewonnen, so zerronnen, lautet die Devise bei dreien von ihnen; nur eine kleine Sängerin hat es verstanden, ihren Schatz nutzbringend zu verwerten. Der Film ist sehr lebendig, mit viel Humor geschildert. Besonders gut ist die Szene im Kaffeehaus. Auch die Szenen in denen gezeigt wird, wie die Nachricht von dem Gewinn

Die Lage in der SPZ.

Ende Mai Parteitag der französischen Sozialisten. Der Parteitag der französischen Sozialisten tritt Ende Mai in Toulouse zusammen, um die künftige Politik der Kammeraktion festzusetzen.

Die Gegenläufe zwischen dem linken und dem rechten Flügel innerhalb der Partei haben durch den Wahlkampf kaum an Schärfe verloren, wenn auch das Verhalten der Kommunisten zahlreiche Anhänger eines Zusammengehens mit dieser Partei stark ernüchtert und den heute von Renaudel und Paul Boncour geführten rechten Flügel der Partei an Boden gewinnen ließ. Die Vorgänge bei der Stichwahl dürften jedenfalls auf den Kongress in der Weise nachwirken, daß eine Majorität für eine abwartende Haltung zustandekommt. Schon jetzt liegt ein Antrag vor, der die Unterführung der Fraktion durch die Kommunisten auf das schärfste verurteilt und feststellt, daß weitere Erfolge der Reaktion nur durch das Zusammengehen zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten verhindert werden könnten. Die Resolution drückt endlich den Wunsch nach Aufrechterhaltung eines engen Kontaktes mit den Gewerkschaften und die Vertreibung des von ihnen aufgestellten Reformprogramms aus. Die Anhänger der äußersten linken Richtung haben inzwischen ebenfalls eine Entschließung in entgegengekehrtem Sinne vorbereitet.

Paris, 7. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Der Parteitag der Seine-Sozialisten ist gestern nach lebhaften Debatten abgedrochen worden. In 14 Tagen wird abgestimmt werden.

Der Hauptgegenstand der Diskussion bildete die berechnete Kritik an der arbeitereindlichen Wahltaktik der Kommunisten, die bekanntlich einer großen Zahl von Reaktionären zum Siege verholfen. Unter dem Beifall der Versammlung bezeichnete Leon Blum diese Taktik als ebenso kurzfristig wie unmoralisch. Die Anhänger der Politik des unbedingten Zusammengehens mit den Kommunisten haben nach diesen Wahlergebnissen bezeichnenderweise im Schoße der Sozialistischen Partei Karl an Boden verloren. Es war gestern nicht ein einziger mehr, der offen dafür eintrat, die Einheitsfront mit ihnen trotz allem zu versuchen. Ebenso wenig aber konnten sich die Seine-Sozialisten dafür entscheiden, mit den Radikalen zusammenzugehen, von denen nur allzu viele eine Politik der nationalen Union und der Unhänglichkeit zu Poincaré propagierten. Im übrigen trat der Parteitag dafür ein, der Parlamentsfraktion möglichst große Handlungsfreiheit zu lassen.

Auch Württemberg mag nicht.

Die württembergische Regierung gibt bekannt, daß ein Verbot des Reichs Frontkämpferbundes nach der Entscheidung des Reichsgerichts für Württemberg nicht mehr in Frage komme.

Diese Mitteilung ist um so interessanter, als die württembergische Regierung damit gegen das Republikanhänger verfährt. Denn da diese Regierung gegen die Aufforderung Keudells keinen Einspruch erhoben hat, muß sie der Aufforderung solange nachkommen, als Keudell sie nicht zurückzieht. Das hat er aber nicht getan. Aber die württembergische Regierung begehrt lieber einen Formfehler, als sich weiter zu klammern.

Noch ein politischer Clown.

Wie ein deutschnationaler Spitzenkandidat redet.

Der Spitzenkandidat der Deutschnationalen in Sachsen, Rapps Finanzminister Dr. Bang, fordert in seinen Wahlreden selbst den Widerstand der Deutschnationalen heraus. In Dresden sagte er wörtlich:

„Wenn Sie mich wählen, dann müssen Sie sich darüber klar sein, daß Sie einen Mann wählen, der es sich zur Aufgabe macht, dem deutschen Parlament das Grab zu schaufeln.“

Kaum war dieser Unsinnsatz gesagt, da pflegte die folgende Unpersönlichkeit heraus: „Das deutsche Volk, das einst der Götter der ganzen Welt gewesen sei, sei heute nur ein schmutziger Esel, an dem jeder dreifache Räder seine Bedürfnisse verrichtet.“ Das war selbst den Deutschnationalen zu viel. Es entstand eine ungeheure Empörung und es wurde gerufen: „Man sollte diese Rede verbieten!“ Dr. Bang empfahl seinen Leuten, keinen Händchen als Klappnetz zu benutzen. Und dieser gewissenlose Schwäger ist Listenführer der Deutschnationalen in Sachsen!

Bermischtes.

Ein Steuerbeamter wegen Unterschlagung verhaftet.

In Brandenburg an der Havel wurde im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen den wegen Unterschlagung von 50 000—70 000 Mark kurz vor Weihnachten verhafteten Magistratsoberinspektor Stoike nunmehr auch dessen unmittelbarer Vorgesetzter, der Steuerkassenrentendant Zimmermann auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft verhaftet und dem Amtsgericht Brandenburg zugewiesen. Dieser Beamte soll Gelder in Höhe von mehr als 40 000 Mark unterschlagen haben.

Breslauer Filmkritik.

Die 11 Teufel.

Die Quantität der Filme entspricht oft nicht ihrer Qualität. Drei Filme sind nicht immer besser als einer, besonders wenn sie sich in einen ausgezeichneten Film, wie es der Schinderhannes war, ablösen. Man ist nach diesem wirklichen Kunstwerk kritischer eingestellt und empfindet stärker die Belanglosigkeit eines Films, der sich „Die 11 Teufel“ nennt und Gustav Fröhlich, Evelyn Holt und Lissy Arna Gelegenheit gibt, das Hinüberwechseln eines Mittelstürmers von einem Fußballklub zu einem andern und seine zeitige Wiederkehr zu einer dramatischen Angelegenheit mit tragischen Situationen auszugestalten. Der nicht ganz Sportverheerete steht diesem „Drama“ etwas hilflos gegenüber, registriert, daß Evelyn Holt noch immer nicht an Natürlichkeit gemessen hat, sondern Diebstahl, Unzucht und Jactance im Großformat posiert, Lissy Arna in Rollen eleganter Schlangen nicht die Hälfte ihres starken Talents, das sie im „Schinderhannes“ und „Kassenreg“ bewies, entfallen kann und Gustav Fröhlich eher über guten Körperbau und eine strahlende Haarwäsche nicht viel menschliche Fähigkeiten verfügt. Prachtvoll waren dagegen die Fußballszenen und vor allen Dingen die Darstellung des sportbegeisterten Publikums, Szenen, die ihre Fortsetzung im Kinopublikum selbst fanden, das mit der gleichen atemlosen Spannung, begeistert und enttäuscht ausrufen wie das gefüllte Publikum den Fortgang des Fußballspiels verfolgte. — Colleen Moore wird in einem amerikanischen Lustspiel: „Fräulein, bitte Anschlag“, in dem selbstverständlich ein Millionär ein armes Telefonfräulein heiratet, Gelegenheit gegeben, mit den Augen zu klappern, ein süßes Köstchen zu sehen und ein paar Toiletten vorzuführen. Das Übrige ist mittelmaßiges, mitunter ganz amüsanter Schwafel. — Lindberghs Weltreise ist eine Zusammenstellung von einzelnen Flugleistungen und Aufnahmen bei seiner Anlandung in Paris, Brüssel, London und Amerika, wobei es wirklich erschütternd erscheint, in welchem Ausmaß Konfetti und Papierfahnen in Newyork dazu dienen, die Begeisterung der Be-

auf den einzelnen Gewinner wirkt, sind dem Leben abgefaßt. Neu ist Marzell Selzer auf der Filmleiste, für die er große Eignung zeigt. Sein lebhaftes Mimenspiel prädestiniert ihn besonders zum Filmkomiker. Gut sind auch seine Partner.

„Mädchen, häut euch“

nämlich vor der unehelichen Mutterlichkeit. Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu, die Geschichte von dem verführten Mädchen. In letzter Zeit sind eine ganze Anzahl Filme dieses Inhalts vorgeführt worden, die meisten weniger gut als der Film mit obigem Titel, der eine freie Bearbeitung des Dramas „Die Kindesmörderin“ von M. Wagner ist. Das Schicksal dreier Mädchen wird uns in fesselnden Bildern vorgeführt: die eine Verführte tritt an den Folgen eines heute noch verbotenen Eingriffs; mit den beiden andern meint es des Schicksals noch gut.

Einen großen Anteil an dem Erfolge des Filmes hat der neue Filmstar: Gritta Ley. Schönheit und gute Schauspielerei begabung sind bei ihr in hohem Maße vereint. Durch sympathisches Spiel zeichnet sich ihr Partner Egon von Jordan aus. (Z. Z.)

„Er geht rechts, sie geht links.“

nämlich sie Lotte Roumann links, und er, Eino Parana rechts, um sich zum Schluss doch wieder zu finden und zusammenzugehen. Von der hochsteilste juristisch, findet sich ein Grund zur Scheidung. Kaum ist diese vollzogen, kehrt man ein, daß man sich gegenseitig doch noch liebt, und einer netten Tante gelingt es leicht, die beiden wieder zusammenzuführen. Die ganze Aufregung war also nicht notwendig; aber so etwas soll ja im Leben auch mitunter vorkommen, warum sollen wir denn Film weniger Vertrauen schenken, zumal der ganze recht nett zusammengestellt wurde und dem Regisseur reichlich Gelegenheit gab, wirkungsvolle Einwirkungen auf die Filmbühnen zu geben. Ufa-Kommissionen: Neben aus dem durch Erdbeben zerstörten Berlin; interessante Ausnahmen von Gleichheit, dessen eigenartiger Neu erregte Wettrennen — etc. (Z. Z.)



Dieses Haus

mit Einrichtung für
2 Mark

zu gewinnen. Auf Wunsch 90000 bar
Bei der Hauptziehung v. 9. bis 14. Mai werden
35340 Gew. im Werte v. 320000 Mk. ausgelost
Alle Gewinne sind m. 90% bar Geld garantiert
1 Doppellos 2 Mark
1 Einzellos 1 Mark
Porto u. Liste 40 Pf. extra.
Verf. auch gegen Nachn.

Arndt
LOTTERIEBANK GEGR. 1885
Eckhaus Tauwärdplatz
Breslau 5
Postfach Komvo Nr. 2577.

Am 5. Mai starb nach kurzem, schwerem
Kranklager unser lieber Vater, Schwieger-
vater, Großvater und Bruder, der **Maurer**

Anton Müller

im ehrenvollen Alter von 77 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an
Breslau, Leuthenstraße 62

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag, den 8. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Kommunalfriedhof
in Cosel.

Am 5. Mai 1928, abends, entschlief nach langem
Leiden unser langjähriger Hausmeister

Herr Anton Müller

im Alter von 77 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

**Der Wirt und die Mieter
des Hauses Leuthenstr. 62**

Beerdigung: Dienstag, den 8. Mai, nachm. 4 Uhr,
auf dem Kommunal-Friedhof in Cosel.

Trauer-Kleider Mäntel, Kostüme Blusen

in aparten Formen, besten Stoffen,
tadelloser Verarbeitung, zu mäßigen
Preisen
Extra-Anfertigung
innerhalb 24 Stunden



Stadttheater

(Opernhaus)
Montag 8-9
18 bis gegen 22.30:
Siegfried.
Dienstag
20 bis nach 22.15:
19. Abonn.-Vorstell.
Serie A
Tosca.
Mittwoch
20 bis gegen 22.4.
19. Abonn.-Vorstell.
Serie B
Wagners.

Wander- Auktion

Donnerstag, 10. Mai
Leibhaus Grundmann
Trebnißer Straße 21

Paddel ... 17
Boote, glatte Haut, 80 00
Zeile, div. Mod. ... 14.50
Wander-Ho-
sen 4.75
Tommyhemden ... 4.75
Windjacken 14.75-6 00

Tennis-Hosen 5.75
Panamahemden ... 5.50
Alle and. Art. Preislste
Hüblich, Georgenstr. 10.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 5608
Tel. Stephan 36300
Täglich 10 Uhr.

Eine einzige Nacht

Samstag nachm. 13 1/2 Uhr:
**Drei arme
kleine Mädchen.**

Lobe-Theater.

Tel. Ring 6774.
Montag, Donnerstag,
20 Uhr:
Gastspiel
Eise u. Albert Hassermann
Der Diktator
von Jules Romains.
Dienstag u. Mittwoch,
20 Uhr:
Gastspiel
Eise u. Albert Hassermann
Zum ersten Male!
Sünden der Jugend
Mehrspiel in 5 Akten
von Koel Coward.

Thalia-Theater

Tel. Ring 6700.
Täglich 20 Uhr:
Schwarz und Weiß
Komödie
von Sacha Guitry.
Hauptrolle:
Redolf Platte.

Urania

12 Monatshefte
und 4 Bücher
**Das Protektorische
Kostüm**
zu best. durch die Geldstelle
d. Zeitung u. die Selbsterträge.

Galopprennen Breslau

Dienstag, den 8. Mai 1928, Beginn 15 Uhr

8 Rennen

(Fisch- und Hindernissenrennen)

Sonderzug ab Hauptbahnhof (Bahnsteig 4) 13:58 Uhr
— Alles Nähere Anschlagtafel und Vorverkaufsstellen —

Bei Gicht, | Ischias, | Nerven- u. Kopfschmerz,
Rheuma, | Grippe, | Erkältungskrankheiten

haben sich Togat-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!
Togat scheidet die Harnsäure aus! Fragen Sie Ihren Arzt!



11182

Schlesische Philharmonie.

Sonntag, den 13. Mai, vorm. 11 1/2 Uhr
— großer Konzerthausaal —

Erstes Sinfonie-Konzert

(120 Musiker)
Dirigent: Generalmusikdirektor
Erich Kleiber
als Gast (Staatsoper Berlin).
Vorverkauf hat bei den Konzertdirektionen Hainauer und Hoppe begonnen.
Preise der Plätze: 8.-, 6.-, 4.- Mk.
Steptl 1.50 Mk.

Bettfedern

Dauern nur beste, gewaschene, staubfreie Ware,
in allen Preislagen empfiehlt Spezialgeschäft
S. Herzig, Matthiassstr. 100, 1. Etg., Waterloo.
Da kein Laden, bedeutende Preismäßigung.

Saferte

erzielen in unserer Zeitung
den größten Erfolg!

Wichtig! Bettfedern? Wichtig!

Von Dienstag bis Sonnabend stehe ich in
meiner Niederlage
664
Lohestraße 15/17 (Metropol-Garage)
mit meinen besterhaltenen Oberbrücker Bett-
federn aus eigener Wäheret zum Verkauf.
Bestenfalls zu außergewöhnlich billigen Preisen
Hausfrauen, Mütter und Bräute!
bedauern Sie nicht mein bill. Angebot geihen
zu haben, denn ein gutes Bett ist ein Lebensquell
Rudolf Gielisch Oberbrücker Gärtnerhof
und Bettfedernfabrik, Neu Zedlitz

Buchhandlung Volkswacht

Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Befehlagnahme u. wieder freigegeben!

Friedrich Wendel:
Die Kirche in der Skizzen
gebunden 3.00
Zu beziehen durch die
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstraße 4/5 - Breslau - Neue Talstraße 11

Adamynil

bei Rheuma Nierenerleiden etc.
in den Apotheken erhältlich
Carl Adamy, Platz 3
(Möhren-Apothek)

Dr. med. Walter Krause

Facharzt für Knochen-Gelenkerkrankungen
und Rückgratverkrümmungen
(orthopädische Anstalt)
Jetzt Breslau, Salvatorplatz 5, pt.
Alle Krankenkassen! 1025

Verein-Vereine

Die Tagesordnung für unsere am 24. Mai fest-
stehende
ordentliche Generalversammlung
wird erweitert um:
Punkt 5: Wahlen zum Aufsichtsrat.
Breslau, den 2. Mai 1928. 549
Der Aufsichtsrat
Fritz Kenna, Vorsitzender.

Neu eingeführt!

Jungbier
beste Qualität, preiswert
abzugeben an Händler und Private
Brauerei „Goldener Hahn“
Krausstr. 65 - Telefon Ring 4087
Ab 17. Mai letzten 5-107.

Die Volksschule als Einheitschule

Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
aus an die Verlagsbuchhandlung Volkswacht
für die Redaktion verantwortlich: Wolf Aronow; für die Anzeigen: Max Lohse. - Redaktion: Gröndelplatz 3. - Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Jüml. in Breslau

Zur Klühhees

und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
kommen werden.

Verlag der Volkswacht

Zu der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Ber-
eitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

Kleine Anzeigen

Sind komplexe, genaue ein-
zelne Angelegenheiten von Ver-
tragsangelegenheiten u. a.
zur bes. Privat. Wer-
2 Wöchentlich 4-4 Wöchentlich
Verordnen - Wagen, gel-
erhalten, verfasst Beispiel.
Zentraler Straße 68, 2. Stg.
Fahrer, Karte, Motor, für
75 00 zu verkaufen, Gröndel-
straße 28 part. links.
2 gut erhaltene Fahrräder
mit Motor u. sehr schöne
Rahmenräder teilweise zu ver-
kaufen bei St. G. Gröndel-
straße 3, IV., nachm. 4-7.

Der „Waschteufel“ ist die Freude jeder Frau Wer ihn erst hat, der weiß das ganz genau!

Er ist deutsches Reichs-Patent
Diese Woche noch zum alten Preis. Sichern Sie
sich durch eine kleine Anzahlung während der Vorführung den
billigen Bezug. Der Verkauf der letzten Woche und die
ständig starke Nachfrage zeigt mir, daß der „Waschteufel“ immer
mehr Anhängerinnen in Breslau findet. Selbst die Ehemänner
sind begeistert, denn die Schnelligkeit und Leichtigkeit mit der
die Hausfrauen mit dem „Waschteufel“ die bisher so mühevollen
Arbeit des Waschens bewältigen können, sind Vorzüge, die selbst
dem Manne dadurch zugute kommen, daß die Frau am Abend des Waschlages in so rosigter Laune ist, als ob sie über-
haupt keine Wäsche gehabt hätte. Deshalb ihr Ehemänner Breslaus vergeßt den „Waschteufel“ nicht, er gehört
zum häuslichen Glück. - Des großen Erfolges wegen veranstalte ich nochmals 4 Tage ein
Probewaschen

in 2 Lokalen und zwar im: Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51 und „Zum Schultheiß“
Ohlauer Str. 43b (nch. d. früher. Bezirks-Kommando.) Dienstag, den 8. Mai, Mittwoch, den
9. Mai, Donnerstag, den 10. Mai, Freitag, den 11. Mai, täglich nachm. 3 u. 5 Uhr.
Für Berufstätige: **Abend-Sonder-Probewaschen** Donnerstag und Freitag, abends 8 Uhr, im
Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51 und Freitag, abends 8 Uhr im „Zum Schultheiß“, Ohlauerstr. 43b.
Zu allen Probewaschen bitte ich schmutzige Wäsche, auch Stärkewäsche, aber nur in trockenem Zustande, mitzu-
bringen. Jedermann ist freundlichst eingeladen.
Preis 16.00 Mk. Nur Besucher meiner Probewaschen erhalten **16.00 Mk.**
Ich halte meine Vorzüge vor Hausfrauen, die doch am besten wissen, welche Anstrengungen u. Umständlichkeiten eine große Wäsche
mit dem Waschbrett oder veralteten Waschapparaten u. Waschmaschinen verursacht. Keine Hausfrau veräumnst daher im weitesten
Interesse diese hochinteressanten Vorzüge, so zu besuchen. Jede Dame muß dieses kleine Wunder der Technik gesehen haben.
In kurzer Zeit wird mein „Waschteufel“ so populär sein, daß kein Haushalt mehr ohne denselben auskommen
kann. Jede Frau, die ihn gesehen hat, möchte ihn sofort besitzen. NB. Das Lob, das meine Kunden meinem „Waschteufel“
ausgesprochen, ist meine beste Reklame. Der „Waschteufel“ freut sich darüber! Der „Waschteufel“ wäscht
in 5 Minuten 4-5 komplette Schloß-anzüge oder 120-130 Stärkekragen oder 10-12 große Männerhemden ohne jede Anstrengung
Bestelle Apparate bitte infolge Überlastung möglichst sofort in
Eintritt frei! beiden Lokalen von nachmittags 3 Uhr an abholen zu wollen. **Eintritt frei!**
Dieses Inserat erscheint nur einmal! Markieren Sie sich die Vorführungstage!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Mai 1928.

Lesen! Denken! Handeln!

In einem Flugblatt mit dieser Ueberschrift wenden sich der Bund deutscher Bodenreformer, der Deutsche Bankbeamten-Verein, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, das Heimstättenamt der deutschen Beamtenchaft, der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder), der Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie, der Verband Breslauer Kleingartenvereine und die Siedlerverbände an die Wählererschaft und fordern sie auf, für eine gemeinsame Liste zur Stadtverordneten-Versammlung einzutreten, die unter dem Kennwort „Arbeit und Bodenreform“ eingereicht worden ist.

Es ist gut, daß diese Außenleiter ihr Flugblatt mit der Ermahnung „Lesen, denken und Handeln“ überschrieben haben, denn dadurch wird vielen Mitgliedern der an dieser Arbeitsgemeinschaft beteiligten Organisationen zum Bewußtsein kommen, daß es an der Zeit ist, diese Extraktanten der Organisationsführer, die einen eigenen Laden aufmachen wollen, einmal gehörig in die Schranken zu weisen.

Also, lesen wir! „Nur zu oft verhindern parteimäßige Bindungen dringende soziale Maßnahmen.“ „Die politischen Parteien haben ihr Aufgabengebiet in den großen gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder.“ „Die Stadtverordneten-Versammlungen jedoch sind nicht der Ort, politische Parteigegegensätze auszutragen, sie haben die Aufgabe, die städtischen Angelegenheiten sachlich und zweckmäßig zu fördern.“ „Die Breslauer Eingemeindung schafft die langersehnte Voraussetzung für die Gründung des Breslauer Wohnungswesens.“ „Die neue Stadtverordneten-Versammlung muß die Forderung erheben auf baldige Verabschiedung des preussischen Städtebaugesetzes und des Reichs-Bodenreformgesetzes. Ohne diese Gesetze ist großzügige städtische Wohnungspolitik unmöglich. Sonst wird trotz Eingemeindung die Zusammenballung der Menschen in kasernenmäßigen Wohntürmen nach Wiener Muster stattfinden.“ „Wir fordern die Niedrighaltung der Neubaumieten.“ „Dauergärten in größter Stadtnähe.“ „Der unverdienten Wertzuwachs am Boden muß im Interesse der Allgemeinheit steuerlich erfasst werden.“ „Gesunde städtische Steuerpolitik, die Verteuerung der Verkehrsmittel, der Gas-, Wasser-, Elektrizitätspreise und des Schulgeldes verhindert.“ Deshalb zur Stadtverordnetenwahl Liste „Arbeit und Bodenreform“ wählen!

Denken wir! Die Verfasser des Flugblattes haben es nicht getan, sonst hätte es ihnen sofort klar werden müssen, daß alles das, was ihnen angeblich am Herzen liegt, keine lokale Angelegenheit ist, sondern daß letzten Endes alles, aber auch alles von den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften in Reich und Ländern abhängt. Sind nicht Mietspreisgestaltung, Wohnungspolitik, Verabschiedung eines preussischen Städtebaugesetzes und eines Reichs-Bodenreformgesetzes im Sinne des schaffenden Volkes nur möglich, wenn die großen Parlamente nur aus schaffenden, sozial denkenden Menschen zusammengesetzt werden? Ist nicht jede Frage, auch die geringfügigste, die den einzelnen berührt und die jene Leute von der Liste „Arbeit und Bodenreform“ von einem besonderen Kirchturn beschauen zu können glauben, von der Zusammenfassung der großen Parlamente abhängig?

Handeln wir! Geben wir diesen Eigenbrötlern am 20. Mai die Antwort, die ihnen gebührt, ganz gleich, ob wir Mitglied bei Bodenreformern, Kleingärtnern, Kinderreichen, Siedlern oder sonstwo sind. Zeigen wir ihnen, daß wir nicht so dumm sind, wie sie uns einschätzen, indem sie uns die Wahl zu den großen Parlamenten freistellen, während sie für die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung ein zur Erfolglosigkeit verdammtes Chorado einzurichten empfehlen.

Jeder Proletarier, der in einem dieser Bünde und Vereine organisiert ist und erkannt hat, daß für ihn nur die Interessenvertretung durch die Sozialdemokraten im Reichs- und Landtag in Frage kommt, wählt selbstverständlich auch für die Stadtverordnetenversammlung nur Sozialdemokraten, denn es wäre ja paradox, wenn ein Wähler in den Reichstag einen Sozialdemokraten wählen würde, um für das Stadtparlament einen „unpolitischen“ Vereinsmeister zu wählen, der gesinnungsmäßig viel-

leicht ein Klassengegner sein kann. Letzten Endes ist doch auch die Breslauer Eingemeindung nicht das Werk der zurzeit in der Stadtverordnetenversammlung sitzenden zwei Bodenreformer und der zwei Arbeitnehmer, sondern der starken sozialdemokratischen Fraktion.

Den mandats-hungrigen Vereinschäufelungen muß in den Organisationen und auch bei der Wahl ordentlich eins ausgewischt und gezeigt werden, daß die Breslauer Proleten wünschen, überhaupt erst einmal nach Wiener Muster wohnen zu können. Unser Handeln wird die „Arbeit- und Bodenreform“-Kandidaten belehren, daß es ihnen nicht zusteht, von kasernenmäßigen Wohnräumen nach Wiener Muster zu sprechen; es wird ihnen zeigen, daß das schaffende Volk dieses Wiener Muster erst gern einmal in Breslau hätte, weshalb es für alle Parlamente Sozialdemokraten wählen wird, auch für die Stadtverordnetenversammlung!

Achtung! Achtung! Hier S.P.D.

Die Wahlrevue

„Soppla, wir wählen“

wird heut (Montag) abend von den Jungsozialisten im Gewerkschaftshause in einer öffentlichen Wählerversammlung mit Humor und Ernst aufgeführt. Wer den Bürgerblod in politisch-satirischer Darstellung noch nicht gesehen hat, den erwarten wir um 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses. — Eintritt nur 20 Pf. —

Erste Anfahrt des Deutschen Autoklubs. Schwarz-Rot-Gold an dreißig Automobilen.

Die schwarz-weiß-rote Front der Reaktion zerbröckelt immer mehr. Nun ist auch jener uneingeschränkte Hort der Reaktion, der normals Kaiserliche Automobilklub an der Reiche, von Republikanern zertrümmert zu werden. Nach der Revolution (trich er zwar das „Kaiserliche“ aus seinem Namen und entfernte es von seinem Wimpel, doch blieb in den Farben Schwarz-Weiß-Rot gehalten. Die Republikaner traten trotzdem nicht aus, denn einmal hofften sie auf Gesinnungsänderung und zweitens war kein Ersatz für wirtschaftlichen Förderung des Automobilwesens vorhanden. Inzwischen aber hat der Klub an die Stelle des einfachen Schwarz-Weiß-Rot die Kriegsfahne der Patentrollen gesetzt. Bald erschien darin auch der Höhenzollernadel wieder, und zuletzt hat man dem kaiserlichen Raubvogel auch wieder die Krone aufgesetzt. So schändet dieser Klub das Ansehen der Republik, wirkt überall, wo er auftritt, für die Reaktion und schändet bei seinen Auslandsfahrten durch seinen Wimpel auch das deutsche Ansehen im Auslande.

Da ist nun vor einiger Zeit in Berlin der Deutsche Autoklub gegründet worden, der vor reichlich vierzig Tagen auch in Breslau Fuß gefaßt hat. Für den gestrigen Sonntag rief er zu seiner ersten Werbefahrt auf, und siehe da, dreißig Fahrzeuge fuhrten vormittags 9 Uhr auf dem Ringe an, wo sie den schwarz-rot-goldenen Wimpel erhielten, soweit sie ihn nicht schon vorher hatten. Dann ging die Fahrt nach Süden, zur Stadt hinaus, in den lachenden Matentag. In der Kaiser-Wilhelm-Strasse hatte eine Abteilung des Reichsbanners zur Begrüßung der neuen republikanischen Organisation aufgestellt genommen und am Gasthaus zum „Wiesenthal“ hinter dem Südpark, konzertierten die dem Reichsbanner angehörenden Berufsmusiker. Unter den Klängen von „Freiheit, die ich meine“ fuhrten die Autos an. Während sie hielten, spielte die Musik feierlich das „Deutschland über alles“ des alten Freiheitskämpfers Hoffmann von Fallersleben, und bei der Abfahrt dröhnte es geatlig.

Pulver ist schwarz, Blut ist rot, Gelben fladert die Flamme!

Die Fahrt ging dann über Jobten nach Schweidnitz weiter. Hier hatte sich der Amtsvorsteher von Weisstein, Genosse Hertwig zum Empfange eingefunden. Er sprach seine Freude darüber aus, daß die erste Werbefahrt ins Waldenburger Berg-

land führe. Zu Schweidnitz sei es schon sehr nötig, die Farben der Republik zu zeigen, aber auch in den weiteren Dörfern, besonders in Bad Salzbrunn. Dem Genossen Hertwig dankte Reichsanwalt Richter. Er betonte, die Schwach müsse anführen, daß Deutsche den deutschen Farben die Achtung vertragen, sie zu haben und beschimpfen.

Hierauf Weiterfahrt über Waldenburg nach Bad Salzbrunn. Im feierlichen Aufzuge war das Automobil besetzt. Vielleicht zum ersten Male zierte eine schwarz-rot-goldene Fahne die Fassade des Hauses, an das einst Wilhelm zwei Waggonen ungebrauchte Klotz zum Einbau lieferte, damit er mit seinem Gefolge dort während des Kaisermandats ungenügend seine Notdurft verrichten konnte. Hier hielt Direktor Hirschberg eine Ansprache, in der er hoffte, daß zur nächsten Ausfahrt bereits die doppelte Anzahl von Breslauer Automobilisten im Zeichen Schwarz-Rot-Gold anrollen werden, und daß die Bewegung auch in ganz Schlesien bald ihre Wellen schlagen wird. Dr. Schreiner vom Vorstande in Berlin sagte, er hätte sich eine so herrliche erste Anfahrt in Breslau nicht träumen lassen. Am nächsten Tage aber hat die Motorboot-Abteilung des Bundes in Berlin die erste Haveseefahrt unternommen. Auch auf den deutschen Flüssen und Gewässern müsse den Farben des Reiches Geltung verschafft werden. Der Motorboot-Abteilung Berlin wurde zu ihrer ersten Fahrt ein Glühbirnenstrahlgerät gesandt.

Als man zur Weiterfahrt rüstete, wartete eben an der Hausfassade bereits ein Bedienter, wahrhaftig, um die Fahne wieder einzuziehen, sobald die Gäste abgefahren sein würden. Nun ging es weiter über Freiburg und Schweidnitz nach Graßau zur Vesperst. Hier standen zwei Autos von den „Kaiserlichen“ und ein kleiner Stahlhelmtroop tat sich wichtig. Als die schwarz-rot-goldenen Wimpel in immer größerer Zahl auftauchten, rief der Stahlhelmführer seinen Kameraden „die größte Ruhe“ zu bewahren. Ob er fürchtete, seine Kameraden würden austreten, wenn sie unruhig würden oder ob er sie vom Schiffe abhalten wollte, wissen wir nicht. Jedenfalls verzog sich der Stahlhelmt nach fortwärts. Nach kurzer Zeit erfolgte die Rückfahrt nach Breslau, wo man gegen 18 Uhr auf dem Ringe anlangte. Drei- und zwanzig Autos haben die ganze Fahrt mitgemacht, während die anderen wegen anderen Verpflichtungen schon am Vormittag in Jobten oder anderen Orten unangekehrt waren. Wo die schwarz-rot-goldenen Wimpel auftauchten, erregten sie Freude in der Bevölkerung.

Zu Pfingsten erfolgt in Görlitz ein Treffen der Ortsgruppen von Dresden, Leipzig und Breslau nebst anderen, die inzwischen entstehen werden. Für den Verfallungstag rückt man zu einer großen Sternfahrt aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin. In Breslau werden Anmeldungen zum Deutschen Autoklub Langegasse 22 angenommen.

Fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum.

Man übergibt uns folgendes Kündigungsschreiben, das Herr Ewald Ritter, Inhaber eines Klempner- und Bedachungsgeschäfts, Matthiasstraße 43, kürzlich einem alten Arbeiter schickte, der fünfzig Jahre bei dieser Firma tätig war: Breslau, den 18. April 1928.

Gehrierter Herr!

Ihre Kräfte haben nach dem bedauerlichen Unglücksfall, den Sie im vorigen Jahre erlitten haben, doch schon nachgelassen und ich würde Ihnen empfehlen, bei Ihrem vorgerückten Alter, wo jeder Beamte schon zehn Jahre den Ruhestand genießt, die Arbeit aufzugeben und künftige Ihnen hiermit. Ich bin leider nicht in der Lage, Ihnen ein Ruhegehalt auszusprechen, ich hoffe aber, daß Sie durch Ihre Rente vor der ärmlichen Not geschützt sind.

Bei dieser Gelegenheit danke ich Ihnen für die über 50jährige Tätigkeit, die Sie meinem Vater und mir geleistet haben, von Herzen. Möge Ihnen ein glücklicher Lebensabend beschieden sein.

Mit Gruß

Ihr gez. Ewald Ritter.

Ja, im kapitalistischen Zeitalter ist die Treue kein leerer Wahn. Wer fünfzig Jahre hindurch Vater und Sohn treu gedient hat, der darf sich schon zur Ruhe setzen. Der freundliche Unternehmer verabschiedet ihn zwar ohne Ruhegehalt, aber doch mit Dank und mit dem Wunsch, auf einen glücklichen Lebensabend. Daß das Herr Ewald Ritter tat, ist ja gewiß nicht gerade schön von ihm, aber andere Unternehmer machen es auch nicht besser.

Achtung, Augen rechts!

Die Revue der „Roten Blusen“ soll ebenfalls noch einmal im Zentral-Ballsaal gegeben werden. Hunderte unserer Parteifreunde und Anhänger mußte das letzte Mal, ohne in den Saal zu kommen, wieder umkehren. Es besteht in der Abteilung Mitakator daher der dringende Wunsch, die Revue der „Roten Blusen“ noch einmal aufzuführen. Sie kommt also

Dienstag, den 8. Mai, 20 Uhr,

im Zentral-Ballsaal noch einmal zur Auf-führung. Frühes Kommen sichert den Platz. Eintritt 10 Pf.

Theater und Kunst.

Lobe-Theater.

Spiel Albert und Elise Bassermann in „Der Diktator“ von Jules Romains.

Dies Stück ist kein politisches Stück. Die nachträgliche politische Aktualität, die es eine zeitlang hatte (nach merkte Sonnabend deutlich, daß es heute auch diese nicht mehr hat), ist eine durchaus falsche Aktualität, schließt eine völlige Verkennung des Stückes ein. Das Stück ist aber auch nicht, wie der Uebersetzer in seiner Vorbemerkung meint, ein Stück, in dem Weltanschauungen und Ordnungen der Dinge mit einander kämpfen. Denn das Thema des Stückes ist nicht der Kampf einer neuen herauskommenden Ordnung der Gesellschaft gegen die alte bestehende, sondern sachlich, was aber nur Beiwert ist, der Kampf zwischen zwei Auffassungen von revolutionärer Taktik und in der Hauptsache der Kampf zweier gegensätzlicher Charaktere und Persönlichkeiten, die ihrem Beruf und ihrer Neigung nach eben politische sind. Das Stück ist also ganz und gar ein Charakterdrama.

(Eine Zwischenbemerkung zur Aufklärung: Wenn wir richtig unterrichtet sind, so ist dies Stück nicht 1924 oder 1925, sondern bereits 1912 geschrieben. Es hat also mit den politischen Ereignissen der Nachkriegszeit (Mussolini, Primo de Rivera usw.), mit der Unirrdung der Parlamente einer Reihe von Staaten und der grundsätzlichen Befahrung der Diktatur eines Einzelnen als Staatsform gar nichts zu tun. Wenn das Stück durch reale politische Vorgänge angeregt sein sollte, so ist es das wahrheitsgemäß durch die Entwicklung Millerands und Briands von revolutionären Sozialisten zu (wenigstens damals) fortschrittlichen bürgerlichen Politikern in den Jahren 1900-1906. In den damaligen Ereignissen ging es tatsächlich sowohl sachlich als vor allem auch psychologisch um etwas, das dem, was in dem Stück vollzogen, sehr ähnlich ist. Wichtiges ist der Titel des Stückes: „Der Diktator“. Ein richtiger Diktator im dem Sinne, den man heute

mit dem Ausdruck verbindet, ist dieser Denis gar nicht. Er wird ja zur Diktatur nur getrieben, er erstrebt sie nicht. Außerdem ist es eine Diktatur, die uns heute recht embryonal vorkommt.)

Es kommt also in diesem Stück alles auf das psychologische Problem an, nicht aber darauf, ob Denis oder Jereol sachlich-politisch recht hat, wer von ihnen politisch richtig handelt. Der Verfasser ist denn auch bemüht, in dieser Hinsicht völlig unparteiisch zu sein. Die sachlichen Gründe für und wider sind so sorgfältig abgemogen, daß sachlich keiner recht behält. Auch machen offensichtlich beide Fehler: z. B. ist es auf Denis Seite unter sachlichen Gesichtspunkten sicherlich eine Untreue gegen seine Partei, daß er die Regierung auch gegen das Wortum seiner Partei übernimmt, obwohl es ihm nicht gelungen war, die Partei zu seiner Ansicht zu bekehren. Ein politischer Wahnlun ist es aber auch, daß Jereol noch in der gleichen Nacht die Revolution gegen den bisherigen Führer der eigenen Partei entfesselt, obwohl nichts dafür spricht (wenigstens gibt der Verfasser dafür keinen Anhaltspunkt), daß eine wirklich revolutionäre Situation gegeben ist, obwohl nicht die geringsten Aussichten auf Erfolg bestehen. Denis' entgegen-gesetzte Auffassung der Lage ist durchaus als die richtige voranzuzulehen. Ohne daß Denis auch nur einen Tag Zeit gelassen wird, zu arbeiten und zu zeigen, ob er in der Regierung etwas für die Arbeiterbewegung leisten kann, wird Jereol'stufen. Dadurch wird aber Denis förmlich in die Diktatur hineingezwungen. Diese sachlich-politischen Probleme werden also in dem Stück nicht ausgeglichen. Es wäre aber ganz falsch, dem Verfasser daraus einen Vorwurf zu machen. Denn diese Probleme sind gar nicht der Gegenstand der dichterischen Gestaltung. Sie geben die Folie für eine Charakterentfaltung, nichts weiter.

Als Charakterdrama fehlt dem Stück nun aber doch manches. Die Motivierung ist zwar sorgfältig und auch durchweg folgerichtig, aber es ist doch alles ein wenig ausgefüllt. Denis ist ein Mann mit unwüßlicher Schöpferkraft, den das Wirken, Gestalten, Neues Schaffen alles ist. In negativer Kritik kann er auf

die Dauer kein Genügen finden. Deshalb ergreift er die erste Gelegenheit, an die Macht zu gelangen, die sich bietet, um nun endlich positiv etwas Neues zu schaffen. Er ergreift diese Gelegenheit, trotzdem er sehr wohl fühlt, daß er dabei viel von dem aufgeben muß, was er bisher erstrebte. Dabei treiben ihn nicht Ehrgeiz, Ruhmsucht, Dürst nach gesellschaftlichem Ansehen und nach Reichtum, sondern ein echt künstlerischer Gestaltungstrieb. Gewiß ist auch das ein eigenständiger Trieb, aber alle unsere Triebe sind naturnotwendig eigenständig (auch der ganz entgegen-gesetzte Trieb, der Jereols Handeln bewegt). Denis folgt dem Geleht seines Wesens, einem Zwang seiner Natur zwar, aber seiner geistigen Natur. Dieser Trieb zum Schaffen ist bis oberste Geleht seines Wesens. Die Ideen, die Sache, für die er kämpft, sind letzten Endes nur Mittel zum Zweck, sind der Stoff, an dem sich seine Kraft äußert, sein Schaffensdrang auswirken kann. Erweist sich dieser Stoff als unbrauchbar dazu, so wird er weggeworfen. Gewiß nicht leichtem Herzens, nicht mit Bewußtsein und Mitleid, zumal hier die eigene Ueberzeugung, ja Gewissung der Stoff ist, aber im entscheidenden Augenblick doch ohne Zögern. Ueberhaupt vollzieht sich dieser Vorgang halb oder sogar überwiegend im Unbewußten, wie alle unsere entscheidenden seelischen Entwürfungen sich im Unbewußten vollziehen. Gewiß hängt Denis seiner Ueberzeugung ehrlich an, sie ist sehr wohl Herzenssache, aber diese seine Ueberzeugung war nicht das erste, ursprüngliche in ihm, sie wurde vom Geist später ergriffen, weil sie sich darbot und in ihrer Zukunftsträchtigkeit die beste Gelegenheit zum Reifehalten zu bieten schien. Die Ueberzeugung als solche ist nicht der letzte und tiefste Ausdruck seines Wesens, wie es bei einem Idemmenschen der Fall ist. Er ist ein Genie der Gestaltung, rüchichtslos, exzentrisch, voll Betrachtung für die Mitmenschen.

Ein Ideenmensch dagegen H. Jereol. Er ist infolge dessen zuerst und zuletzt auf die Reinerhaltung der Idee bedacht, ihm ist die Idee, das Programm alles, das Wirken um des Wirkens willen nichts. Er ist deshalb orthodox, dogmatisch, engstirnig, fanatisiert, gegenüber der starken Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse bei Denis (die übrigens das eigentliche Genie des politischen Politikers und Staatsmannes ausmacht) ganz unfähig

KIPKE-BIER seit 1844

Aus dem Orlauer Tor.

Im Stadthaus Folger, Wiener Straße, sprach ein Vortrag vor hiesigen hiesigen Genossen. Der Vortragende sprach über die Aufgabe des Arbeiters im Sozialismus. Er erwähnte die Aufgabe des Arbeiters im Sozialismus, die Aufgabe des Arbeiters im Sozialismus, die Aufgabe des Arbeiters im Sozialismus.

Die nächsten Vorträge des Referenten, die mit Sozialismus zusammenhängen, werden eine Anzahl ansehnlicher Aufsätze enthalten. Jedoch nicht gefordert zu haben, so daß sie über die Wirkung des Referenten demnach dem Saal verließen. Eine Diskussion fand daher nicht statt.

Mit dem Hinweis, die Parteiliste zu lesen, die Mitgliederliste bei der Partei zu erwerben und am Wahltage für die Wahl zu kommen, schloß Genosse Schramm die ruhig verlaufene Versammlung. Eine Zellerammlung erbrachte neue Mitglieder für den Wahlkampf.

Vom Lebensmittelmarkt.

Wahrscheinlich Spinat kam schon recht viel Spargel auf den Markt. Der Spinat wird jetzt zu 15 Pf. das Pfund verkauft. Für das Pfund Spargel werden 60 Pf. verlangt. Spargel kostet jetzt noch 40 Pf. bis 1.20 Pf., der beste Spargel bis 1.50 Pf. das Pfund. Sehr groß ist auch das Angebot an Ahabardern des Pfund zu 15 Pf. Auch Blattsalat kann man schon essen, denn es gab schon ganze Köpfe für 8 und 10 Pf. Für ein Viertel Pfund Suppenkräuter zahlt man 15 Pf., für ein Viertel Pfund Kapuziner und Brunnenkresse 25 Pf. Die Oberkräuter aus den warmen Ländern sind noch teuer; ein kleines Bündelchen muß man mindestens mit 50 Pf. bezahlen. In Blumenkohl war die Nachfrage in den letzten Tagen groß; eine mittlere Rose kostet 50 bis 60 Pf. Auch Kohlrabi sind in großen Mengen am Markt, das Bündchen kostet 20 und 25 Pf. Neben diesem jungen Gemüse kommt nun das alte nur wenig zur Geltung. Gehe Kohlrabi, die jetzt 10 und 15 Pf. das Pfund kosten, werden allerdings noch gern gekauft. Das Pfund Kartoffeln kostet 18 und 20 Pf., das Pfund Nierenkartoffeln 30 Pf. Junge Zwiebeln liegen auf 25 Pf. das Pfund. Ein Bündchen junge Zwiebeln kostet 10 Pf. Schnittlauch zieht man jetzt in Dosen; für eine Stunde, die immer wieder nachwächst, zahlt man 30 Pf. Grüne Petersilie oder Dill kostet 10 Pf. das Bündchen.

Ein Fischgericht kann man noch immer billig auf den Tisch bringen. Dorsch kostet 19 Pf., Seelachs und kleine Saiblinge 24 Pf., Kabeljau 27 Pf., Scheiße 40 Pf. und Goldbarsch 42 Pf. das Pfund. Der fertige Fadenschinken kostet zu 70 Pf. das Pfund verkauft. In lebenden Fischlingen sind die billigsten die Gieseln und Barben mit 20 Pf. das Pfund. Geladene Flussbarbe bei man zu 15 Pf. an. Die kleinen Weisfische kosten 30 und 40 Pf. das Pfund. Geladene Flussbarbe kosten 1 Mark und 1.10 Mark, geladene Karpfen wurden zu 80 und 90 Pf. das Pfund verkauft. Lebende Schleie und Aale sind sehr teuer. Lebende Aale gibt es zum Stückpreis von 10 bis 11 Mark. Preiswert sind immer die guten Käsewaren. In den Wildgeheften wurde noch viel Ziegen- und Fideleisch angeboten. Enten kostet 40 und 50 Pf., Fideleisch 60 Pf. das Pfund. Daraus gibt es zu einem Stückpreis von 60 Pf. bis 1 Mark; auch kosten sich sehr viel junge Hühner an zu 1 Mark und 1.10 Mark das Pfund. Die Preise in den Fleischereien veränderten sich nicht. In erheblichem Umfang werden auch hier Sonderpreise verlangt. Landbutter will im Preise nicht heruntergehen; sie kostet noch immer 1.90 und 2 Mark das Pfund. Für das Pfund keine Kaffeebohnen zahlt man 2.10 Mark. Eier haben Stückpreise von 9 und 10 Pf., ausgezucht kleine Hühner kostet 6 Pf., doch werden für Frischhühner noch 11 Pf. gefordert. Auch immer gibt es viel Apfelsinen. Röhrlinge Erdbeeren aus dem Treibhaus kosten 1 Mark das Viertel Pfund. Der erste blühende Flieder kam nun ebenfalls verpflanzt in die Stadt. Balkonpflanzen werden jetzt mehrheitlich verkauft.

zur Andeutung. Das aber hat nur Folge, daß er in der Regation, der Kritik hängen bleibt, unfähig zum positiven Aufbau, lediglich unzufrieden ist. Demnach ist es nicht zu verwundern, daß er eine Vorstellung von der konkreten Gestalt des zu Schaffenden zu machen. Er ist ein Genie des sozialen Kritikers. Er ist es so sehr, daß er nicht nur unfähig zum positiven Schaffen, sondern sogar im verhängnisvollen Winkel seiner Seele überhaupt ohne jede Lebensregung ist. Auch an seiner eigenen Lebensregung zweifelt er, weil ihm die höchste Vorbildungskraft des eigenen Geistes fehlt, die Denis hat (so sehr hat, daß er auch über Regeln des zu Schaffenden hinweggeht, weil das Bild des zu Schaffenden im Inneren seiner in seinen Worten zwingt). Gerade deshalb kommt Hercul nicht auf die Idee, das übersteigert seinen Genialismus bis zur Selbstverleugung.

Dies das Genie, der Mann des Stiles. Er ist sehr fein erachtet. Aber leider ohne die rechte Gesinnungsmacht ausgeführt. Das Werk ist eine rein intellektuelle Leistung. Es fehlt ihm Fleisch und Blut, Esprit und Kraft. Die Menschen bleiben Schömen. Es sind Menschen, wie sie sich ein geistig fernstehender Intellektueller an seinen Schreibtisch ausdenken vermag. Aber es fehlt die Lebensfülle, die Kenntnis der wirklichen Menschen. Außerdem wird die Sache nur geredet, sie ist aber nicht gestaltet. Zum Beispiel die entscheidenden Momente in der Szene Denis, die als im Unbewußten heranziehend gedacht werden, werden von Denis selbst erzählt. Im ersten Akt, als Denis von seiner Jugend erzählt, läßt sich das vielleicht nicht annehmen, hier ist es zur Exposition notwendig. Aber später nicht mehr. Da erzählt Denis Hercul im letzten Akt des Verlangens und Breiten davon, wie er in der Kritik des Kommissars gegen das Ausnahmestückchen der Gesellschaft infolge des Generalprinzips notwendig seine alten Pläne vorlegt. Aufgabe der Gegenwart zugehört, anstatt daß uns Denis gezeigt wird, wie er schließlich bis zu der Rolle im Kaiserreich gegen das heranziehende Chaos anknüpft, alles vorgehend, was vorher war und so kommen wir, nur dem Augenblicke hingewandt, infolge der jetzt dem Stück aus die rechte dramatische Spannung; es ist kein Zug darin, es wird furchtbar lang

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36 Telefon: Dble 5552

Achtung, Distriktsführer!
Erscheint heute im Parteisekretariat.
Abteilung Orlauer Tor, Donnerstag, den 17. Mai (Simmelfesttag), abends 6 Uhr, Propaganda-Vortrag über die Aufgaben der Partei. Die Teilnahme ist für alle Mitglieder der Partei und für alle Arbeiter der Stadt erwünscht. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten.

Sozialistische Turnordnung.
Abteilung Orlauer Tor, Donnerstag, den 17. Mai (Simmelfesttag), abends 6 Uhr, Propaganda-Vortrag über die Aufgaben der Partei. Die Teilnahme ist für alle Mitglieder der Partei und für alle Arbeiter der Stadt erwünscht. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten.

Freiwilliges Jugendvolk.
Abteilung Orlauer Tor, Donnerstag, den 17. Mai (Simmelfesttag), abends 6 Uhr, Propaganda-Vortrag über die Aufgaben der Partei. Die Teilnahme ist für alle Mitglieder der Partei und für alle Arbeiter der Stadt erwünscht. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten.

Wochenmittel der Arbeiterkinderfreunde.
Abteilung Orlauer Tor, Donnerstag, den 17. Mai (Simmelfesttag), abends 6 Uhr, Propaganda-Vortrag über die Aufgaben der Partei. Die Teilnahme ist für alle Mitglieder der Partei und für alle Arbeiter der Stadt erwünscht. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten. Die Rede wird von Genosse Schramm gehalten.

Opfer des Krieges und der Arbeit!
Die Hindenburg-Spende brachte auch nichts!
Was bringt Euch der neue Reichstag?
Darüber spricht Parteisekretär Genosse Krumm
Dienstag, den 8. Mai, 20 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Arbeitslosen!
Auf in die Kampfaktion!

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung hat Dienstag abend ihre Sitzung im Gewerkschaftshaus abgehalten. Die Sitzung wurde von Genosse Wilhelm Greifsch und seine Frau Marie, Giesingstraße 8. Die „Volkswacht“ ist seit Anfang der Ehe in der Familie, ebenso Gewerkschaft, Partei und Genossenschaft. Seit zu gleicher Zeit ist Frau Marie Greifsch bei der Firma Reichenhaus Fleischwurst 25 Jahre als Heimarbeiterin tätig. Wir wünschen dem Paare viel Glück.
Breslauer Volkshochschule. Die Studienfahrt nach Nürnberg, bei der die Dürer-Ausstellung, sowie die Ausstellung „Kunst und Gegenwart“ besucht werden und bei der außerdem Bamberg und München als Aufenthaltsorte

geredet, aber das Ganze schämt. Inwiefern erscheint dann auch zum Schluß die jährende Gewalttätigkeit Denis' nicht ausreichend motiviert. Noch schwerer fällt bleiben der König und die Königin, erklügelte Figuren, aber keine wirklichen Menschen. Endlich hatten den führenden Gestalten zwei individuelle Besonderheiten des französischen Berufsparlamentarier- und Berufspolitikers an. Die Gestalten erheben sich zu wenig ins allgemein Menschliche. Denis und Hercul vertreten einen Politiktropfen, der wenigstens heute nicht mehr existiert (wenn er je existierte), und daher fremd ist. Das Werk ist, bei allem Bestreben etwas allgemein Menschliches zu sagen, schließlich zu zeitgebunden und dazu noch an eine bereits vergangene Zeit. So war es auch kein Wunder, daß es in keiner Weise gänzlich.

Gruppe 4 (Mittwoch, 5 Uhr, rote Halle, Vorkonferenz. Alle Mitglieder sind eingeladen. Donnerstag, 6 Uhr, rote Halle, Vorkonferenz. Alle Mitglieder sind eingeladen. Freitag, 7 Uhr, rote Halle, Vorkonferenz. Alle Mitglieder sind eingeladen. Samstag, 8 Uhr, rote Halle, Vorkonferenz. Alle Mitglieder sind eingeladen. Sonntag, 9 Uhr, rote Halle, Vorkonferenz. Alle Mitglieder sind eingeladen.

Wöchentliche Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.
Unter dem Einfluß abnehmender Luftmassen herrscht über Mittel- und Ost-Europa ruhiges, leicht bewölkt. Die Temperaturen sind nach wie vor unregelmäßig. In der Nacht wird über dem Boden noch etwas unter dem Gefrierpunkt sinken, steigen tagsüber wieder bis 20 Grad an. Vom Sonntag ab gegenwärtig ein kräftiger Polarwind über Ostpreußen im Gange. Auf die Mittel- und Ost-Europa kann sich dieser Einbruch in den nächsten Tagen auswirken.
Wichtigste für das hiesige Flachland und die höchsten Mittelgebirge: Bei heutigem frühlichem Wunde zunächst noch heiter und trocken, nachmittags Regen mit heftigem Wind. Nächste Tage: heitere Erwärmung.
Wichtigste für die höchsten Mittelgebirge: Bei frühlichem Wunde zunächst noch heiter, milder.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.
Stadttheater. Heute Montag, Anfang 18 Uhr, gelangt als zweiter Abend im Ring der Abteilungen „Siegfried“ zur Aufführung. Montag, 20 Uhr, wird als 13. Abonnements-Vorstellung der Serie A Puccinis „Tosca“ gegeben.
Kammersaal. Heute Montag, Anfang 18 Uhr, gelangt als zweiter Abend im Ring der Abteilungen „Siegfried“ zur Aufführung. Montag, 20 Uhr, wird als 13. Abonnements-Vorstellung der Serie A Puccinis „Tosca“ gegeben.

Geschäftliches.
Dr. med. H. Schützler. Dr. med. H. Schützler führt dem Amt hochwertige Röhren an und bewahrt danach eine Röhrenreinigung und eine hervorragende Herstellungsart. Wir empfehlen auf die Besuche in dieser Nummer für die Stadt- und Provinz-Abonnenten. Wenn Sie diese Besuche in Ihren Interessen genehmigen, da Sie auf Wunsch von Dr. med. H. Schützler G. m. b. H., Berlin 28 30, umjunkt und portofrei eine aufladbare Zigarette und eine Probepackung dieses ausgezeichneten Mittels erhalten.

vorgelesen sind, findet unter Leitung von Kunsthistoriker Bernhard Stephan vom 2. bis 13. Juni statt. Diejenigen Volkshochschüler, die teilnehmen wollen, müssen sich umgehend bis spätestens Freitag, den 11. Mai, im Volkshochschulamt Mühlstraße 16, 2. Stock, schriftlich anmelden.
Eperanto-Kursus für Anfänger. Ein neuer Anfängerkursus wird am Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Gruppenlokal bei Rothe, „Obergarten“, Matthiasstraße 35, eröffnet. Interessenten können sich dabei bei Genossen Seidel melden. Teilnehmergebühr nur 2 Mark.
Schwerer Unfall eines Motorradfahrers. Als am Sonntag mittag in der Kaiser-Wilhelm-Straße, unweit der Einmündung der Linie 2, der Kassenhilfs Alfred Hoffmann aus Heidersdorf, Kreis Nimpsh, mit seinem Motorrad ein privates Krankenauto überfahren wollte, geriet er zwischen das Auto und einen ebenfalls kommenden Straßenbahnzug, stürzte und erlitt schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung. Mit dem Krankenauto wurde er in das Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft.

Wart mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

genügte in keiner Weise. Der König ist zwar letzten Endes ein schwacher Mann, aber bei aller Fronte seines Wesens doch ein nicht nur kluger, sondern auch sehr ernster Mann, kein Leichtfuß und bloß geistvoll plaudernder junger Mann aus vornehmen Hause, wie ihn Hans Frank spielte. So konnten eigentlich nur Richard Döda als Könige und Ernst Hettling als Graf Murray befriedigen. Von den Damen war Elisabeth Tuerchmann als Madoleine unzureichend, während Magda Simon die Jeanne Hercul ganz gut traf.

bleibt der Denis Albert Bassemanns. Wie nicht anders zu erwarten, eine imponierende Leistung, wenn diesmal auch ein klein wenig die Routine hindurchzupüren war. (Er hat den Denis in den letzten Monaten wohl zu oft gespielt.) Wunderbar war der Aufbau seiner Rolle. Lange hielt er sich sehr zurück, steigerte dann langsam die Eindringlichkeit seines Spiels, um erst in den großen entscheidenden Situationen ganz sich herauszugeben. Das war aber nicht nur ein kluges Haushalten mit seinen Mitteln, sondern gerade darin erschloß sich das Wesen dieses Denis. Erst als er auf ernstem Widerstand stieß, redete er sich empor, zeigte er seine ganze Kraft. Dieser Mann war ein Löwe, der lange geduldi an sich hält, behutend und vornehm weiterreitet, und zu einmal ein selbes drohendes Brüllen hören lassend, bis er anbringt und mit seinen gewaltigen Krallen zuschlägt. Wunderbar ferner: der Wechsel von echter Wärme und Herzlichkeit mit scharfer Härte gegenüber Hercul, das gutmütige von einem Ton leiser Verachtung begleitet, gleichzeitig das Händchen täuschende Trösten der Königin, die liebevolle, aber auch die geistige Enttäuschung spüren lassende Zurückhaltung gegenüber Madoleine und endlich das stille schmerzvolle Niederkämpfen der Enttäuschung und der Wut in sich über die Ausstoßung durch seine bisherigen Freunde.
Dem gegenüber blieb die Königin Elise Bassemanns bläß. U. Kr.

Gibt eure Anzeigen der Volkswacht.

Wahlkampf.

Verlorenes Spiel mit der Arbeitslosenversicherung.

Mit keinem Geleß wird im Wahlkampf von den Bürgerparteiern soviel grober Unfug getrieben wie mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Das Zentrum läßt, wenn es gut geht, jeden Tag zweimal in seinen Zeitungen der Industrievertreter mitteilen, daß die Sozialdemokratie im Grunde genommen an der Arbeitslosenversicherung, einer sozialpolitischen Glanzleistung, völlig unschuldig sei; denn das Gesetz sei von der Bürgerpartei und den Bürgerparteiern gemacht worden und nicht von der Sozialdemokratie. Was die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beigetragen habe, sei nicht nennenswert. Auf der anderen Seite erklären die Agrarier und Landwirte derselben Bürgerpartei, das Arbeitslosenversicherungsgesetz sei in seiner Auswirkung bereits Volkswirtschaft in Ruine getrieben und hat die Arbeitslosenversicherung in Ruine getrieben. Es zähle Faulheit und Lasterhaftigkeit, vor allem unter den Jugendlichen, und an diesen netten Früchten einer überspannten Sozialpolitik erkenne man die schädlichen Einflüsse der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

In dieser dummdreisten Hege gegen die Arbeitslosenversicherung hat dieser Tage ein Agrarier den Vogel abgeschossen, indem er im Organ des Brandenburgischen Landbundes (Nr. 16) sich zu folgenden Behauptungen verließ: „Eine Gruppe von Jugendlichen, die in der Altersgrenze ganz besonders der Erziehung und strengen Disziplin bedürftig sind, wird bei diesem Gesetz, mehr oder weniger nicht nur auf Kosten der verheirateten Bourgeoisie, sondern auch auf Kosten der Arbeitskollegen des sogenannten vierten Standes, eine Prämie für Faulheit, Bummel und Belästigung von Untugenden aller Art ausgezahlt, indem diese Jugendlichen an irgend einer Stelle Deutschlands sich die höchstmöglichen Lohnbedingungen aussuchen und dort vorübergehend in den Genuss dieser hohen Löhne kommen können, um nach Beendigung der Hauptarbeitsperiode in eine arme Gegend mit völlig veränderten Verhältnissen zurückzukehren und dort auf Grund ihres letzten Lohnverdienstes Arbeitslosenunterstützung zu bekommen, das heißt herumzubummeln, zu trinken, zu rauchen, sich mit den Mädchen herumzutreiben und hochaltes anderen Arbeitskollegen herumzumachen, von welcher Borneidlichkeit sie wären, daß sie arbeiten, während sie es doch ebenso gut haben könnten, wie man selber.“

Wir haben es hier mit einer geradezu gemeingefährlichen Aufpeitschung der Leidenschaften zu tun und zwar durch Leute, die von den wirklichen Verhältnissen und wirtschaftlichen Zusammenhängen absolut keine Ahnung haben. Die jungen Leute, an die der Artikelshreiber des Brandenburgischen Landbundes denkt, sind zum größten Teil Saisonarbeiter. Die Unterstützung, die die Jugendlichen unter ihnen in der Zeit der Arbeitslosigkeit bekommen, ist bestimmt nicht abnorm hoch, sie beträgt höchstens 50 Prozent ihres Lohnes, im Durchschnitt vielleicht 7 bis 8 Mark die Woche. Warum gehen denn diese jungen Leute in die Stadt? Weil sie auf dem Lande entweder keine Arbeit bekommen, oder hundertmal weniger verdienen. Sollen sie, wenn sie arbeitslos bleiben, in den Industriegebieten liegen bleiben und dort rumlungern? Ist es nicht besser, wenn sie nach Hause zu ihren Eltern oder Bekannten zurückkehren? Wenn sie ihre angeblich enorm hohe Unterstützung in der armen „Gegend“ verzehren, so wird das für die dortigen Geschäftsleute vielleicht ganz angenehm sein.

Der angebliche Mißbrauch mit der Arbeitslosenversicherung — darüber ist sich alle Welt im Klaren — ist nicht der wirkliche Grund der Landflucht. Was die Landflucht anbelangt, die zwangsweise Behinderung der Landflucht und die Schaffung eines geselligen widerstandslos auftretenden Arbeiterlagers — Unmöglichkeit, Sinnlosigkeit. Die Abwanderung der Jugendlichen gegen die wirtschaftliche Entwicklung wie der Mops gegen den Wind. Dürfen die Arbeitskräfte nicht ebenso in der Richtung zum höheren Lohn strömen, wie das Kapital in der Richtung zum höheren Gewinn? Nur wenn in Industriegebieten genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, werden die Arbeitskräfte dort hin vermittelt. Bezahlt die Landwirtschaft halbwegs menschenwürdige Löhne, dann bekommt sie auch Arbeitskräfte aus den arbeitslosen Saisonarbeitern, für die sie bekanntlich das Recht zur Abwanderung berufswahrender Arbeit nicht gibt. Aber freilich bei den Bankrotten der Landwirtschaft geht es genau so wie bei den Rheinrädern, die schon durch eine Ausperrung der Rheinflahrt zum Stillstand gekommen sind, weil sie sich nur durch Lohn- und Zinsrenten zu erhalten wollen. Soll sich die Volkswirtschaft von Bankrotten den Kurs vorzeichnen lassen, damit auch sie vor die Hunde geht?

Ein Standardwerk über die obligatorische Krankenversicherung ist jenseits vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht worden. Das Werk bringt eine vergleichende Darstellung der Gesetzgebung und Durchführungsergebnisse auf dem Gebiet der Krankenversicherung in den verschiedenen Ländern. Es behandelt insbesondere auf Grund der amtlichen Unterlagen der einzelnen Länder den Anwendungsbereich der Krankenversicherung, die Versicherungsleistungen, Einnahmenquellen und Finanzgebühren, Versicherungsträger, Streitverfahren, Rechtsverletzungen und Strafen, sowie die Krankenversicherung der Ausländer.

Die 7. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1925 hatte das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, die Entwicklung der Krankenversicherungsgesetzgebung und die Durchführungsergebnisse zur Darstellung zu bringen. Das vorliegende Werk stellt die Ausführung dieses Auftrages dar. Das Buch ist unentbehrlich für jeden an der Krankenversicherung und insbesondere an der Krankenversicherung und ihrer internationalen Ausbreitung interessierten Wissenschaftler, Wirtschafts- und Sozialpolitiker.

Schiedspruch für die brandenburgische Metallindustrie.

Der Lohnstreit für die Tariforte des Verbandes Brandenburgischer Metallindustrieller, der 16000 Arbeiter umfaßt und infolge eines ungenügenden Schiedspruchs zu einem Streik zu führen drohte, ist in neuen Verhandlungen durch einen für beide Parteien verbindlichen Schiedspruch beendet worden. Danach betragen die Löhne in der Sonderklasse 88,5 Pf., für den gelernten Arbeiter über 23 Jahre in den Tarifgruppen A 77, B 72, C 67,5 und D 66 Pf. Für die übrigen Arbeitnehmer erfolgt eine Erhöhung entsprechend der bisherigen Staffeln. Pro Arbeitstunde ist in der Sonderklasse nicht mehr als 8 Pf., in der Tarifgruppe A 7 Pf., B 7,5 Pf. und C und D 6 Pf. Erhöhung zu zahlen. Alle tariflichen und außertariflichen Zulagen bleiben bestehen. Für die Entlohnung der Lehrlinge werden neue Richtlinien eingeführt, ebenso soll eine Gruppe angelernter Arbeiterinnen geschaffen werden.

Für die Niederlausitzer Metallindustrie, die etwa 10000 Arbeiter beschäftigt, wurde ebenfalls ein für beide Parteien verbindlicher Schiedspruch gefällt. Er erhöht die Löhne in der Klasse I von 66,5 auf 75 Pf., in II von 60 auf 67,5 Pf. Die Gehaltsklassen II bis IV werden verbessert. Die Arbeiter erhalten pro Stunde in der Klasse I nicht mehr als 8,5 Pf., in II 7,5 Pf. Erhöhung. Die bisherigen Zulagen bleiben. Die Zulage der Gleitfähigkeitsarbeiter steigt von 3 auf 5 Prozent. Für Klempner, Kupferbeschmied und Inpalsarbeiter wurde ein Spitzenlohn von 1,12 für Elektromonteur ein solcher von 1,0 Pf. festgesetzt. Auch hier wird eine Gruppe angelernter Arbeiterinnen geschaffen.

Entlassungen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau?

Der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau kündigt für den 15. Mai zahlreiche Arbeiterentlassungen an. Insgesamt sollen einige tausend Bergknappen davon betroffen werden. Im einzelnen nehmen folgende Werke Entlassungen vor: Schamotz 30 Mann, Krüger 50 Mann, Hannover 150 Mann, Hugo II 40 Mann, Schlägel und Eisen I bis VI 120 Mann. Dazu kommen sehr wahrscheinlich noch Entlassungen auf den Stimmesecken.

Die Abkündigung der Ruhrgebietsarbeiter diese Entlassungen nicht. Sie hat sich im großen und ganzen gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert und dürfte sehr wahrscheinlich beeinflusst werden. Wenn man trotzdem in dem sozialistischen Kreis Bergarbeiter entläßt, will man anscheinend die Bergarbeiter gegen die Gewerkschaften aufheben und die Wahlen, die 5 Tage nach dem angekündigten Entlassungstermin, dem 15. Mai, stattfinden, beeinflussen. Das Vorgehen zeigt wieder einmal die ganze Brutalität der Kohlenbarone. Die Bergknappen müssen aus diesem Verhalten den richtigen Schluß ziehen und am 20. Mai die Sozialdemokratie wählen. Sie hat gegen die Willkür der Unternehmer immer ihren Mann gestanden und wird ihren Mann auch weiterhin stehen.

Zur Förderung der Arbeitsaufnahme älterer Angestellter

hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Gewährung von Zuschüssen zur Vorleistung beim Arbeitgeber aus Mitteln der Reichsanstalt, ferner die Gewährung von Mitteln zum Abschluß einer Personalarbeitsversicherung und schließlich in gewissen Einzelfällen die Gewährung von Darlehen zur Befreiung des Lebensunterhaltes bis zur ersten Gehaltszahlung gestattet. Diese Maßnahmen finden gegebenenfalls auch für ältere Arbeitnehmer außerhalb

der Angestelltenberufe Anwendung. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann die genannten Leistungen an den Arbeitslosen wiederholt gewähren.

Der Ausbau der Angestelltenvermittlung soll planmäßig vorgenommen werden, vor allem durch Bildung von Angestelltenabteilungen bei den Landesarbeitsämtern und größeren Arbeitsämtern. Weiter werden Maßnahmen getroffen, die der beruflichen Fortbildung und Umichtung dienen. Schließlich will man zusammen mit der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen die Existenzgrundlage fördern. Bei Personalbedarf der Behörden müssen in erster Linie ältere Angestellte, bei Postarbeitsstellen vor allem ältere Arbeiter berücksichtigt werden.

Der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen hat der Reichsarbeitsminister zur Gewährung von Darlehen an ältere Angestellte einen größeren Beitrag zur Verfügung gestellt. Berücksichtigt werden dabei in erster Linie langjährig arbeitende Angestellte, um deren Unterbringung sich das Arbeitsamt vergeblich bemüht hat. Die Aufsicht über die Durchführung der Maßnahmen ist der Reichsanstalt übertragen. Die Mittel sind an die bei den Landeswohlfahrtsämtern gebildeten Landesstellen der Kreditgemeinschaft zu richten.

Sie wollen ernten, wo sie nicht gesät.

Vor dem Arbeitsgericht in Köln klagte ein unorganisiertes Tapetenarbeiter auf einen Lohn von 295 Mark, den er im Verhältnis zum Tariflohn zu wenig erhalten habe. Die Klage wurde abgewiesen, da die rheinische Tapetenfabrik nachweislich, daß sie mit unorganisierten Arbeitern Sonderverträge abgeschlossen hat. Im Urteil wurde betont, es gehe nicht an, den unorganisierten Tariflöhne zu zahlen, wenn sie vorher ihr Einverständnis, zu niedrigeren Sonderlöhnen zu arbeiten, erklärt hätten. — Erst erklärt man sich bereit, zu untertariflichen Löhnen zu arbeiten und fällt damit den Gewerkschaften in den Rücken und dann fordert man die von den Organisierten erkämpften tariflichen Löhne.

Streit-Ende in Frankfurt und Offenbach.

In dem Lohnstreit beim Rhein-Mainischen Bezirksarbeitsgerberverband der Gemeinden und Kommunalverbände ist auf Grund der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Vergleich unter den Parteien zustande gekommen. Die Lohnregelung ist in Angelegenheit an den vorliegenden Schiedspruch für die Gemeindearbeiter erfolgt. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt.

Wohnungsnot und Sozialdemokratie.

Um ein einheitliches Wohnungsbauprogramm in Deutschland.

Die furchtbare Wohnungsnot der breiten Massen ist nicht ausschließlich Kriegs- und Nachkriegsercheinung. Schon vor dem Krieg war es den besitzenden Schichten völlig gleichgültig, wo und wie das Heer der Industrie- und Dienstleistungsarbeiter wohnte. Die private Bauwirtschaft hatte weder Lust noch Neigung, den Proletariatsmenschenwürdige Wohnungen zu schaffen, und konnte es nicht auch nicht, weil das Baugeschäft in erster Linie auf die Erzielung von möglichst hohen Profiten eingestellt war. Die industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt deshalb in allen Ländern das gemeinsame Bild der großen städtischen Mietskasernen und eines ungeheuren Wohnungsnotstands mit seinen bedenklichen sozialen und sittlichen Begleiterscheinungen. Der Krieg und die Inflation hat die Wohnungsnot ins Unerträgliche gesteigert. Alle europäischen Länder haben seit dem Krieg ihr Wohnungsproblem, und alle Länder haben sich gezwungen, um die Not zu überwinden, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Aber nur in den Ländern, wo die werktätigen Massen Einfluss auf die Regierung haben, ist es gelungen, der Wohnungsnot ernstlich zu Leibe zu gehen. Dort nur war es möglich, eine zielbewusste, von sozialen Gesichtspunkten geleitete planmäßige Wohnungswirtschaft zu betreiben. Am besten zeigt das die Wohnungswirtschaft der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung Wien. Sie hat aus Mitteln der kommunalen Wohnungsbauabgaben in den letzten drei Jahren bereits 30 000 vorbildliche Kleinwohnungen errichtet und vermietet diese Wohnungen auch so billig, daß die breiten Massen den Mickus aufbringen können. Auch in Holland und Belgien hat man durch staatliche Zuschüsse den Bau von Kleinwohnungen in großzügiger Weise eingeleitet. Besonders viel ist für den Kleinwohnungsbau in Belgien getan worden. Die starke Sozialistische Arbeiterpartei in Belgien brachte es fertig, daß eine vollkommen zentralisierte Wohnungswirtschaft die zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel ausschließlich zur Herstellung von Arbeiterwohnungen verwendet. Auch in England, dem Mutterland des Wirtschaftsliberalismus und der Privatwirtschaft, wird mit Staatszuschüssen gebaut. Die Regierung des Sozialisten MacDonald setzte es durch, daß der Staat für den Bau jeder Wohnung 150 Mark zuzuschießt. Zuschüsse erhalten jedoch nur Arbeiter-Kleinwohnungen. Auf Grund des Gesetzes, das England der MacDonald-Regierung verbannt, sind in England seit 1924 nicht weniger als 200 000 Häuser mit Arbeiterwohnungen gebaut worden. Die öffentliche Hand ist also in England in viel größerem Maße am Baumarkt tätig als in Deutschland.

Viele Beispiele zeigen klar und deutlich, welchen Einfluss die politische Machtverteilung auf die Wohnungswirtschaft hat, und welche große Bedeutung einer starken Sozialdemokratie für die Überwindung der Wohnungsnot zukommt. Auch in Deutschland hat die Sozialdemokratie in einzelnen Ländern und Kommunen gute Ansätze für einen planmäßigen Kleinwohnungsbau geschaffen. Das Gesamtergebnis ist aber völlig unbefriedigend, weil die Politik der Reichsparteien diese Arbeit der Sozialdemokratie immer wieder sabotierte. Während in den deutschen Großstädten die Kleinwohnungen mit einem bis drei Räumen mehr als die Hälfte aller Wohnungen ausmachen, sind sie an den neuen Wohnungen, die in den Jahren 1925 bis 1927 erstellt worden sind, nur mit einem Viertel beteiligt. Es herrscht unüberwindliche Neigung vor, den Bau der Arbeiter-Kleinwohnungen zu vernachlässigen und den Bau der schädlichen Mietskasernen zu fördern. In den deutschen Großstädten besitzen 10 Prozent aller Familien keine eigene Wohnung. Wir haben sogar Wohnungen, in denen drei bis vier Familien unterkommen müssen. Die Hälfte aller Familien, die gegenwärtig in Deutschland gegründet werden, muß auf eigene Wohnung verzichten, weil diese nicht vorhanden oder für die jungen Eheleute zu teuer ist. Insgesamt dürften in Deutschland zurzeit 750 000 Wohnungen fehlen. Dazu kommt ein jährlicher Neubedarf an Kleinwohnungen in Höhe von 125 000 bis 150 000. Soll diese furchtbare Wohnungsnot in den nächsten fünf Jahren beseitigt werden — und sie muß beseitigt werden —, so müssen wir jährlich mindestens 250 000 Kleinwohnungen bauen.

Mit vollem Recht fordert deshalb die deutsche Sozialdemokratie, daß die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stehenden Gelder — so lange ausschließlich für den Kleinwohnungsbau verwendet werden, bis der dringende Bedarf gedeckt ist. Nur wenn das geschieht, können wir in Deutschland Wohnungen bauen, deren Miete die breite Masse auch bezahlen kann. Der Plan der Hausbesitzer und des privaten Bankkapitals, die Mieter in Deutschland weiter zu steigern, muß deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden. Heute hat der gelernte Arbeiter einen Wochenverdienst von ungefähr 50 Mark. Wenn der Arbeiter davon pro Monat eine Miete von 80 bis 25 Mark zahlt, ist das das Höchste, was er leisten kann. Dieser Auffassung ist auch das Reichsarbeitsamt, das bei Errechnung des Steuerungsindex die Ausgaben für Miete mit 15 Prozent des Nettoverdienstes einrechnet. Um eine Steigerung der Mieten zu

verhindern, muß vor allem die von der Reichsbank und von den Reichsparteien in Deutschland auferlegte Sperre für Auslands-Baukredite beseitigt werden. Durch diese Sperre treibt man die Hypothekenzinsen in die Höhe und verteuert die Mieten. Notwendig ist auch eine Verbilligung der Baustoffe. Die Preise der Baustoffe werden heute von den Produzenten überhöht hoch gehalten. Eine Verbilligung ist möglich durch Kontrolle der Baustoffwirtschaft, insbesondere durch Betätigung der öffentlichen Hand in den Baustoffindustrien. Sie muß die immer mehr wachsenden Regiebauten und die genossenschaftliche Bauweise in Zukunft ergötzen. Wir haben in Deutschland jeden Stoff, der zum Bauen von Häusern notwendig ist. Schalten wir den verteuerten Einfluß der privaten Wirtschaft auf dem Bau- und Wohnungsmarkt aus, so wird es gelingen, billige Wohnungen zu bauen. Voraussetzung dafür ist aber eine starke Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien, die immer wieder den Wohnungsbau in Deutschland sabotieren, berufen sich darauf, daß nur das private Baukapital den Bau- und Wohnungsmarkt wieder in Ordnung bringen könnte. Was das private Baukapital leisten kann, haben wir im vorigen Jahre gesehen. Die ganzen privaten Bauten waren unsolid finanziert. Die Tätigkeit des privaten Kapitals führte deshalb auf dem Baumarkt zu einem Rückschlag, der auch jetzt noch nicht überwunden ist. Das private Kapital kann wohl Profite machen, aber nicht die Wohnungsnot überwinden. Nur die öffentliche Hand ist in der Lage, diese Aufgabe zu lösen. Die Voraussetzung dafür schaffen wir, indem wir dafür sorgen, daß am 20. Mai die Sozialdemokratie gestärkt in den Reichstag einzieht.

Die Ausstellung in Wosen.

In Wosen wurde am 29. April die 8. Ausstellung eröffnet, die als eine internationale angesehen wird, weil auch Firmen aus der Türkei, Frankreich und dem Balkan ihre Waren gestellt haben. Insgesamt werden 150 Warengattungen ausgestellt und 55 davon sollen den internationalen Charakter tragen, was aber nicht bedeutet, daß sie durch ausländische Firmen direkt ausgestellt werden.

Die Wosener Messen werden immer mehr ausgebaut. Gegenwärtig wurde eine neue Zentralthalle fertiggestellt, die einen Flächenraum von 7500 Quadratmeter einnimmt. Gerade in dieser Zentralthalle wurde das meiste untergebracht, obwohl der gesamte Flächenraum der 8. Ausstellung in Wosen 42 000 Quadratmeter beträgt. Die schlesische Industrie und Handel sind dort auch vertreten, sowohl Rohstoffe als auch die Hülsenprodukte. Auch die belgische Tuch- und Leinwandindustrie ist zahlreich vertreten.

Von polnischer Seite bemüht man sich, der Wosener Ausstellung einen internationalen Charakter zu verleihen. An diese ausländische Handelskammern wurden Einladungen versandt. Aber wenn ausländische Firmen ihre Waren ausstellen, so tun sie das nicht der Ausstellung wegen, sondern, wenn sie auf einen größeren Absatz rechnen können. Die Möglichkeit eines größeren Absatzes in Wosen ist sehr, aber auch sehr beschränkt. Wosen hat unglaublich hohe Zölle, die jede Wareneinfuhr so gut wie unmöglich machen. Neben den hohen Zöllen sind noch hunderte andere Einschränkungen, wie beispielsweise die Reglementation, die als eine Art Einfuhrverbot anzusehen ist.

Der sozialdemokratische Kattowitzer „Volkswille“ montiert im Anschluß an eine kritische Messeberichterstattung das Fehlen jeglicher Handelsverträge mit Deutschland, Rußland und Litauen und bemerkt, daß sich bei derartig gespannten, wie zurzeit bestehenden Wirtschaftsverhältnissen, die Handelsfirmen dieser drei Länder kaum zur Befähigung von Ausstellungen in Wosen versehen dürften. Solange mit Deutschland, Rußland und Litauen nicht ernsthaft eine Aenderung des Wirtschaftsverhältnisses in positivem Sinne angestrebt werde, können alle polnischen Messen in Wosen, Kattowitz oder Wosen über den Charakter solcher Veranstaltungen nicht hinaus kommen.

Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Jülich, eine der wichtigsten Dachgesellschaften der Elektrizitätsindustrie, die viele Beziehungen nach Deutschland unterhält, legt ihre Dividende auf 10 Prozent fest. Annehmend will das Unternehmen den Kreis seiner Beteiligung stark ausbauen, denn es schlägt abermals eine Kapitalerhöhung um 10 auf 60 Millionen Schweizer Franc vor, nachdem es bereits im Herbst 1926 ein Kapital von 40 auf 50 Millionen Franc erhöht.

Die Moorbrände in Holland

machen sich zu einer immer größeren Katastrophe aus. Zahlreiche Dörfer in der bedrohten Provinz Drente sind von den Bewohnern im letzten Augenblick fluchtartig verlassen worden. In den Ortschaften Plaziehaveen, Erf-Scheiderveen und Dedor sind bereits zahlreiche Häuser abgebrannt. In Erf-Scheiderveen wurden mehrere Schulgebäude vom Feuer zerstört. Starke Wirbelwinde tragen den Brand auf andere Moorstrecken über. Fünf Arbeiter werden vermisst. Man nimmt an, daß sie auf der Flucht umgekommen sind. Die gebliebenen Einwohner haben ihren Hausrat zum Teil im Sande vergraben. Die Flucht mit den vollgepackten Karren und Wagen wurde zu einer wahren Schreckensfahrt. Stundenlang ging der Weg durch dichten Qualm, der das Sehen und Atmen zur Qual machte. Die Klammern lodern stellenweise bis zu zwanzig Metern empor. Die über dem Brandgebiet lagernden Rauchmassen verfinstern die Sonne und machen den Tag zur Nacht, nur der Flammenschein der brennenden Moore erhellt die Gegend.

Bombenattentat in Sofia.

Sonntag morgen 2,45 Uhr wurde in Sofia auf das siebenstöckige Gebäude der Targowiska-Bank ein Bombenattentat verübt. Zwei Unbekannte legten vor der Bank eine Höllenmaschine mit Paroxilin nieder und enteilten. Unmittelbar darauf erfolgte eine starke Explosion, durch welche der Eingang stark beschädigt und sämtliche Fensterscheiben des Hauses auf dem Platz und den zu dem Platz führenden Straßen zertrümmert wurden, darunter auch ein Fenster der gegenüber liegenden rumänischen Gesandtschaft. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Attentäter und die Motive sind bisher unbekannt. Der Direktor der Bank glaubt, daß es sich um einen Racheakt gegen die Bank handelt. Die Art der Ausführung des Verbrechens läßt darauf schließen, daß es lediglich eine Demonstration sein sollte. Die Attentäter wählten eine Stunde, die Menschenopfer nach Möglichkeit vermied, zumal auch der rumänische Gesandte sich mit seiner Familie außerhalb Sofias befindet. Eine andere Vermutung belagt, daß das Attentat aus Rache darüber erfolgte, daß sich die finanziellen Hintermänner der Targowiska-Bank, wozu auch Minister Buruff gehört, mit nur geringen Summen an der Hilfe für die Erdbeben-Geschädigten beteiligt haben. Politische Gründe für das Attentat sind kaum vorhanden.

Zwölf Matrosen umgekommen.

Das englische Proviantschiff „Bachus“, das im Kermekanal den griechischen Dampfer „Johannis Fafalios“ rampte, ist in Portland eingetroffen. Zehn Matrosen des griechischen Schiffes sind bei dem Zusammenstoß ertrunken. Zwei gerettete Schwerverletzte sind an Bord des „Bachus“ gestorben, so daß sich die Zahl der Opfer auf zwölf erhöht.

Opfer des Militarismus.

Auf der Straße nach Sabat (Marokko) explodierte auf einem Militärauto eine zentnerschwere Last von Pulver und Dynamit. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. Der Chauffeur, vier Begleitpersonen und drei vorübergehende Einwohner wurden auf der Stelle getötet.

Dammbruch in Südkarolina.

Der Fluß South Saluda durchbrach bei Green Bille (Südkarolina) den ersten von sieben großen Staudämmen seines Laufes. Der Dammbruch wurde rechtzeitig bemerkt, jedoch die mehrere tausend Personen zählende Bevölkerung des Saludatales sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Der gebirgige Damm hat eine Tiefe von 788 Fuß und eine Höhe von 140 Fuß. Es wird befürchtet, daß weitere Dämme talabwärts unter dem Wasserdruck bersten werden und eine gewaltige Flutwelle das ganze Tal überschwemmen wird.

Ein schweres Bergwerksunglück.

hat sich bei Johannesburg (Südafrika) ereignet. In einem Bergwerk der Ostrandminen stürzte ein Förderkorb in die Tiefe. Dreizehn Eingeborene wurden getötet, fünf schwer verletzt.

Eine Reichsbankfiliale überfallen.

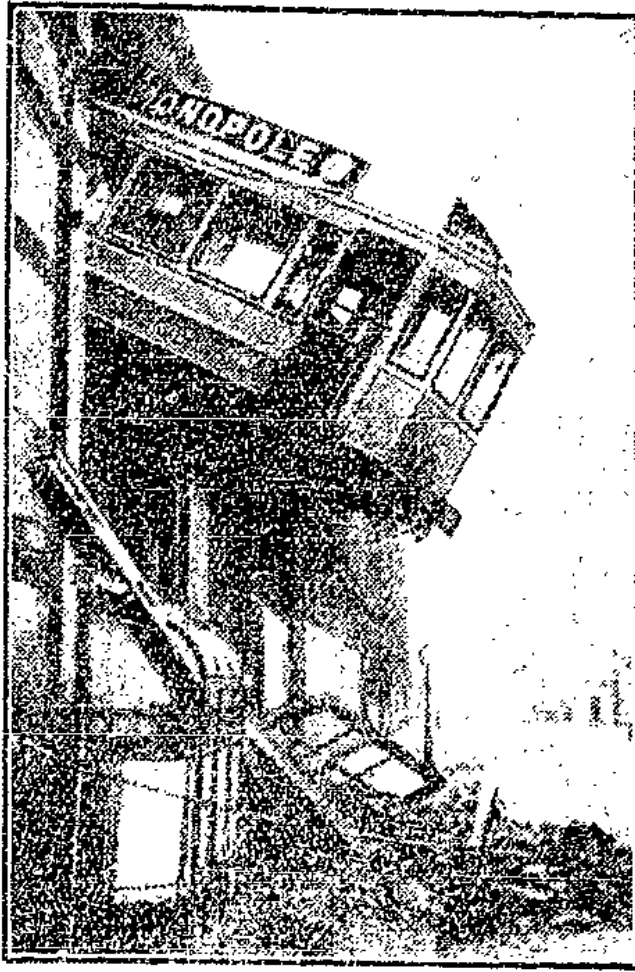
Ein verwegener Raubüberfall wurde am Sonnabend mittag, gegen 1 Uhr, von mehreren maskierten Banditen, die in einem Automobil vorgefahren waren, auf die Reichsbank-Nebenstelle in Gladbeck ausgeführt. Zwei der Banditen eilten in den Kassenraum und zwangen die dort beschäftigten Beamten mit vorgehaltenen Revolvern, die Hände hoch zu nehmen, einer packte dann alles erreichbare Geld. Wenige Minuten darauf waren die Verbrecher verschwunden. Als der Fuhrunternehmer Stegermann den Chauffeur des Banditenautos festzuhalten versuchte, gab einer der Verbrecher einen Schuß ab, der aber fehlging. Die Höhe der geraubten Summe steht noch nicht fest.

Die Eltern und sieben Geschwister getötet

In Newyork hat der siebzehnjährige Farmersohn Owen Oberst seine Eltern und seine sieben Geschwister in einem Wahnsinnsanfall ermordet.

Ein Warenhaus am Potsdamer Platz.

In Kürze wird die neugegründete Aktiengesellschaft Galeries Lafayette am Potsdamer Platz in Berlin auf den Grundstücken Friedrich-Ebert-Straße 11/12 mit dem Bau eines neuen Warenhauses beginnen, das nach modernsten architektonischen Grundrissen errichtet werden soll. Damit beginnt gleichzeitig die seit langem geplante Umgestaltung des Potsdamer Platzes zu einem höchst aktionsfähigen Verkehrs- und Geschäftszentrum. Es besteht der Plan, einzelne hervorragende Ecken des Potsdamer Platzes abzuschneiden, um so den notwendigen Raum für einen absoluten Kreisverkehr zu beschaffen. Der Bau des Warenhauses ist dem Berliner Architekten Erich Mendelsohn übertragen worden. Die Baupläne werden den in Betracht kommenden Instanzen demnächst zur Genehmigung vorgelegt werden. Mit der Niederlegung der beiden alten Häuser, an deren Stelle das Warenhaus errichtet werden soll, dürfte bereits in zehn bis vierzehn Tagen begonnen werden. Die Aktienmehrheit der Galeries Lafayette A.-G. befindet sich zu 80 Prozent in deutschen Händen.



Schwere Ueberschwemmungskatastrophe in Norwegen.

Eine 10 000 Kubikmeter Holzlawine. Die Ueberschwemmung in Norwegen nimmt ernstere Formen an. Wie aus Eberum gemeldet wird, ist ein gewaltiger aus Eishollen und Treibholz bestehender Staumass von einem Kilometer Länge ins Treiben geraten. Etwa 10 000 Kubikmeter Balken werden vom Wasser mit rasender Geschwindigkeit stromabwärts getrieben. In wenigen Augenblicken wurden mehrere Gebäude von den Fluten überschwemmt und niedergebissen. Viele Höfe stehen unter Wasser und sind mit zehn Meter hohen Eishöfen bedeckt. Die Balken und Eismassen reißen auf ihrem Wege Brücken ein und haben Eisenbahnhütten zerstört. Die Wasser des Glemmen steigen von Stunde zu Stunde. Bei Roppang hat sich eine Eiskarriere gebildet, die die umliegenden Höfe aufs äußerste gefährdet.

Wieder Erdstöße in Korinth.

In Korinth wurden am Sonntag wieder vier neue schwere Erdstöße verspürt.

Tödlicher Absturz eines Fallschirmspringers.

Am Flugsonntag in Neuenburg stürzte der Basler Fallschirmspringer Buser, da sich sein Fallschirm nicht öffnete, aus 450 Meter Höhe tödlich ab.

Ein geheimnisvolles Verbrechen.

Auf der Bonner Chauffee in Köln hat sich am Sonnabend abend ein geheimnisvolles Verbrechen abgepielt. Aus einem über die Chauffee rotierenden Auto mit abgedunkeltem Nummernschild fiel ein zwanzigjähriges Mädchen heraus, das an den erlittenen Verletzungen bald darauf starb. Von dem Auto fehlt jede Spur.

Großfeuer in einem mecklenburgischen Dorf.

Durch ein Großfeuer wurden am Freitag nachmittag im mecklenburgischen Dorf Minzow drei umfangreiche Wirtschaftsgebäude und mehrere Stallungen in Asche gelegt. Große Futter- und Ernteporräume sind mit vernichtet. Außerdem kamen mehrere Stück Jungvieh in den Flammen um. Zwei Arbeiter wurden bei den Rettungsarbeiten schwer an den Händen und im Gesicht verletzt. Die Entstehungsurache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Ein Motorradunglück.

Am Sonnabend abend stießen in der Kurve bei Jägerhaus zwei Motorradfahrer in voller Fahrt zusammen. Der Fahrer des einen Rades war ein Schupobeamter aus Dortmund und. Beide Fahrer blieben schwer verletzt liegen und wurden nach dem Krankenhaus geschafft. Der eine ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

Wassenschiff bei einem Straßenrennen.

Am Sonntag wurde ein Straßenrennen auf der Straße Bochum-Münster-Bochum ausgetragen. Als die Spitze in schneller Fahrt die kleine Ortschaft Meddenbeck passierte, ereignete sich in der Nähe der Schule ein Mautentzug, der dadurch hervorgerufen wurde, daß ein Mädchen die Straße noch überqueren wollte. Hierbei stießen zehn Fahrer zusammen. Vier davon kürzten so unglücklich, daß sie die Weiterfahrt aufgeben mußten.

Großer Waldbrand im Kreise Ahaus.

Am Freitag nachmittag brach in Hed im Kreise Münster ein Waldbrand aus, der bedeutende Holzbestände der Schepinger Kirche gemeinde und des Freiherrn von Der vernichtete. Die gewaltige Rauchentwicklung und die teilweise 25 Meter hoch schlagenden Flammen machten die Bekämpfung des Feuers sehr schwierig, doch gelang es nach einstündigem angestrengten Arbeiten der Feuerwehren, die Gefahr zu beseitigen und den Brand zum Stillstand zu bringen. Etwa 100 Morgen Waldbestände fielen dem Feuer zum Opfer.

Zwei Deutsche aus der Fremdenlegion entflohen.

In Bord eines englischen Dampfers sind in Plymouth zwei deutsche Staatsangehörige angekommen, denen es gelungen ist, aus der französischen Fremdenlegion zu entfliehen. Sie teilten mit, daß sie zehn Tage durch die Wüste marschiert seien, um zur Küste zu gelangen. Dort sei es ihnen möglich gewesen, unbemerkt an Bord des englischen Dampfers zu kommen und sich im Paktum zu verbergen. Kurz vor der Abfahrt wären sie durch französische Kontrollbeamte beinahe entdeckt worden. Die beiden Flüchtlinge wurden erst dreißig Stunden nach der Abfahrt des Schiffes in völlig erschöpftem Zustande von der Besatzung des Schiffes aufgefunden. Sie werden voraussichtlich an Deutschland ausgeliefert werden.

Tödlicher Fallschirmsprung.

In Lida (Polen) sprang der polnische Fliegeroberleutnant Sikochi in etwa 2000 Meter Höhe, als der Motor des Flugzeuges versagte, mit dem Fallschirm ab. Der Fallschirm öffnete sich jedoch nicht, so daß der Flieger den Tod fand.

Ein italienisches Flugzeug abgestürzt.

Infolge eines falschen Manövers stürzte am Mittwoch über dem Flughafen Lugovka in Rom das Flugzeug F 16 ab. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot.

Drei italienische Studentinnen ertrunken.

Eine Gruppe junger Studentinnen unternahm Freitag mit einer Barke einen Ausflug auf dem Arno. Die Barke kippte um. Trotz sofortiger Rettungsmaßnahmen ertranken drei der jungen Mädchen. Die übrigen vier konnten gerettet werden.

Notlandung im Londoner Stadtpark.

Mitten über London geriet während der Abendstunden ein Flugzeug in Schwierigkeiten, so daß eine Notlandung unermittelbar war. Der Pilot ging mit seinem Apparat auf den Battersea Park nieder und landete auf einer Rasenfläche. Der Park war zu dieser Zeit voller Spaziergänger und spielender Kinder. Wie durch ein Wunder wurde aber niemand verletzt; auch das Flugzeug konnte unbeschädigt landen.

Razzia im Pariser Marokkaner-Biertel.

Anlässlich der Verhaftung zweier Personen, die falsche Pässe an nach Frankreich eingewanderte Marokkaner veräußerten, nahm die Pariser Polizei eine Razzia im Pariser Marokkaner-Biertel vor. Dabei wurden 300 Verhaftungen vorgenommen. Es stellt sich heraus, daß 70 der verhafteten Marokkaner überhaupt keine Ausweise besaßen. Die Marokkaner haften in engen und niedrigen Baracken, oft zu fünf oder sechs in einem kleinen Raum, so daß sie kaum genug Platz hatten, sich auf dem Boden ausstrecken zu können.

Familientragödie.

In Murcia tötete ein 59jähriger Bauer seinen 30 Jahre alten Sohn durch einen Revolverhieb in den Kopf, um ihn von seinem unheilbaren Leiden zu befreien. Nach verfrühter Tat erhängte sich der unglückliche Vater an der Seite der Leiche seines Sohnes.

Ein großer Juweliendiebstahl

wurde in Berlin-Charlottenburg in dem Juweliengeschäft von Karl Riesler verübt. In der Nacht durchstimmte eine mit modernen Hilfswerkzeugen ausgerüstete Verbrechertroika, die sich mit Nachschlüssel den Eingang in den Keller verschafft hatte, die Kasse zum Laden, räumte die Auslagen aus und erbeutete für nahezu 30 000 Mark Schmuckstücke. Den Verbrechern wäre beinahe ein schwerer Unfall zugestoßen. Das Loch, das sie vom Keller aus zum Laden gebohrt hatten, mündete unmittelbar neben einer schweren Standuhr, die fast den Täter auf den Kopf gefallen wäre. Man nimmt an, daß es sich bei der Bande um die gleichen Verbrecher handelt, die vor einigen Tagen aus einem anderen Berliner Goldwarengeschäft Juwelen im Werte von 20 000 Mark erbeuteten.

Zusammenstoß zwischen Auto und Kremser.

Am Sonntag fuhr in Berlin eine von vier Personen besetzte Autodrosche in voller Fahrt auf einen Kremser. Das Auto wurde zertrümmert, seine Insassen schwer verletzt. Die Insassen des Kremfers kamen mit dem Schrecken davon.

Schwerer Autounfall in Berlin.

In der Kaiserallee in Berlin stieß am Sonntag abend kurz nach 10 Uhr eine Autodrosche mit einem Privatwagen zusammen. Der Privatwagen wurde von der Drosche am Hinterrad erfasst und stürzte um. Im Sturz prallte er gegen eine Litfasssäule, die umgerissen wurde. Eine Passantin kam unter die Litfasssäule zu liegen und wurde so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Führer des Privatautos wurde unter seinem Wagen begraben, kam aber mit erheblichen Schnittwunden davon. Der umgestürzte Wagen begann zu brennen. Die Flammen wurden aber schnell von der Feuerwehrt gelöscht.

Der Offizier als Kunstdieb.

Die Berliner Polizei hat einen Steckbrief gegen den ehemaligen Offizier Ulrich Pernice erlassen. Der einem der bekanntesten Berliner Sammler eine Reihe wertvoller Kunstwerke entwendet hat. Der Dieb gehört einer alten Gelehrtenfamilie an, die im Hause des besthohlenen Berliner Sammlers gesellschaftlich verkehrte. Bei den gestohlenen Sachen handelt es sich um Kunstgegenstände aus dem 14., 16. und 18. Jahrhundert, die einen bedeutenden Wert repräsentieren. Pernice hatte diese Gegenstände „zum Verkauf“ übernommen.

Ein Güterzug entgleist.

Sonnabend nachmittag entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Trompet (Bezirk Krefeld) der Güterzug 9103 mit Lokomotive und sieben Wagen. Die Ursache des Unglücks ist noch unauferklärt. Bei dem Unfall wurde ein Schaffner getötet, ein anderer Schaffner schwer und zwei weitere Zugbeamte leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Familien drama in Kaufbeuren.

In Kaufbeuren brachte der Bauarbeiter Wasser- mann aus bisher unbekanntem Gründen seiner Frau durch Artzniebe schwere Kopfverletzungen bei. Dann erschlug er seinen acht Jahre alten Sohn und schließlich tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Planmäßige Anstellung einer Frau im preußischen Justizdienst.

Das bisher im preußischen Justizministerium beschäftigt gewesene Fräulein Sagemeier ist zur Land- und Amtsgerichtsrätin in Bonn ernannt worden. Sie ist die erste Frau, die im preußischen Justizdienst eine planmäßige Anstellung erlangt hat.



Eine vergnügte Gruppe von Zuschauern bei der Parade auf dem Roten Platz in Moskau.

Aus Schlesien.

Sozialistenhege in Kirchenblättern.

Calles, der Schwarze Mann.

Das Reichsbanner Kirchenblatt ließ sich in diesen Wahlen wie eine bürgerliche Zeitung kurz nach Kriegsausbruch. Wir haben bereits an dieser Stelle auf die summierte Zusammenfassung von „Wähler, Republikaner und Sozialist“ hingewiesen, die dort kürzlich zu finden war. Die neueste Nummer dieses der Verbreitung des christlichen Liebesgedankens dienenden Blattes enthält in verschiedenartiger Aufmachung Artikel über Mexiko. Außer den üblichen Kreuzzeichnungen, die merkwürdigerweise immer aus kleinen, fast unerkennbaren, oft ungenannten Orten kommen, wird da über den Präsidenten der Mexikanischen Republik Gen. P. C. Calles gelehrt. „Calles ist der bolschewistische Diktator Mexikos“, heißt es schon zur Einleitung. Soviel Worte, soviel Lügen. Genosse Calles ist im Gegensatz zu dem Herrscher Herrscher Porfirio Diaz, der über dreißig Jahre die primitivsten Rechte der arbeitenden Massen Mexikos mit Füßen trat, nicht Diktator, sondern rechtmäßig gewählter Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko, er ist der Vertrauensmann der Confederación Obrera Mexicana (Mexikanischer freigewerkschaftlicher Arbeiterbund), hinter dem in dem schwach bevölkerten riesigen Land 2 1/2 Millionen organisiert; Arbeiter, zum größten Teil — die angeblich massakrierten — Landarbeiter stehen; ist sozial Bewußt wie es etwa Friedrich Ebert gewesen ist.

Wenn die Sudelfinken dieser Schwindelgeschichten sich die Mühe nehmen würden, das offizielle Organ des Gewerkschaftsbundes, dessen Vertrauensträger Calles ist, und der die organisierte Plattform des Partido Laborista Mexicano (Mexikanische Arbeiterpartei) darstellt, zu lesen, so würden sie feststellen können, daß zwischen Bolschewismus und Sozialismus in Mexiko der gleiche politische, grundsätzliche und tatsächliche Unterschied besteht, wie anderwärts. Sicher ist diesen anscheinend so gut orientierten Herren, die Kirchenblätter zur indirekten Wahlpropaganda mißbrauchen, auch bekannt, daß die wirkliche bolschewistische Organisation Confederación General del Trabajo numerisch außer Betracht steht und daß die katholischen Arbeiterorganisationen unter der Herrschaft dieses angeblichen Bundes Calles ungehindert bestehen, während sie in Italien, allwo man aus gleichem Munde bestenfalls leicht diplomatische Mißbilligung hört, Tausende von katholischen Arbeiterorganisationen mit Feuer und Schwert vernichtet, Hunderte von sozial eingestellten Geistlichen ermordet und mißhandelt worden sind.

Warum schreibt man nicht ein wenig ausführlicher über die italienischen Greuel, die uns doch viel näher liegen und leichter kontrollierbar sind, die Meldungen aus einem riesigen, von der Eisenbahn kaum erschlossenen, Monasterien entfernten Lande?

Die Erklärung ist einfach: Mißbrauch eines rein verwaltungspolitischen Streites zwischen Kirche und Staat in einem fernem Lande zur indirekten, aber keineswegs unwirksamen Wahlpropaganda in Deutschland.

Ein schlecht beleuchteter Bahnübergang.

Ein furchtliches Unglück knapp verhindert.

In dem sehr schlecht nur mit einer Gaslaterne beleuchteten Posten 2 des Goldberger Bahnüberganges an der äußeren Haynauer Straße in Liegnitz übertraute am Mittwochabend ein von auswärts kommender Opelwagen in voller Fahrtgeschwindigkeit die geschlossene Bahnstraße und kam mitten auf das Bahngleis zu stehen, als der Personenzug Merzdorf-Liegnitz heranbraute. Der Lokomotivführer konnte, da der Schrankenwärter ihn durch rote Lichtsignale warnte, den Zug im letzten Augenblick durch Schnellbremsung zum Halten bringen. Der Chauffeur des Wagens behauptete, er hätte die geschlossene Schranke erst circa drei Meter vorher bemerkt und wäre nicht mehr in der Lage gewesen, das Auto anzuhalten. Von der Muth des Anpralls zeugt es, daß die Schranke völlig zertrümmert und aus ihrer Verankerung herausgerissen wurde. Den Angaben des Chauffeurs über das Nichtbestehen der Schranke ist umso eher Glauben zu schenken, als sich bereits in anderen Fällen die Beleuchtung an dem Bahnübergang als völlig unzureichend erwiesen hat. Die schon früher aufgestellte Forderung nach Kennzeichnmachung der gefährlichen Stelle durch farbige Lichter, die durch das glücklicherweise verhütete Unglück in ihrer Notwendigkeit unterstrichen wird, erfährt nach diesem Vorfall hoffentlich recht bald von den zuständigen Stellen ihre Umsetzung in die Tat.

Vom Niederösterreichischen Städtetage.

Beratungen über die Auswirkungen des Erwerbslosenversicherungsgesetzes.

Auf Anregung des Stadtwahljahrsamtes Sankt Pölten fand dort am 30. April eine Aussprache zwischen einer Reihe von Vertretern städtischer Wahlverwaltungen statt, an der auch der Landrat des Kreises Sankt Pölten, zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes Niederösterreich, und der Geschäftsführer des Niederösterreichischen Städtetages teilnahmen. In eingehender Aussprache wurde die katastrophale Auswirkung des neuen Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf die städtischen Wahlverwaltungen erörtert und beschlossen, sofort durch Umfrage bei einer Reihe städtischer Kreisorte Material zu sammeln, um eine Forderung der bedenklichsten Punkte der Neuordnung zu erreichen.

Wien. Ein neuer Stadtrat der SPD. In der Stadtbezirksversammlung vom vergangenen Donnerstag wurde der zum unbesetzten Stadtrat gewählte Genosse Heinrich Kattlhuber eingeführt und verpflichtet. Genosse Kattlhuber ist seit 1911 Geschäftsführer des deutschen Textilarbeiterverbandes. Sein Deputat in die Erwerbslosenfürsorge und das Arbeitsamt. Er ist der Nachfolger des Oberregierungsrates Gen. Wagner, der als Vizepräsident des Landesarbeitsamtes in Breslau gewählt wurde und dort am 1. April den Dienst aufgenommen hat.

Frankfurt. In die Drehschneidemaschine geraten. In Kallvorwerk geriet die Landwirtin Klara Richter mit ihren Kindern in die Kuppelung der Drehschneidemaschine. Nur ein Hauten Puppendarm bewahrte sie vor dem Hineingeraten in die Maschine. Das Mädchen, dem sämtliche Kleider vom Leib gezogen wurden, erlitt schwere Querschnitte.

Waldenburg. Stößige Tätigkeit des Gewerkschaftsamtes. Das städtische Gewerkschaftsamte hat jetzt über seine Tätigkeit im vergangenen Jahre einen Bericht herausgegeben. Danach wurden in der Schulungsjahreszeit am 20. November 1927 43 Kinder gepflegt und diese durchschnittlich mit einer Gewichtszunahme von 2 1/2 Kilogramm entlassen. Das Berichtswesen dabei ist, daß, wie die Kontrolluntersuchungen nach vier, acht und dreizehn Wochen ergeben, die Gewichtszunahme auch auf die Dauer angeht; haben, während bei Kindern, die in auswärtige Heime zur Erholung geschickt werden, die Gewichtszunahme schon nach einigen Wochen wieder ausgeglichen war. Daraus ist zu schließen, daß es sich um Kinder handelt, die

Irrsinn der Vergeltungsjustiz.

Zuchthaus statt Erziehung.

Bei der letzten Sitzung des Waldenburger Schöffengerichts bewohnte, in welcher ein Neunzehnjähriger dem Zuchthaus ausgeliefert wurde, der nur die Forderung der Sozialdemokratie unterließe, daß die Reform des veralteten Strafgesetzbuchs in juristischem Sinne herbeigeführt werden muß. Auf dem Wege zur Strafkammer lautete die Anklage, die sich gegen den Löfflerlehrling Alois P. richtete, daneben war der junge Bursche noch des Diebstahls, der Unterschlagung, des Nennens eines falschen Namens, wegen Betrugs und Landstreichens und „unbefugtem Waffengebrauch“ angeklagt. P. war in Württemberg in Lehre, zusammen mit dem Lehrling M. Wie beide erzählten, war die Kost bei ihrem Meister sehr spärlich, auch sonst habe es vieles gegeben, was den beiden nicht gefiel. So kamen sie auf den Gedanken, die Lehrstelle zu verlassen und anderwärts ihr Glück zu versuchen. P. hatte das Fahrrad seines Vaters in Verwahrung, und sein Kollege ließ sich vom Meister das Rad, angeblich, um zum Zahnarzt zu fahren. Das Barvermögen der beiden Württembergler betrug zusammen netto 100 Pfennige. Breslau war das erste Ziel der Ausreifer. Doch der Boden erschien ihnen hier zu hart. Auch fürchteten sie, durch die Fahrräder bald erkannt zu werden. Einer der vielen Sandgruben an der Oder veranlaßte sie nun die Räder an und der Fuß ging es auf Liegnitz zu. Unterwegs sprachen die beiden Globetrotter bei Bawen um Arbeit vor und waren mit einer kleinen Maßzeit schon zufrieden. In Wuras aber begannen sie die Arbeit, einem auf dem Felde arbeitenden Acker die Räder zu entwinden. Kurz darauf begegnete sie einem Polizeibeamten, der sie um die Ausweise anging. Da sie über solche Papiere nicht verfügten, mußten sie den Weg zur Wache antreten. Hier stellte es sich heraus, daß sie dem Beamten einen falschen Namen genannt hatten und nun wurde Verdacht geschöpft, daß es sich um ausgetriebene Zügeljünger handelte. Einem jungen Beamten von 24 Jahren wurde der Auftrag erteilt, die beiden vermeintlichen Zügeljünger nach Wohlau zu transportieren. Es war wohl der erste Transport, den dieser junge Mann auszuführen hatte. Vorzüglich schlief er die beiden „Schwerverbrecher“ an eine Kette, den Schlüssel aber ließ er stecken. Das wurde den beiden Burschen zum Verhängnis. Unterwegs wurde der Transport von einem Woggen überfallen und in einer Waldung vorübergehend Unterschlupf gesucht. M. merkte nun, daß die Befreiung von der lästigen Kette leicht möglich war. Nun schmiedete die beiden den Plan, dem Transporteur auszukommen. Dieser hobte sich plötzlich an beiden Händen gefaßt. Er mußte die Schußwaffe, die er bei sich hatte, den beiden

unerschrocken aushändigen. Daraufhin gingen die beiden Lehrlinge auf und davon. Bis nach Liegnitz schlugen sie sich durch wo sie beim „Klinkendrüden“ aufgegriffen wurden. Das war das abenteuerliche Ende dieser Fahrt.

Das furchtbare Erwachen kam erst mit der Zustellung der Anklage. M., der damals noch nicht 18 Jahre alt war, wurde wegen der ihm zur Last gelegten Straftaten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei wurde, wie auch in der jetzigen Verhandlung, festgestellt, daß er eigentlich der Urheber dieser Freiheitsaktion war. An dem 19jährigen P. sollte sich die ganze Schwere veralteter Paragraphen auswirken. Das Gericht hielt sich auf dem Standpunkt, daß der Tatbestand der „erschwerter Meuterei“ gegeben sei, ein Tatbestand, für den das Gesetz keine mildernden Umstände kennt. Dem Antrage des Anklagevertreters gemäß wurde auf die geradezu irrsinnige Strafe von einem Jahr einem Monat Zuchthaus und neun Tage Haft erkannt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, schreibt dazu:

Ein furchtbares Urteil für einen Jugendlichen, das den jungen Menschen nicht bessert, sondern u. E. erst auf die Verbrechensbahn treibt. Es kann auch nicht verständlicher stimmen, daß das Gericht den jungen Burschen an den Gnadenbeauftragten verwies und eine Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnis befürwortet. Aber etwas muß dann noch gesagt werden: In diesem Falle stand ein Jugendlicher vor den Schranken des Gerichts, angeblich wegen eines Verbrechens. Warum hat man zu dieser Verhandlung, wies die sonst bei schweren Delikten immer gemacht wird, nicht einen zweiten Richter zugezogen? Warum hat man dem gänzlich Unversahrenen, der unter der Wucht der schweren Straandrohung fast zusammenbrach, nicht einen Verteidiger bestellt? Gerade das Letzte wäre sehr zweckmäßig gewesen, denn der junge Angeklagte vermochte sich wirklich nicht so zu verteidigen, wie es in Anbetracht der schweren Anklage erforderlich gewesen wäre. Und noch eins! Uns will danken, daß der Transporteur nicht frei von Schuld ist. Denn durch dessen vollständiges Versagen und dessen Hilflosigkeit sind die beiden Burschen so furchtbar mit dem Strafrichter in Konflikt gekommen.

Kinder hier zu pflegen anstatt sie zu verschicken. Im übrigen stellt sich die städtische Fürsorge auch bedeutend billiger, denn im vergangenen Jahre betrug der tägliche Kostenaufwand für jedes Kind nur 1,04 Mark. Neben anderen Lebensmitteln erhielt jedes Kind täglich dreiviertel Liter Milch.

Mittelschlesischer Städtetag.

Die zum Mittelschlesischen Städtetag am Mittwoch, den 9. Mai delegierten Parteigenossen treffen sich Mittwoch, früh 8 Uhr, zu einer wichtigen Fraktionsbesprechung im Vereinszimmer des Schwarzen Adlers (Ring).

Der Bezirksvorstand der SPD.

Wenig-Waldig. Der Gaite als Helfer des Mörders. In der Nordische Schieber hat die Polizei neuerdings den Ehemann der Ermordeten, den Arbeiter Schieber wegen Verdachts der Beihilfe an Mord seiner Ehefrau festgenommen. Grund dazu hat eine Rindade mit verdächtigen Blutspuren, die Sahn trug. Zur Zeit des Mordes befand er sich jedoch in einer Breslauer Klinik.

Meinerz. Ein mißglücktes Sittlichkeitsattentat wurde bei der Färberei Reddenz von einem Radfahrer an einem 13jährigen Mädchen verübt. Der Radfahrer, der das Mädchen von der Straße weg in den Wald zu ziehen versuchte, stoppte der laut Schreiender Moos und Gras in den Mund. Da sich aber die Kleine sehr tapfer und energisch wehrte, ließ der Unhold von ihr ab und flüchtete. Es ist bisher noch nicht gelungen, seinen Habhaft zu werden.

Reubrunn. Kr. Habschmiedt. Sinnloser Tod. Die Waffenspielererei fordert fast täglich unter Kindern, wie unter Erwachsenen ihre Opfer. Wenn aber unvorsichtiges Handeln mit einer Schußwaffe bei Kindern noch durch Unkenntnis entschuldigt werden kann, so ist die gefährliche Spielerei bei einem Erwachsenen völlig unbegreiflich und unverantwortlich. Wohin Raschlosigkeit und Leichtsinns einer Schußwaffe gegenüber führen, zeigt wieder einmal der traurige Fall des Württlers Wolf aus der Kolonie Neue Welt. Im Kreise einiger Kameraden wurde eine Schußwaffe herumgereicht, die Wolf in dem Glauben, sie sei nicht geladen, scherzhaftweise (!) an die Stirn setzte. Jemandem hat der junge Mann dabei den Abzugshebel berührt und die in Unachtsamkeit geladene Waffe zum Schuß gebracht. Die in die Stirn eindringende Kugel führte den sofortigen Tod herbei.

Jbsdorf. Kreis Steinau. Folgen der Unvorsichtigkeit. Durch ein Streichholz, das unvorsichtiger Weise ein Unterhändler in dem großen Kinderziegelwerk auf dem Dominium Jbsdorf des Herrn v. Sprenger fortgeworfen hatte, entstand am hellen, hellen Tage ein tiefer Brand. Glücklicherweise konnte das gesamte Vieh in Sicherheit gebracht und ein Uebergreifen der Flammen auf andere Gebäude verhindert werden.

Katitz. Sühne für den Mord Jurczek. Der Mörder der 20jährigen Magdalena Jurczek, der im November vorigen Jahres kein Opfer auf einem Kartoffelfeld bei Katitz vergewaltigt, ermordet und ihm dann die Kehle durchgeschnitten hatte, wurde jetzt von dem hiesigen Schwurgericht wegen Totschlag und verlustiger Notzucht zu 15 Jahren Zuchthaus und 19 Jahren Ehrverlust verurteilt. Es handelt sich um den 22jährigen Arbeiter Josef Rowad.

Kreuzburg. Ein grausames Schicksal. Der älteste aktive Feuerwehrmann Deutschlands, der 90jährige Schumannsdorf Adamat ist durch einen Unfall fast so schwer verletzt worden, daß an keinen Aufkommen gezweifelt wird. Er, der es sich nicht nehmen ließ, die Übungen der Freiwilligen Feuerwehr noch mitzumachen, glitt bei der Mittwochsübung vom Wagen und geriet unter den Wagen, dessen Räder ihm den rechten Arm abhieben und die linke Hand zerquetschten. Die allgemeine Teilnahme der Stadt wendet sich dem Schwerverletzten zu.

Sindenburg. Das rote Tuch. In einem Hause auf der Hauptstraße, das der Warenhausfirma Janaschowski gehörte, wohnt ein Sozialdemokrat, der natürlich den 1. Mai feierte, indem er vom Balkon seiner Wohnung eine rote Fahne herunterließ. Darauf erhielt er von seinem Hauswirt, dem Herrn Anton Janaschowski, folgenden Brief: „Sie haben auf dem Balkon Ihrer Wohnung eine rote Fahne aufgestellt. Ich habe hierzu weder die Erlaubnis gegeben, noch dürfte ein allgemeines Recht dieses sein. Da ich mich durch das Aushängen der roten Fahne schuldig und strafbar gemacht habe, so werden von mehreren

Bürgern und Kunden wurde ich auf das Unstößige (!) aufmerksam gemacht. Bitte und erlaube ich, die Fahne sofort zu entfernen. Sollten Sie meinem Verlangen nicht sofort nachkommen, so muß ich Ihnen, so ungern ich dies tue, die Wohnung kündigen. Diese Kündigung für den nächsten zulässigen Termin wird hiermit ausgesprochen. Hochachtungsvoll gez. Anton Janaschowski.“ — Der in Frage kommende Mieter hat sich natürlich das Recht der politischen Meinungsfreiheit nicht nehmen lassen und die Fahne nicht weggenommen, so daß die Kündigung erfolgt ist. Die Sache wird allerdings nicht so einfach gehen, wie sich Herr Janaschowski die Sache denkt, denn dieser Grund wird vor dem Mietvertragsamt nicht für stichhaltig erachtet werden.

Sosnowitz O.S. Unterschleife im Arbeitsamt. Vor einigen Tagen führte die Kriminalpolizei im Arbeitslosenamt eine gründliche Revision der Akten und Geschäftsbücher durch, die viel Material brachte, nach welchem sich mehrere Beamte Unterschlagungen von beträchtlichen Summen zuschulden kommen ließen. Einige der Betroffenen sollen bereits verhaftet worden sein.

Neu-Breslau.

Fräulein „Lissa“

oder die Pflanze schlesischen Heimatgefühls.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende weltbewegende Nachricht: Verlagsdirektor Eismann in Osnabrück hat seiner jüngsten Tochter in Erinnerung an die Heimatstadt im deutschen Osten den Vornamen Lissa gegeben.

Breslau-Krieter. Feuer. Am Sonnabend brach bei Zimmermeister 3 Böllner ein Schadenfeuer aus, das jedoch durch die Breslauer und Krieterdorfer Feuerwehren in kurzer Zeit gelöscht werden konnte.

Soziales.

Kammergerichtsentscheidungen in Mietermühsachen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt folgende neuere Rechtsentscheidungen des Kammergerichts in Mietermühsachen bekannt:

Eine Wohnung kann Werkwohnung im Sinne des § 15 des Wohnungsmangelgesetzes auch dann sein, wenn sie nicht durch ihre Lage und Art als solche gekennzeichnet ist (20. 2. 1928; 17. Y. 13/28).

Der Rechtsentscheid vom 30. November 1927 (17. Y. 78/27), wonach der Erbe des verstorbenen Wohnungsinhabers für die Wohnungsmangelvorschriften der Verfügungsberechtigte ist, gilt auch, wenn der Erbe unbekannt oder der Fiskus gesetzlicher Erbe ist (19. 3. 1928; 17. Y. 16/28).

Die in § 5 Absatz 1 des Berliner Wohnungsnotrechts vom 21. Mai 1927 vorgesehene Frist wird durch die Anzeige des Hausbesizers oder sonstigen Verfügungsberechtigten, daß eine Wohnung demnach nicht unbewohnt werde, in Lauf gesetzt. Der Ablauf der Frist ist unabhängig davon, wann die Wohnung frei wird (19. 3. 1928; 17. Y. 18/28).

Uebertragbare Krankheiten in Preußen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind in Preußen in der Zeit vom 1. März bis 7. April dieses Jahres nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden:

Diphtherie 2157 (137), übertragbare Genickstarre 72 (45), Kindbettfieber nach rezidivierter oder nach Frühgeburt 260 (60), nach Frühgeburt 151 (60), Spinale Kinderlähmung 41 (6), Körnerkrankheit 148 (—), Lungen- und Kehlkopfüberkultose 377 (1953), Mittelhand 17 (7), übertragbare Ruhr 65 (7), Scharlach 6848 (74), Unterleibsstypus 266 (22), Paratyphus 115 (2), Fleck-, Fäul- und Wurmgift 3 (—), Blasenverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere 18 (—), epidemische Enzephalitis 35 (5).

Hand- und Kopfarbeiter!

! Vergesst nicht, für Eure Partei !
! und für Eure Presse zu werben !

Arbeiter-Sportbewegung

Vollziehung der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.

Die Teilnahme an der Moskauer Spartakiade verboten. Eine Feststellung des Abgeordneten Schred-Bielefeld.

Die Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege hielt dieser Tage in der Bundeshalle in Leipzig eine Vollversammlung ab.

Die Kommission hat hinsichtlich des Verbotes sportlicher Veranstaltungen an den hohen kirchlichen Feiertagen Verhandlungen mit dem preussischen Innenminister abgeschlossen. Die Verbote beruhen auf einer falschen Auslegung der Vollzugsverordnung über die andere Festhalten der Sonn- und Feiertage durch ein preussisches Kammergerichts Urteil. Das preussische Innenministerium kann, wie in der Verammlung berichtet wurde, eine Modifizierung der Vollzugsverordnung nicht verweigern. Einwilligen sollen an diesen Tagen weiterhin Veranstaltungen abgehalten werden. Mit dem Reichsminister für Arbeitersport sind Verhandlungen im Gange, um die Möglichkeit zu schaffen, daß die Arbeiter-Sportvereine immer noch Plätze auf militärischen Liegeplätzen von den Militärverwaltungen entzogen werden, weil die Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege für politische, erklärt ist. Um ein besseres Zusammenarbeiten der Verbände in Jugendfragen zu erzielen, wurde ein Jugend-ausschuss der Zentralkommission gewählt.

Gelleri-Leipzig sprach über die internationale Bewegung und teilte unter anderem mit, daß die Arbeitersportler Nordlands in die Internationale aufgenommen worden sind. Von der Roten Sport-Internationale liegt eine Einladung zur Teilnahme an der Moskauer Spartakiade vor. Eine Teilnahme an dieser Veranstaltung ist auf Grund der Festgesetzten Beschlüsse verboten. Die Verammlung beschloß deshalb: Die partielle Beteiligung unserer Mitglieder an der Moskauer Spartakiade ist verboten. Zu widerhandeltende haben die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen.

Der Geschäftsführer W. J. Duna-Berlin berichtete über die Förderung der Arbeitersportbewegung durch Reich, Länder und Kommunen und gab unter anderem bekannt, daß der Reichssportfonds von 1 Million auf 1 1/2 Millionen Mark erhöht worden ist und daß versucht werden soll, den Verteilungsfähigen so zu bemessen, daß Arbeitersportler und bürgerliche Sportler gleichmäßig aus dem Fonds bedacht werden. Reichsstadtsabgeordneter Schred-Bielefeld sprach zum Schluß über den Arbeitersport und die bevorstehenden Wahlen und unterzog das Verhalten der Kommunisten bei der Behandlung der Arbeitersportfragen im Reichstag einer scharfen Kritik. Er stellte unter anderem fest, daß kein Kommunist im Reichstag auch nur ein Wort über den Arbeitersport gesprochen hat! Schred betonte zum Schluß: Wollen wir für den Arbeitersport Gerechtigkeit erlangen, dann müssen die Machtverhältnisse gewissermaßen beurteilt werden. Da dies von der Sozialdemokratie nicht mit Erfolg geschehen, so liegt das größte Interesse vor, eine starke Sozialdemokratie in den Reichstag zu wählen.

Weit heruntergekommen.

Kommunistische Lämmelein des Turnvereins „Fichte“ bei den Berliner Meisterschaften.

Der „Vorwärts“ meldet unter dem Datum des 2. Mai:

Nach einem Beschluß des Arbeitersportartikels sollten die Arbeitersportler in Sportkleidung und in geschlossenen Abteilungen in den Gewerkschaftsjahren für den Gedanken des 1. Mai demonstrieren. Der Verein „Fichte“ benutzte die Gelegenheit wieder ausgiebig zu kommunistischer Propaganda. Besonders prononciertisch benutzte die 15. Gruppe aus dem Norden, die gegen den Beschluß des Komitees gegenüber dem großen Zug marschierte. Als die Roten Frontkämpfer von einem Lastauto herab ihren Sprechchor gegen die Sozialdemokratie losließen, schrien die „Fichte“-Mitglieder aus Leibesträßen mit und belästigten die Maidemonstranten durch Schmähungen. Erst als die Situation für die Sportjünglinge mit dem angetriebenen Monopolwagen-Abgefahren kritisch zu werden drohte, stellten sie ihr Schreien ein.

Es handelt sich um dieselbe Gruppe, die auch schon ein Sportfest in Lützenwalde durch Provokation zu stören suchte. Sollte es gar nicht möglich sein, diesen „Fichte“-Flegeln das Handwerk zu legen?

Es gab eine Zeit, da war der Berliner Arbeitersportverein „Fichte“ eine Musterorganisation des Deutschen Arbeitersportverbundes. Indessen, das ist lange her. Nach der Revolution wirkte die Moskauer Spartakiade alles so gründlich durcheinander, daß es bis heute nicht gelang, wieder normale Zustände zu schaffen. Verhandlung und Ueberlegung ist dort von den Wrausfeuern der KPD. So gründlich ausgerottet worden, daß man anderes als solche, wie oben bezeichnete Lämmelein gar nicht erwarten kann. Daß diese wüsten Krasthler mit ihrem skandalösen Benehmen die ganze Arbeitersportbewegung schänden und den Gegnern der Arbeitersportbewegung ein außerordentliches Vergnügen bereiten, kommt ihnen nicht in den Sinn. Oder werden sie für derartige Heldenthaten bezahlt?

Vielleicht aber befaßt sich die Leitung des Deutschen Arbeitersportverbundes energisch mit diesem unerhörten Vorkommnis. Denn es ist schlechterdings für die überwältigende Mehrheit der in Arbeitersport- und Sportbund beheimateten und sozialistisch orientierten Mitglieder unerträglich, sich von den Fichte-Flegeln in dieser Weise beschimpfen zu lassen.

Sport und Freizeit.

Jeder Sportler sollte eigentlich ein natürlicher Verbündeter des Gewerkschaftlers sein, denn seine vornehmste Forderung an die Gesellschaft ist die nach ausreichender Freizeit. In der Vertretung dieser Forderung geht sogar der bürgerliche Sportler — soweit er sich überhaupt um das öffentliche Leben kümmert — ein gut Stück Weges mit dem Arbeitersportler zusammen. Zur Ausübung des Sports gehört vor allen Dingen Tagesfreizeit, denn der moderne Sport erfordert im Gegensatz zum alten Turnen statt der geschlossenen Halle den freien Platz. Gerade diese Voraussetzung läßt den Sportler zu einem überaus unabhängigen Anhänger der Freizeitbewegung werden, und daraus erklärt sich auch, daß selbst die rechtsstehenden Jugend- und Sportverbände sich im wesentlichen der deutschen Jugendverbände für die Freizeitforderungen der Arbeitersportverbände eingestellt haben.

Dem Sportler genügt aber nicht die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit; er strebt auch nach Gewährung zusammenhängender Freizeit im Form von Urlaub und Ferien. Diese freien Tage braucht er zu seinen vorläufigen Reisen, die ihn oft weit über die Grenzen seines engeren Heimatlandes hinausführen. Ueber die Notwendigkeit solcher Sportreisen mögen die Ansichten bei der älteren Generation sehr geteilt sein. Andererseits liegt es aber besonders im Interesse der Vorkämpfer der Freizeitbewegung, daß sich die Jugend der Völker lernen, ganz abgesehen davon, daß solche Reisen ein unschätzbare Bildungsmittel sind.

Diese Reisen erfordern nun eine längere Abwesenheit von der Berufsarbeit. Hat der Sportler dazu nicht die Möglichkeit, dann dürfte ihm bald der Sport als Beruf sehr verlockend er-

scheinen, oder er wird ein Opfer der mehr oder minder gelben Sportbewegung. Volkspart und Berufssport bedeuten jedoch eine Entartung und damit eine schwere Schädigung des Gedankens der Lebensübungen.

Dieser schädlichen Entwicklung kann nur dann vorgebeugt werden, wenn jeder Mann die Ausübung des Sports im Rahmen des normalen Wirtschaftslebens ermöglicht wird. Dazu ist eine weitestgehende Verkürzung des Normalarbeitstages und die Gewährung von Urlaub unerlässlich. Selbst der denkende Sportler im bürgerlichen Lager kann sich dieser Einsicht nicht verschließen. Soweit der Sportler aber der Arbeiterklasse angehört, sollte er aus dieser Einsicht auch die Folgerung ziehen, daß sein Platz nicht in den bürgerlichen Sportvereinen, sondern im Arbeitersportverein ist.

Wanderungen ins sächsische Bergland.

Mit dem Erwachen der Natur beginnen auch die Vorbereitungen größerer Wanderungen und Ferienfahrten. Im Umkreis der mitteldeutschen Landschaftsgebiete haben immer schon die sächsischen Berge einen besonderen Vorzug gehabt. Nicht mit Unrecht, denn gerade hier hat man eine Vielfältigkeit in der Landschaftsbildung zu verzeichnen, wie man sie selten in anderen deutschen Gebietsteilen antreffen kann. Elementarbedeutend hat auch der Arbeiter-Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ im Gau Sachsen sein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, den Arbeiterwanderern gute Wanderstützpunkte in allen Teilen des Landes zu errichten. Schon die Umgegend von Leipzig weist vor allem im Muldental besondere Reize auf. Südlich Leipzig finden wir die großen Naturfreunde-Berge: Großsteinberg (Zuschriften: Fr. Schmidt, Leipzig-Vollmarsdorf, Ewaldstraße 15) und Großhain bei Leipzig (Zuschriften: Alfred Reinhardt, Mühlenthal). Bei Schmiedeberg (Bezirk Dresden) ist das Naturfreundehaus in Dönschicht (Zuschriften: Alfred Boigt, Schmiedeberg, Altes Kurhaus 71d) für den Ferienaufenthalt empfehlenswert. Eine besonders geachtete Stellung als Wandergebiet nimmt seit jeher die Sächsische Schweiz ein. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen wandern alljährlich hierher. Sie finden beste Unterkunft in den beiden großen Naturfreundehäusern Königstein am Fuße des Vulkans (Zuschriften: Paul Friedemann, Fern-Gast, Schalkstraße 11) und Ritzschstein bei Schöna (Zuschriften: Erik Raden, Dresden-N., Amalienstraße 20). Für Wanderungen in die Lausitz bietet das Waldenberghaus bei Neudorf (Zuschriften: Paul Richter, Naturfreundehaus Ober-Neudorf, Lausitz) und für solche im Erzgebirge die Kaiserhütte bei Rensfeld (Zuschriften: Kurt Wagner, Chemnitz, Neefstraße 101) vorzügliche Unterkunft.

Zusätzlich besitzt der Gau Sachsen der Naturfreunde noch eine ganze Anzahl Wanderheime, die nur der vorübergehenden Unterkunft dienen. Man findet solche im Erzgebirge bei Oberwiesenthal am Hirschberg, Dürre Henne bei Aberode, Perlaggrün bei Obergrün, Schellerhau; in der Lausitz am Grenzelsberg; im Vorland bei Bolstedt und fernher bei Lindach. Mit Auskünften in allen Wander- und Ferienregionen dienen gern die Wander-Auskunftsstellen, der Naturfreunde in Dresden, Ribnitzstraße 4, und Leipzig, Joh. Sträß. C 1, Hoffstraße 45.

Staatliche Unterstützung der Sportbewegung in Finnland.

Das Bildungsministerium hat nunmehr aus dem diesjährigen Budgetanschlag des Turn- und Sportauschusses die Summe von 200 000 finnische Mark zur Unterstützung der sporttreibenden Organisationen zur Verfügung gestellt. Die Unterstützung für den Arbeitersportbund ist die gleiche wie im Vorjahre, nämlich 250 000 Mark. Der bürgerliche Turn- und Sportbund erhielt 300 000 und die übrigen sächsischen Körnerkulturorganisationen den Rest. Es ist wieder lo, daß der bürgerliche Turn- und Sportbund (S.F.U.), wie auch andere bürgerliche Organisationen, die sich auf einzelne Sportarten beschränken, vorgezogen werden und unter sich ganz beachtliche Summen teilen. Der Arbeitersportbund, in dem alle Sportarten betrieben werden, fühlt erneut die Ungerechtigkeit der bürgerlichen Herrscher.

Sport des Sonntags.

Breslau, den 7. Mai 1928.

Fußball-Ergebnisse vom Sonntag.

- Union I — Kobornik I 6:0.
- Union III — Sportfreunde III 2:2.
- Union 1. Jgd. — Silesia-Kidder 1. Jgd. 5:0.
- Union 2. Jgd. — Sportfreunde 1. Jgd. 0:1.
- Sturm I — Eiche-Trebnitz I, kampflös für Sturm.
- Sturm II — Eiche-Trebnitz II, kampflös für Sturm.
- Sturm III — B.f.L. III 3:2.
- West I — Süd I 2:2.
- West II — Süd II 4:0.
- Wader I — Hertha I 1:2.
- Wader II — Hertha II 3:4.
- Einigkeit I — B.f.R. I 10:0.
- Einigkeit II — Canth I, kampflös für Einigkeit.
- Einigkeit III — Wratistawia III 3:2.
- Einigkeit 1. Jgd. — West 1. Jgd. 3:2.
- F.S.B. I — Hundsfeld I 5:0.
- F.S.B. II — Hundsfeld II 7:1.
- F.S.B. 1. Jgd. — Oswig 1. Jgd. 2:0.
- B.f.L. I — Oswig I 5:2.
- B.f.L. II — Oswig II 7:1.
- 1924 I — Stern I 3:1.
- 1924 II — Stern II 0:2.

1924 I — Stern I 3:1.

Auf der Gröschelwiese standen sich zwei alte Rivalen gegenüber. Mit dem Anstoß entwickelte sich ein stofftes Spiel, das beide Tore öfters in Gefahr bringt, jedoch die Hintermannschaften klären alles. Durch Linksaußen erzielt 1924 das erste Tor. Stern gleicht kurz vor Halbzeit durch Eismeter aus. Mit 1:1 geht es in die Pause. Nach Halbzeit dasselbe flache Spiel. Stern, welche

„Adler“-Berlin Bundesmeister im Fußball.

Im Berliner Stadion schlug am Sonntag vor etwa 10 000 Zuschauern der Arbeitersportklub „Adler 08“ Berlin Frankfurt-Westend im Fußballspiel mit 5:4 (Halbzeit 3:2) und gewann damit die Bundesmeisterschaft. Somit ist „Adler 08“ Berlin Bundesmeister.

Das dritte Kreisfest der sächsischen Arbeiter-Sportler

das vom 20. bis 22. Juli in Dresden stattfinden soll, wird Deutschland's größtes Arbeiter-Sportfest im Jahre 1928 sein. Bis jetzt haben sich nahezu 40 000 Teilnehmer angemeldet. Der sächsische Verband wird allein mit 2000 Bundesmitgliedern an der Veranstaltung teilnehmen. Außerdem werden Gäste aus vielen anderen Ländern erwartet. Der internationale Charakter dieses Kreisfestes ist damit gesichert.

Die Vorbereitungen der Spezialauskünfte sind bereits im vollen Gange. Matrosen- und Brinatarriere sind ausreichend vorhanden. Die Stadt Dresden leistet eine finanzielle Beihilfe von 50 000 Mark. Das 250 000 Quadratmeter große, unmittelbar an der Elbe gelegene Festgelände, von herrlich bewaldeten Eichen umrahmt, wird auf alle Festbesucher einen großartigen Eindruck machen. Am 15. Juli geht das Kreisfest der Kinder voraus, das mit der Hauptwoche des Dresdener Festes verbunden ist. Am Freitag, den 20. Juli, beginnen die Haupttage mit den einleitenden Wettkämpfen aller Sparten. Am Sonnabend, den 21. Juli, finden 350 Turnspiele und über 500 Fußballspiele statt. Die Wasser-sportler veranstalten Schwimm- und Wasserballwettbewerbe und ihre 1. Kreisregatta für Ruderer und Paddler auf der Elbe. Am Abend wartet die sporttreibende Jugend mit einem imposanten Festzug und einem Festspiel mit Sprechchor im Plauenpark auf. Illuminierte Boote mit bengalischer Höhenbeleuchtung werden diese Darbietungen noch verschönern. Am Sonntag, den 22. Juli, wird sich in den Mittagsstunden ein Fackelaug durch die Stadt bewegen. Um 1 Uhr werden die Gewinner der auf dem Festplatz von den Wasser-sportler Arbeiter-Turner besetzt werden. Die dann folgenden Wasser-sportler Wettbewerbe sind ein grandioses Bild gewaltiger Propaganda für die moderne Körkultur darstellend. Hieran folgen die Sonderveranstaltungen der sächsischen Bezirke und der Ausländer, die Endläufe der Leichtathleten und die Schlußspiele der Turner und Fußballspieler. Den Abschluß des einjährigen Festes werden die am Montag, den 23. Juli, beginnenden Wanderungen in die sächsische Schweiz bilden — Die Festbeiträge für die Teilnehmer sind äußerst niedrig und betragen: Erwachsene mit Quartier 4 Mark, ohne Quartier 3 Mark, Jugendliche bis 18 Jahren mit Quartier 3 Mark, ohne Quartier 2 Mark. Meldungen zur Teilnahme sind bis zum 1. Juni an den Arbeiter-Turn- und Sportbund, 4. Kreis, Dresden-N., Ribnitzstraße 2, zu richten.

Vom Jugendwandern.

In welchem Maße sich das Jugendwandern steigert, zeigt eine loeben veröffentlichte Statistik der sächsischen Jugendherbergen. Danach betrug die Zahl der Übernachtungen im vergangenen Jahre 155 547 gegen 137 522 im Jahre 1926; das bedeutet eine Steigerung um 11 Prozent. Der Anteil der Mädchen an den Übernachtungen steigerte sich gegenüber dem Vorjahre um 1 Prozent, er beträgt jetzt 23 Prozent. Der Anteil der Jugendlichen an den Übernachtungen beläuft sich auf 79 Prozent; bei den Erwachsenen ist gegenüber dem Vorjahre eine Senkung von 42 Prozent auf 21 Prozent festzustellen. 28 000 übernachtenden Volksschülern (17 Prozent) neben 63 000 Schülern höherer Schulen (40 Prozent) gegenüber. Gerade diese letzteren Zahlen werfen ein beachtenswertes Licht auf die Auswirkung der sozialen Verhältnisse; der meist sozial höher gestellten Bevölkerungsschichten entstammende Mittelschüler hat weit mehr Möglichkeiten und Gelegenheiten, der Segnungen der freien Natur teilhaftig zu werden als der proletarische Volksschüler, obgleich letzterer näher im höheren Maße diese Erholung nötig hätte.

Vor dem Bundestag des sächsischen Verbandes

Die Kreisstage im Arbeiter-Turn- und Sportverband, Sitz Leipzig, die den Auftakt zum Karlsbader Bundestag bilden, sind abgeschlossen. Nach ihrem Verlauf wird auf dem Bundestag der Zustimmung zur Abhaltung des nächsten Verbandstages 1930 in Leipzig nichts entgegenstehen. Bemühungen, alle sporttreibenden deutschen Arbeiter-Kulturorganisationen in der Teilnahme an einem großen Kulturverband zu vereintigen sind durch die ablehnende Haltung der Naturfreunde gescheitert. Ein neuer Versuch wird unternommen werden. Angelegenheiten politischer Natur liegen dem Bundestag vor. Die kommunistischen Mitglieder wünschen Beteiligung an der Spartakiade und Entsendung einer Abordnung. Aller Voraussicht nach wird die Mehrheit des Bundestages den diesbezüglichen Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale hochhalten. Die umstrittene Frage der Beitragserhöhung hat auf den Kreisstagen Klärung erfahren, so daß sie wohl einstimmig angenommen werden wird.

sehr erfahren spielen, können sich bei der guten Hintermannschaft von 1924 nicht durchsetzen. 1924 schied in kurzen Abständen zwei weitere Tore. Der Schiedsrichter war gut. Bisher spielten die II. Mannschaften. Hier siegte Stern mit 2:0.

Süd I — West I 2:2.

Im Eichenpark vor ungefähr 1000 Zuschauern wurde von beiden Mannschaften ein hartes Spiel geliefert. Schön war das Spiel nicht, von beiden Seiten auf Sturz gespielt, waren nur Einzelleistungen zu sehen. Was der Südteam besser war, wurde bei West durch aufmerksame Verteidigung wettgemacht. Den ersten Treffer erzielte West, Süd gleich in kurzer Zeit aus. Bis zur Pause ändert sich nichts mehr. Nach Wechsel spielt West gegen Sonne, Süd ist überlegen und führen bis 8 Minuten vor Schluss mit 2:1; im Anstoß an eine Eck wird der Ausgleich geschaffen. Technisch war Süd die bessere Mannschaft. West spielte besonders im Sturm gefährlich. Beide Torhüter waren gleich gut. Der Schiedsrichter hätte energischer durchgreifen müssen, nicht erst kurz vor Schluss. Einige Zuschauer fielen durch großen Stimmenaufwand auf, was von wenig Disziplin zeugt.

Einigkeit I — B.f.R. I 10:0.

In Groß-Rohrdern trafen sich obige Mannschaften zum fälligen Serienpiel. B.f.R., die am Vorkonntag gegen Hertha ein gefälliges Spiel vorführten, fanden in diesem Spiele auf verlorenem Posten. Bis zur Pause sechs, bis zum Schluss zehn Tore, waren der Endersieg. Fünf Minuten vor Schluss zog es B.f.R. vor, das Feld zu verlassen.

Fußball-Ergebnisse vom 6. Mai.

- Männer-A-Klasse.
- West — 1. Abt. 66:64
- West — 5. Abt. 63:53
- 3. Abt. — 4. Abt. 76:66
- 7. Abt. — 8. Abt. 66:49
- 7. Abt. — 9. Abt. 98:54
- 9. Abt. — 5. Abt. kampfl. f. 9. Abt.
- Männer-B-Klasse.
- 5. Abt. II — 1. Abt. III kampfl. f. 5. Abt.
- 7. Abt. II — 1. Abt. III kampfl. f. 7. Abt.
- 1. Abt. II — 5. Abt. II 86:72
- 5. Abt. II — 7. Abt. II 92:62
- West II — 4. Abt. II 80:53
- 7. Abt. II — 7. Abt. II 63:50

